



20.041

**Voranschlag der Eidgenossenschaft 2021
mit integriertem Aufgaben- und
Finanzplan 2022–2024****Budget de la Confédération 2021
assorti du plan intégré
des tâches et des finances 2022–2024***Fortsetzung – Suite*

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 02.12.20 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 02.12.20 (FORTSETZUNG - SUITE)

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 03.12.20 (FORTSETZUNG - SUITE)

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 07.12.20 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 09.12.20 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 10.12.20 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 15.12.20 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 16.12.20 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)

Block 4 (Fortsetzung) – Bloc 4 (suite)

Keller Peter (V, NW): Man unterstellt der Landwirtschaft ja immer, dass sie die erfolgreichste Lobbyarbeit in der Schweizer Politik betreibt. Man darf durchaus anerkennen, dass die Schweizer Bauern ihre Anliegen einzubringen wissen. Aber es gibt einen Bereich, der noch viel erfolgreicher lobbyiert: Ich rede vom Bildungsbereich. Hier drängeln sich die Parlamentarier geradezu, um als Botschafter oder Briefträger der Bildungsinstitutionen agieren zu dürfen. Die Bildungslobby ist so erfolgreich, dass sie nicht einmal mehr selber lobbyieren muss – eigentlich ein Traumzustand.

Die SVP-Fraktion ist auch der Meinung, dass Bildung und Forschung grosszügig von der öffentlichen Hand finanziert werden sollen. Wir finden, dass der Bundesrat mit seinem Voranschlag ausreichend Mittel für die Bildung bereitstellt. Wenn wir die Finanzpläne anschauen, dann erkennen wir, dass der Bundesrat ein durchschnittliches Ausgabenwachstum von 2,3 Prozent bis ins Jahr 2024 vorsieht. Das ist deutlich mehr als in den meisten anderen Aufgabenbereichen. Wir finden es richtig, dass der Bund insbesondere bei der lange vernachlässigten Berufsbildung aufgeholt hat. Trotzdem sind wir der Meinung, dass auch bei der Bildung und Forschung auf finanzieller Ebene etwas massgehalten werden soll. Die SVP-Fraktion folgt deshalb mit einer Ausnahme dem Bundesrat. Die eine Ausnahme bildet die Minderheit Guggisberg, die die Ausgaben für Pro Helvetia senken bzw. stabilisieren will.

Wenn wir dem Bundesrat folgen, dann heisst das auch, dass wir die von der Mehrheit im Kulturbereich beantragten Erhöhungen zusammen mit dem Bundesrat ablehnen.

Ich habe es eingangs erwähnt: Der Bildungsbereich muss sich nicht um seine Lobby Sorge machen. Das zeigen die vier noch kurzfristig eingegangenen Einzelanträge, notabene von Mitgliedern der zuständigen Fachkommission. Diese Einzelanträge möchten noch einmal Aufstockungen in der Höhe von 13 Millionen Franken. Wir lehnen diese ab. Es ist ein bisschen das jährliche Sich-übertrumpfen-Wollen, um noch ein paar Millionen für seinen Lieblingsbereich, sei es die ETH oder die Weiterbildung, herauszuholen.

Mit den beiden Minderheitsanträgen Schneider Schüttel zur Position "Internationale Mobilität Bildung" haben wir dann sozusagen eine Wiederaufführung der Debatte, die wir in der Beratung zur BFI-Botschaft auch nicht zum ersten Mal hatten. Die SP-Fraktion will um jeden Preis und ohne den Inhalt kennen zu wollen, eine Vollasoziiierung der Schweiz bei Erasmus plus bzw. beim Nachfolgeprogramm. Die Schweiz fördert heute über die Organisation Movetia den Austausch und die Mobilität in unserem Bildungswesen, und sie tut es ziemlich erfolgreich. Die heutige Schweizer Lösung kostet einen Bruchteil von dem, was Erasmus plus, geschweige



denn das Nachfolgeprogramm kosten würde. Dieses Nachfolgeprogramm ist von der EU noch nicht verabschiedet. Die SP-Fraktion will also Geld für ein Phantom sprechen, Herr Nussbaumer, ohne zu prüfen, wie dieses Phantom dann real ausschauen wird und ob es das Geld wert ist. (*Herr Nussbaumer zeigt Herrn Keller den Vogel*) Vielen Dank für die nette Geste! Was man heute aufgrund des technischen Programmmentwurfes der EU sagen kann, ist, dass der Schweizer Beitrag pro Jahr auf 200 Millionen Franken steigen würde – pro Jahr! Das ist das Vierfache dessen, was uns die erfolgreiche Schweizer Lösung heute bietet und kostet. Wir unterstützen weiterhin die Linie des Bundesrates, der das neue Mobilitätsprogramm der EU prüfen wird, wenn es vorliegt, und dann über ein Verhandlungsmandat entscheidet. Das ist der richtige Weg. Darum lehnen wir selbstverständlich diese beiden Minderheitsanträge Schneider Schüttel ab.

Zusammenfassend ist die SVP-Fraktion der Meinung, dass wir den Anträgen des Bundesrates folgen sollten. Wir lehnen sämtliche Minderheits- und Einzelanträge ab, wie gesagt mit einer Ausnahme, nämlich der Minderheit Guggisberg betreffend Pro Helvetia.

Friedl Claudia (S, SG): In diesem Block geht es um Kultur und Bildung, um zwei Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, die sehr, sehr wichtig sind. Die SP-Fraktion unterstützt die Anträge der Kommissionsmehrheit, entgegen dem Entwurf des Bundesrates die Beträge für das Bundesamt für Kultur bei den Positionen "Museen, Sammlungen, Netzwerke Dritter", "Baukultur" und "Wertberichtigungen im Transferbereich" zu erhöhen. Lassen Sie mich darauf hinweisen, dass das Parlament mit diesen Aufstockungen nichts anderes vollzieht als das, was es bei der Kulturbotschaft beschlossen hat. Wir geben damit das Geld frei, das es braucht, damit unser eigener Beschluss umgesetzt werden kann. Die SP-Fraktion lehnt die entsprechenden Minderheitsanträge Guggisberg ab.

Auch den Minderheitsantrag Guggisberg, im Finanzplan den "Beitrag Pro Helvetia" zu kürzen, lehnt die SP-Fraktion ab, weil es, ausser einem allgemeinen Sparhinweis, keine ersichtlichen Gründe dafür gibt. Lassen Sie mich nochmals erwähnen, wie wichtig die Nachmeldungen des Bundesrates zu den Covid-Unterstützungshilfen für die Bereiche Kultur, Kulturinstitutionen und Kulturschaffende waren, die wir bereits im ersten Block behandelt haben. Für die SP sind diese Ausgaben zwingend, wenn wir nach Corona nicht ohne aktive Kulturszene, Kunstschaftende und Kulturinstitutionen dastehen wollen.

Ich komme zum Thema "Beiträge Schiesswesen". Hier liegt der Minderheitsantrag Wettstein vor, den Betrag von 7,2 Millionen Franken auf 400 000 Franken zu kürzen. Damit wird die Subventionierung der Schiessmunition für Sportschützen eliminiert. Die SP-Fraktion unterstützt diesen Antrag kommentarlos.

Die Minderheitsanträge Schneider Schüttel zur Erhöhung der Mittel für die internationale Mobilität in der Bildung sind aus Sicht der SP-Fraktion sehr wichtig. Sie teilt die Ansicht meines Vorredners nicht, dass wir heute ein gleichwertiges Modell wie Erasmus plus haben. Bei Erasmus plus geht es um die Förderung der Mobilität von Lernenden – Schülern und Schülerinnen, Studierenden und jungen Berufsleuten – sowie um ihre Weiterbildung. Erasmus plus soll dem Forschungsprojekt Horizon Europe ebenbürtig sein. Bei diesem entsteht

AB 2020 N 2216 / BO 2020 N 2216

jetzt ein interessantes internationales Gefüge, während es beim gleichen Bestreben für die Bildung, also bei Erasmus plus, harzt. Die SP-Fraktion unterstützt deshalb die Erhöhung der Mittel für die Teilhabe an den Programmen von Erasmus plus im Voranschlag 2021 und im Finanzplan 2022–2024. Es ist möglich, dass das Geld 2021 nicht vollständig gebraucht wird. Aber im Finanzplan müssen die Mittel eingestellt werden, damit sie dann wenigstens ab 2022 bereitstehen. Über die beiden Minderheitsanträge wird separat abgestimmt. Die SP-Fraktion unterstützt beide Anträge.

Die SP-Fraktion unterstützt auch die vier Einzelanträge Wasserfallen Christian und Aebischer Matthias, welche die BFI-Botschaft weiter umsetzen wollen. Der Nationalrat hat der BFI-Botschaft inhaltlich bereits zugestimmt. Es fehlt nur noch die Schlussabstimmung. Die SP-Fraktion unterstützt das Bestreben, die notwendigen Gelder jetzt einzustellen. Namentlich betroffen sind dabei der ETH-Bereich, die Innovations- und Projektbeiträge für berufsbegleitende Weiterbildung, die Finanzhilfen für Weiterbildung und Volkshochschulen sowie die Forschungseinrichtungen von nationaler Bedeutung. Leider lagen die Anträge bei den Beratungen der Finanzkommission noch nicht vor. Auch wenn die Schlussabstimmung noch nicht stattgefunden hat, ist es unseres Erachtens aber legitim, die Gelder jetzt so zu sprechen, wie sie auch in der Botschaft vorgesehen sind. Bildung auf den verschiedensten Stufen ist und bleibt die wichtigste Ressource in unserem Land. Es macht deshalb Sinn, diese Beiträge jetzt zu sprechen.

Gschwind Jean-Paul (M-CEB, JU): Dans le bloc 4, intitulé "Culture, formation, recherche et sport", au Secrétariat général du DFI, à la position 301.A231.0172, "Contribution à Pro Helvetia", une minorité Guggisberg



propose, dans la planification financière 2022–2024, de réduire graduellement la contribution à Pro Helvetia à partir de 2022 – où elle serait de 41,8 millions de francs – pour atteindre un plafond des dépenses à 40 millions de francs en 2024, alors que cette contribution se monte à 41 millions dans les comptes 2019 et devrait ainsi grimper à 47,4 millions en 2024. Les raisons invoquées restent une diminution des recettes dans les années à venir.

Le groupe du centre constate que les montants alloués à Pro Helvetia sont conformes aux décisions prises par le Parlement dans le cadre du message culture 2021–2024 et ne veut pas remettre en question le rôle de l'institution, propriété de la Confédération, à l'intérieur du pays et à l'international.

Par conséquent, une large majorité du groupe du centre rejettera la proposition de la minorité Guggisberg.

En ce qui concerne l'unité administrative 306, Office fédéral de la culture, trois positions font l'objet d'une proposition de minorité, et une position d'une proposition de la commission.

Sont concernées les positions 306.A231.0131, "Musées, collections, réseaux de tiers"; la position 306.A236.0101, "Culture du bâti"; la position 306.A238.0001, "Réévaluations dans le domaine des transferts", et enfin la position 306.A231.0122, "Promotion de la culture et de la langue des Grisons".

Les trois premières positions font l'objet d'une minorité Guggisberg qui s'oppose aux corrections apportées par la Commission des finances, via sa sous-commission, en respectant des décisions prises par le Parlement lors de l'adoption du message culture 2021–2024, soit une augmentation de 5,6 millions par année. La quatrième position fait l'objet d'une proposition de la commission et n'est pas contestée.

Les trois minorités Guggisberg s'inscrivent dans la logique des décisions prises par le groupe UDC au Parlement.

A une grande majorité, le groupe du centre repoussera donc ces trois minorités; il ne tient pas à remettre en question les décisions prises par le Parlement.

Sous Défense, à la position 525.A231.0102, "Contributions au tir", une minorité Wettstein demande de diminuer la contribution au tir de 6,8 millions de francs en la ramenant à 400 000 francs au lieu des 7,2 millions budgétés, en argumentant que les subventions versées servent à financer les activités sportives libres et que, dans les faits, le coût de la munition des tirs obligatoires, des tirs en campagne et des jeunes tireurs ne représentent que 400 000 francs.

Pour le groupe du centre, l'auteur de la proposition de minorité montre sa méconnaissance de la réalité du terrain et des activités des sociétés de tir. Le tir en dehors du service militaire permet d'assurer la formation, la précision et aussi la sécurité des tireurs, voire des soldats; il est indispensable pour une armée de milice.

Les sociétés de tir reçoivent des contributions pour mettre sur pied les tirs obligatoires, les tirs en campagne et aussi les activités des jeunes tireurs. Une diminution drastique des contributions remettrait aussi en question le rôle social joué par la société de tir dans une commune ou dans un village.

Pour ces raisons, le groupe du centre, à une grande majorité, rejettera la proposition de la minorité Wettstein. A l'unité administrative 750, Secrétariat d'Etat à la formation, à la recherche et à l'innovation, à la position 750.A231.0269, "Mobilité internationale, formation", deux minorités Schneider Schüttel proposent d'une part une augmentation sensible du budget en 2021 en le doublant – soit un montant de 88,6 millions de francs au lieu des 44,3 millions proposés par le Conseil fédéral –, et d'autre part des augmentations encore plus substantielles dans la planification financière 2022–2024 – soit 163 millions de francs au lieu de 48 millions en 2022 et 195,1 millions au lieu de 55 millions en 2024. Selon l'auteur de la proposition de minorité, cette augmentation est à mettre en corrélation avec le plan Erasmus plus mentionné dans le programme de la législature.

Si le groupe du centre peut partager les préoccupations de la minorité de la commission, toutefois, en l'absence d'un budget arrêté et défini entre l'Union européenne et les Etats tiers et des conditions de participation, il est prématuré et déraisonnable de porter au budget des sommes arbitraires et non justifiées. Et cela d'autant plus que, selon les informations qui nous ont été rapportées, il y a des incertitudes trop grandes quant aux montants qui pourraient s'inscrire dans une fourchette allant de 0,3 million à 1,5 milliard de francs pour les sept prochaines années. Les montants budgétés doivent rester crédibles et obéir à la rigueur budgétaire.

Le groupe du centre, à une grande majorité, refusera par conséquent les propositions de minorité Schneider Schüttel.

Brélaz Daniel (G, VD): Le groupe des Verts soutiendra les minorités Schneider Schüttel et la minorité Wettstein, également, malgré les critiques qui viennent d'en être faites. Je vais me concentrer essentiellement sur deux aspects.

L'aspect culture, tout d'abord, avec la problématique soulevée par les propositions Guggisberg. A fin septembre, le Conseil national et le Conseil des Etats se sont mis d'accord sur le budget de la culture pour ces



quatre prochaines années. Il en est résulté une augmentation de 5 millions de francs pour la culture du bâti, de 300 000 francs pour la langue aux Grisons et de 300 000 francs pour diverses rubriques regroupées sous relations culturelles, réseaux, etc. En acceptant cet état de fait, la majorité de la Commission des finances du Conseil national a simplement tenu compte du fait que ce crédit était bouclé. Quelque part, ne pas l'accepter reviendrait à priver le domaine de la culture de ressources acceptées par le Parlement durant une année au moins. Si nous ne voulons donc pas nous contredire de manière spectaculaire et étrange, nous devons aller dans cette direction.

De ce point de vue-là, évidemment, il y a un aspect trompeur. Le Conseil fédéral ne pouvait pas, en septembre, mettre ces montants au budget, puisqu'ils n'avaient pas été acceptés. Il n'avait donc plus la possibilité d'agir. C'est pour cette raison que la Commission des finances du Conseil national l'a fait à sa place. Et je précise que M. le conseiller fédéral Berset, sous la haute surveillance du conseiller fédéral Maurer, nous a dit qu'il était bien que nous acceptions d'inscrire ces montants, parce que c'était la volonté du Parlement. Cela ne correspond pas tout à fait à l'explication qu'a donnée M. Guggisberg, c'est pour cela que je rectifie.

En ce qui concerne le domaine recherche formation, nous avons une situation un peu plus complexe. Nous sommes encore en train d'éliminer des divergences avec le Conseil

AB 2020 N 2217 / BO 2020 N 2217

des Etats. Les propositions individuelles Aebischer Matthias et également Wasserfallen Christian partent du principe que c'est la version du Conseil national qui va l'emporter. M. Gschwind a dit qu'on n'en savait rien et qu'il fallait être prudent.

Le groupe des Verts, en cohérence avec ce qu'il a voté lors de l'examen, et sachant que nous sommes en pleine phase d'élimination des divergences, va, aujourd'hui en tout cas, soutenir ces propositions de minorité pour que le budget soit conforme aux décisions du Conseil national.

Feller Olivier (RL, VD): Je vais me concentrer sur les deux enjeux politiques principaux, en tout cas les deux enjeux qui sont considérés par le groupe libéral-radical comme étant prioritaires dans le cadre du débat sur le bloc 4.

Mon préopinant l'a relevé, le Parlement a adopté à la fin de la session d'automne, le 25 septembre dernier, le message culture 2021–2024, et il a adapté à la hausse un certain nombre de plafonds de dépenses qui ont été proposés par le Conseil fédéral. Le problème, c'est que cette augmentation d'un certain nombre de plafonds de dépenses n'a pas été reproduite dans le budget. Le Conseil fédéral n'a pas déposé d'annonce tardive pour adapter le budget conformément aux décisions prises dans le cadre du message culture 2021–2024. Le Conseil fédéral considère que c'est le rôle du Parlement d'adapter le cas échéant des crédits budgétaires à la hausse à la suite de l'adoption d'arrêtés pluriannuels. C'est pourquoi la majorité de la commission, avec le soutien des représentants du Conseil fédéral, propose d'augmenter un certain nombre de crédits liés à la culture, de manière à ce que le budget 2021 reflète les décisions prises dans le cadre du message culture 2021–2024.

Le groupe libéral-radical soutient cette approche: il faut qu'il y ait une cohérence entre les arrêtés pluriannuels en matière culturelle et les crédits budgétaires dont nous sommes en train de discuter.

La situation, comme l'a évoqué Daniel Brélaz, est un peu différente s'agissant du domaine de la formation, de la recherche et de l'innovation. Il y a des arrêtés pluriannuels qui sont encore en cours de débat. Le vote final sur ces projets relatifs à la formation aura lieu à la fin de la session d'hiver. Donc, nous ne savons pas encore quels sont les montants définitifs qui seront intégrés dans ces arrêtés pluriannuels. Nous ne savons pas encore quels sont les plafonds de dépenses que le Parlement adoptera dans le cadre du message sur la formation, à la fin de la session d'hiver.

De manière à maintenir une cohérence entre les crédits budgétaires et les plafonds de dépenses dans le cadre du message consacré à la formation, le groupe libéral-radical considère qu'il est utile de créer une divergence aujourd'hui avec le Conseil des Etats. C'est pourquoi nous soutiendrons le projet du Conseil fédéral. Nous soutiendrons les crédits tels que proposés par le Conseil fédéral. Nous créons ainsi une divergence avec le Conseil des Etats. Ensuite, dans le cadre de l'élimination des divergences, nous pourrions inscrire dans le budget 2021 les montants en adéquation avec les décisions qui seront prises dans le cadre du message concernant l'encouragement de la formation, de la recherche et de l'innovation. En d'autres termes, le principal enjeu pour le groupe libéral-radical, c'est qu'il y ait une vraie cohérence entre les arrêtés pluriannuels consacrés d'une part à la culture, et d'autre part à la formation, et qui, cette année, sont adoptés plus tardivement que d'habitude, compte tenu de la crise sanitaire.

Il faut qu'il y ait une cohérence entre ces plafonds de dépenses pluriannuels et le budget 2021. Nous vous



invitons donc à voter dans ce sens.

Matter Michel (GL, GE): Les milieux de la culture sont frappés de plein fouet par la crise sanitaire, économique et sociale. Le Conseil fédéral a pris la mesure d'un soutien fort à la promotion de la culture. Le groupe vert/libéral approuvera les montants prévus pour Pro Helvetia.

Cette fondation joue un rôle important non seulement en Suisse, mais également pour le rayonnement de la culture sur le plan international. Son action pour promouvoir la culture des différentes régions linguistiques suisses est primordiale. Le groupe vert/libéral apporte son soutien également à la promotion de la culture et de la langue des Grisons.

Concernant les crédits pour les musées et la culture du bâti, le groupe vert/libéral soutiendra les propositions de minorité Guggisberg qui rejoignent les positions du Conseil fédéral. Nous pensons que les crédits demandés par le Conseil fédéral sont suffisants.

Le groupe vert/libéral soutiendra la position du Conseil fédéral concernant les contributions au tir et rejettera la proposition de la minorité Wettstein qui souhaite biffer les contributions allouées à l'achat de munitions que les sociétés de tir utilisent pour d'autres exercices que les tirs obligatoires.

Les propositions individuelles Wasserfallen Christian et Aebischer Matthias auront le soutien sur le principe du groupe vert/libéral. Ces propositions ont pour objectif de renforcer les contributions financières allouées aux domaines des écoles polytechniques fédérales, aux établissements de recherche d'importance nationale et à l'innovation. Les Vert/libéraux préconisent de soutenir le domaine de l'éducation et de la recherche et de contribuer à avoir une Suisse qui puisse rester à la pointe sur le plan mondial dans les domaines de l'innovation et de la recherche ainsi que dans celui de la formation.

Je voudrais dire quelques mots au sujet des importantes propositions de la minorité Schneider Schüttel, que les Vert/libéraux soutiendront, concernant la mobilité internationale et la formation, en pensant principalement au programme Erasmus plus. Notre pays est prospère, une partie de cette prospérité est due à la recherche et à l'innovation, qui sont stimulées par les échanges internationaux qui apportent le mélange des idées et des cultures, véritable brainstorming à l'échelle européenne ou internationale. C'est une force pour la Suisse. La pleine participation de la Suisse à Erasmus plus est essentielle, de fait au travers du budget 2021 et notamment du plan financier pour les années 2022–2024. Investir dans la formation est un investissement pour un avenir collectif meilleur et pour une qualité de vie améliorée pour chacune et chacun.

Maurer Ueli, Bundesrat: Ich nehme Stellung zu den Minderheitsanträgen in Block 4.

Wir haben zur Position 301.A231.0172, "Beitrag Pro Helvetia", die Minderheit Guggisberg. Sie haben diese Beschlüsse vor zwei Monaten gefasst, und es ist wahrscheinlich nicht ganz sachgerecht, wenn Sie sie zwei Monate später wieder derart massiv kürzen. Es war damals ein eindeutiger Entscheid. Es liegt an Ihnen, doch aus unserer Sicht ist der von Ihnen gesprochene und damals vom Bundesrat beantragte Beitrag so aufrechtzuerhalten und damit der Minderheitsantrag Guggisberg abzulehnen.

Es ist sicher richtig, wenn man Pro Helvetia kritisch begleitet. Das Schicksal von Pro Helvetia ist, dass sie keine messbaren Faktoren hat. Trotzdem leistet Pro Helvetia einen wichtigen Beitrag zwischen Kulturen und zwischen Sprachgruppen in allen Bereichen, auch im Ausland. Ich bitte Sie also, den Minderheitsantrag Guggisberg abzulehnen und bei Ihrem Beschluss vom September zu bleiben.

Dann komme ich zu den drei Minderheitsanträgen zum Bundesamt für Kultur. Die Mehrheit Ihrer Kommission beantragt eine Aufstockung, und diese Aufstockung bezieht sich im Rahmen der Kulturbotschaft auf den gefassten Beschluss. Sie haben dort aufgestockt, und sachlich richtig übernehmen Sie die Aufstockung jetzt auch in der Botschaft respektive im Budget. Der Bundesrat war nicht in der Lage, Ihre im September beschlossenen Aufstockungen bereits zu berücksichtigen. Wenn Sie hier auf Ihren Entschluss zurückkommen und den Anträgen des Bundesrates im Budget folgen wollen, habe ich grundsätzlich nichts dagegen. Es ist sinngemäss aber natürlich richtig, dass Sie nach der Erhöhung der Beiträge gemäss Kulturbotschaft diese auch im Budget einstellen. So gesehen würde ich diese Minderheitsanträge, denke ich, in Ihrem Sinne ablehnen. Sie können aber darauf zurückkommen, wenn Sie wollen. Es scheint jedoch nach Ihrem Entscheid vor zwei Monaten sinnvoll zu sein, die Beträge weiterzuführen.

AB 2020 N 2218 / BO 2020 N 2218

Damit komme ich zur Minderheit Wettstein zur Position 525.A231.0102, "Beiträge Schiesswesen". Herr Wettstein hat in seiner Begründung ausgeführt, dass er Jungschiützenkurse und das obligatorische Schiessen stehenlassen möchte. Nun können solche Schiessveranstaltungen nicht einfach aus dem Stand heraus durchgeführt werden. Es braucht eine Grundorganisation dahinter, es braucht die Schiessvereine, es braucht die



Schiessanlagen, die unterhalten werden müssen – das ganze Drum und Dran. Die Verbilligung der Munition geht als Beitrag an die Schiessvereine für ihre organisatorischen Aufgaben. Es ist ein Gesamtpaket, das wir hier haben, damit das Wichtige, also das obligatorische Schiessen und die Jungschützenkurse, überhaupt durchgeführt werden kann.

Das hat auch eine Verbindung zu "Jugend und Sport", und es hat eine Verbindung zur Milizarmee. Wir haben mit unserer Milizarmee eine Besonderheit: In nur drei Wochen WK muss die Schiessfertigkeit wiederhergestellt werden. Die Schützenvereine und das ausserdienstliche Schiesswesen leisten einen wichtigen Teil für das Wehrwesen, für die Armee, aber auch für den kulturellen Teil, den Nachwuchs usw. Die Hebelwirkung, die wir hier erzielen, übersteigt, denke ich, den Beitrag in diesem Bereich bei Weitem. Ich bitte Sie also, auf die Kürzung zu verzichten. Nur 400 000 Franken zu geben, ist gar nichts. Dann bricht das alles zusammen, und der Schaden wäre enorm. Ich bitte Sie also, den Minderheitsantrag Wettstein abzulehnen.

Die Einzelanträge Aebischer Matthias und Wasserfallen Christian bitte ich Sie ebenfalls abzulehnen. Es gibt im Moment keinen Grund, diese Beträge so aufzustocken. Wir haben im Bereich der Bildung immer ein höheres Wachstum als im Durchschnitt der Ausgaben. Es ist leider ein Totschlagargument, dass sich sozusagen gegen die Zukunft wendet, wer gegen höhere Beiträge für die Bildung spricht. Das ist natürlich keineswegs so. Die Beiträge, die im Bildungswesen gesprochen werden, sind ausserordentlich hoch. Wir haben auch dort die Beiträge so einzusetzen, dass sie einen entsprechenden Nutzen bringen. Einfach mit der Giesskanne alle Beiträge zu erhöhen, macht wenig Sinn. Ich denke, wir müssen gerade in Anbetracht der eher kleineren oder schmalen Budgets, die wir in Zukunft haben, auch im Bildungswesen entsprechend sorgfältig mit unseren Ressourcen umgehen und sie ganz gezielt einsetzen, damit auch ein Nutzen erzielt werden kann.

Ich komme schliesslich noch zur Minderheit Schneider Schüttel. Frau Schneider Schüttel möchte für die Position 750.A231.0269, "Internationale Mobilität Bildung", bereits jetzt Beiträge einstellen. Das entspricht nicht dem Finanzhaushaltsgesetz. Aus Sicht des Bundesrates können wir das erst einstellen, wenn wir einen konkreten Beitrag haben. Hier stochern wir noch im Nebel; wir sind in den technischen Gesprächen. Wir wissen noch nicht, was wir am Schluss erreichen werden. Wir werden Ihnen aber die Beiträge melden und ins Budget einstellen – allenfalls mit Nachtragskrediten oder Verpflichtungskrediten für die nächsten Jahre –, wenn wir einerseits wissen, was es kostet, und andererseits, was wir dafür erhalten. Ein Blindschuss im Nebel macht keinen Sinn. Es wird natürlich etwas geben, das ist klar. Es ist nichts vergeben, wenn Sie das jetzt nicht beschliessen.

Ich bitte Sie, den Minderheitsantrag Schneider Schüttel abzulehnen. Wir werden Ihnen dann einen konkreten Antrag stellen, anhand dessen Sie Kosten und Ertrag, Nutzen und Aufwand beurteilen können. Damit beantrage ich Ihnen, auch den Minderheitsantrag Schneider Schüttel abzulehnen.

Nicolet Jacques (V, VD), pour la commission: Nous sommes dans le bloc 4, qui a pour objet les crédits alloués à la culture, à la formation, à la recherche et au sport.

Dans le budget du Département de l'intérieur, une minorité Guggisberg propose de réduire la contribution de la Confédération à Pro Helvetia de façon progressive pour arriver à 40 millions en 2024. La commission vous propose, par 18 voix contre 7, de rejeter cette proposition.

A l'Office fédéral de la culture, une minorité Guggisberg demande d'approuver le budget proposé par le Conseil fédéral à la position "Musées, collections, réseaux de tiers", soit 13 394 200 francs. La commission vous propose, par 16 voix contre 9, d'accepter un crédit 13 694 200 francs, pour maintenir la cohérence avec les décisions prises sur les projets du message culture adoptés par le Parlement.

Toujours une minorité Guggisberg, à la position "Culture du bâti" et à la position "Réévaluations dans le domaine des transferts": elle propose de réduire de 5 millions de francs le crédit proposé par la majorité de la commission, soit d'approuver les 25 039 400 francs inscrits par le Conseil fédéral dans son budget initial. Là également, la commission vous propose, par 16 voix contre 9, d'accepter la somme de 30 039 400 francs, afin que ce soit cohérent par rapport aux décisions prises sur les projets du message culture adoptés par le Parlement.

A l'Office fédéral de la culture toujours, la commission propose, à l'unanimité, de majorer de 300 000 francs le crédit alloué à la promotion de la culture et de la langue des Grisons.

A la Défense, une minorité Wettstein propose de réduire les contributions au tir à 400 000 francs pour 2021, alors que le budget prévu est de 7,2 millions de francs. Cette proposition vaut également pour le plan financier 2022–2024. Elle vise à supprimer les contributions pour les sociétés de tir destinées aux munitions utilisées hors des tirs obligatoires. La commission vous demande, par 15 voix contre 9 et 1 abstention, de rejeter la proposition de la minorité Wettstein.

Au Secrétariat d'Etat à la formation, à la recherche et à l'innovation, la minorité Schneider Schüttel propose



de doubler le budget "Mobilité internationale, formation", soit de passer pour 2021 de 44,3 à 88,6 millions de francs. Cette proposition a été rejetée, par 14 voix contre 11, par la commission. Toujours au SEFRI, la minorité Schneider Schüttel propose de majorer dans le plan financier 2022–2024 les crédits alloués à la mobilité internationale et à la formation en les faisant passer de 48 à 163 millions de francs pour 2022, de 51 à 176 millions de francs pour 2023 et de 55 à 195 millions de francs pour 2024. Cette proposition a également été rejetée par la commission par 14 voix contre 11.

Quatre propositions individuelles ont été déposées. La proposition Wasserfallen Christian à la position "Contribution financière au domaine des EPF", au budget du Secrétariat général du DEFR, prévoit une majoration de 3,75 millions de francs du crédit afin de passer de 2,373 milliards de francs à 2,377 milliards. Une autre proposition Wasserfallen Christian prévoit une majoration de 5,1 millions de francs du budget du SEFRI pour les contributions liées à des innovations et à des projets. Au budget du SEFRI toujours, une proposition Aebischer Matthias a pour but de majorer de 1,5 million de francs le crédit alloué aux aides financières accordées en application de la loi fédérale sur la formation continue et une autre proposition Aebischer Matthias a pour but une augmentation de 3 millions de francs de la subvention aux établissements de recherche d'importance nationale. Ces propositions individuelles n'ont pas été discutées en commission. De ce fait, nous vous demandons de les rejeter.

Fischer Roland (GL, LU), für die Kommission: Im Block 4 beraten wir die Anträge in den Bereichen Kultur, Bildung, Forschung und Sport sowie auch im Bereich der Verteidigung. Es liegen hier verschiedene Minderheitsanträge, aber auch vier Einzelanträge vor. Ich möchte zuerst auf die Anträge im Bereich der Kultur eingehen.

Bei diesen Kreditpositionen handelt es sich bei den Anträgen der Mehrheit der Kommission um einen Nachvollzug der Entscheidungen aus den Beratungen zu den Zahlungsrahmen der Kulturbotschaft für die kommenden Jahre. Dieser Nachvollzug führt zu einer Erhöhung der entsprechenden Kreditpositionen um insgesamt rund 6 Millionen Franken. Die Minderheiten Guggisberg beantragen Ihnen, mit Ausnahme der Beiträge für die romanische Sprache, die tieferen Beträge des Bundesrates zu beschliessen. Die Mehrheit möchte jedoch die im Rahmen der Kulturbotschaft beschlossenen Beträge nun auch im Voranschlag und im Finanzplan einstellen und lehnt aus diesem Grund die drei Minderheitsanträge Guggisberg ab. Der Bundesrat hatte diese Beträge nicht im Budget beantragt, einerseits aus zeitlichen Gründen, wie der

AB 2020 N 2219 / BO 2020 N 2219

Herr Bundesrat es ausgeführt hat, und andererseits, weil er der Auffassung ist, dass es am Parlament selbst sei, die von ihm beschlossenen Anpassungen auch im Budget zu beantragen.

Bei der Position 301.A231.0172, "Beitrag Pro Helvetia", wurde die Ablehnung des jetzt als Minderheit Guggisberg vorliegenden Antrages mit 18 zu 6 Stimmen beschlossen. Bei den Positionen 306.A231.0131, "Museen, Sammlungen, Netzwerke Dritter", und 306.A236.0101, "Baukultur", lehnte die Kommission die nun als Minderheiten Guggisberg vorliegenden Anträge mit 16 zu 8 Stimmen ab.

Bei der Kreditposition 306.A231.0122, "Förderung von Kultur und Sprache in Graubünden", beantragt Ihnen die Kommission ebenfalls mit 16 zu 9 Stimmen eine Aufstockung gegenüber dem Antrag des Bundesrates. Hier liegt jedoch keine Minderheit vor.

Mit der Minderheit Wettstein wechseln wir nun kurz zur Verteidigung: Die Minderheit beantragt bei der Position 525.A231.0102, "Beiträge Schiesswesen", eine Reduktion der Beiträge von 7,2 Millionen auf 400 000 Franken. Verzichtet werden soll auf die Subventionierung der Munition, d. h. auf den Verkauf von verbilligter Munition für den Freizeitschiesssport. Weiterhin finanziert werden soll jedoch die Gratismunition fürs obligatorische Schiessen, fürs Feldschiessen und für Jungschützenkurse. Im Namen der Mehrheit der Kommission beantrage ich Ihnen, diese Kürzung abzulehnen. Sie wurde in der Kommission mit 15 zu 9 Stimmen bei 1 Enthaltung verworfen. Die Milizarmee ist auf die Leistung der Schützenvereine angewiesen. Die Vereine leisten sehr viel für die örtliche Gemeinschaft, die Jugend und die Sicherheit. Ohne die Subventionierung der Munition für den Freizeitschiesssport würden viele Vereine in finanzielle Not kommen. Das hätte dann auch zur Folge, dass das obligatorische Schiessen allenfalls vom Bund organisiert werden müsste, wenn es denn überhaupt noch unter diesen Voraussetzungen weitergeführt werden könnte.

Wir kommen nun zum Bereich Bildung, Forschung und Innovation. Hier liegen je zwei Einzelanträge Aebischer Matthias und Wasserfallen Christian vor. Die Einzelanträge beziehen sich auf Positionen, welche die noch nicht abgeschlossene Differenzbereinigung zur BFI-Botschaft betreffen. Inhaltlich kann ich mich im Namen der Kommission nicht zu den Anträgen äussern, da sie in der Kommission nicht vorlagen und deswegen auch nicht diskutiert wurden.



Ich möchte Sie jedoch auf ein prozedurales Problem aufmerksam machen, welches sich durch die eben noch nicht abgeschlossene Beratung der BFI-Botschaft ergibt: Im Rahmen dieser Beratung hat der Nationalrat die Zahlungsrahmen bei vier Positionen gegenüber dem Antrag des Bundesrates erhöht. Der Ständerat hat sich mittlerweile bei den Finanzhilfen gemäss dem Weiterbildungsgesetz dem Nationalrat angeschlossen. Bei den anderen drei Positionen hat er jedoch bis jetzt an den tieferen Beiträgen festgehalten. Die Differenzen werden erst im Verlauf der Wintersession ausgeräumt werden können.

Wir stehen nun vor der Situation, dass wir eigentlich im Budget Beträge festlegen sollten, deren Zahlungsrahmen, welche die Grundlage für die Beträge darstellen, noch nicht klar sind. In der Finanzkommission wurden aber keine Anträge auf Erhöhung dieser Beiträge gestellt, obwohl das eigentlich dem Ansinnen des Nationalrates entsprechen würde. Der Bundesrat hat sie zwar in seiner Nachmeldung aufgelistet, aber auch keinen Antrag gestellt, aus ähnlichen Gründen wie bei der Kulturbotschaft. Im Ständerat beantragt die Finanzkommission jedoch ohne Gegenstimme, die Beiträge vorsorglich zu erhöhen; damit kann auf den entsprechenden Positionen eine Differenz offengelassen werden. Wenn jetzt beide Räte nichts täten, so würden im Voranschlag die Beträge des Bundesrates stehen, und das würde dann allenfalls auch nicht dem entsprechen, was dann schlussendlich bei der BFI-Botschaft herauskommt.

Wenn Sie nun den Einzelanträgen zustimmen, gibt es keine Differenzen mehr, wenn der Ständerat seiner Finanzkommission folgt, und wir wären quasi wieder am Anfang – das heisst, wir würden wieder Beträge festlegen, welche allenfalls nicht dem Zahlungsrahmen entsprächen. Ich bitte Sie deshalb, aus diesen formalen Gründen, die Einzelanträge abzulehnen, damit diese Differenzen noch offenbleiben können.

Die beiden Minderheitsanträge Schneider Schüttel in Block 4 betreffen die Kreditposition 750.A231.0269, "Internationale Mobilität Bildung". Gemäss diesen Minderheitsanträgen soll der Betrag sowohl im Voranschlag als auch im Finanzplan so aufgestockt werden, dass ab 2021 die Schweizer Vollasoziiierung an Erasmus plus finanziert werden kann. Das Parlament hat dies ja in einer Motion schon lange verlangt, und ausserdem ist das im Legislaturprogramm enthalten. Die EU hat aber den Haushalt und die Bedingungen für die Teilnahme von Drittstaaten noch nicht beschlossen, weshalb grosse Unsicherheiten bezüglich der Höhe der Kosten für die Schweiz bestehen. Deshalb ist die Mehrheit der Kommission der Ansicht, dass die Gelder dann beantragt werden sollen, wenn die Höhe der Kosten abschätzbar ist, und folgt hier der Argumentation des Bundesrates. Die Kommission lehnte deshalb die beiden nun als Minderheitsanträge Schneider Schüttel vorliegenden Anträge mit 14 zu 11 Stimmen ab.

4. Bundesbeschluss II über den Finanzplan für die Jahre 2022–2024

4. Arrêté fédéral II concernant le plan financier pour les années 2022–2024

Art. 2 Bst. g

Antrag der Mehrheit

g. Generalsekretariat EDI

A231.0172 Beitrag Pro Helvetia

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Guggisberg, Grin, Keller Peter, Nicolet, Schwander, Sollberger, Strupler)

g. Generalsekretariat EDI

A231.0172 Beitrag Pro Helvetia

2022: Fr. 41 833 967

2023: Fr. 40 872 334

2024: Fr. 40 000 000

Art. 2 let. g

Proposition de la majorité

g. Secrétariat général du DFI

A231.0172 Contribution à Pro Helvetia

Adhérer au projet du Conseil fédéral



Proposition de la minorité

(Guggisberg, Grin, Keller Peter, Nicolet, Schwander, Sollberger, Strupler)

g. Secrétariat général du DFI

A231.0172 Contribution à Pro Helvetia

2022: Fr. 41 833 967

2023: Fr. 40 872 334

2024: Fr. 40 000 000

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 20.041/21808)

Für den Antrag der Mehrheit ... 133 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 49 Stimmen

(0 Enthaltungen)

1. Voranschlag der Verwaltungseinheiten

1. Budget des unités administratives

Departement des Innern – Département de l'intérieur

306 Bundesamt für Kultur

306 Office fédéral de la culture

Antrag der Mehrheit

A231.0131 Museen, Sammlungen, Netzwerke Dritter

Fr. 13 694 200

A236.0101 Baukultur

Fr. 30 039 400

AB 2020 N 2220 / BO 2020 N 2220

A238.0001 Wertberichtigungen im Transferbereich

Fr. 30 039 400

A231.0122 Förderung von Kultur und Sprache in Graubünden

Fr. 5 506 600

Antrag der Minderheit

(Guggisberg, Fischer Roland, Grin, Keller Peter, Matter Michel, Nicolet, Schwander, Sollberger, Strupler)

A231.0131 Museen, Sammlungen, Netzwerke Dritter

A236.0101 Baukultur

A238.0001 Wertberichtigungen im Transferbereich

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la majorité

A231.0131 Musées, collections, réseaux de tiers

Fr. 13 694 200

A236.0101 Culture du bâti

Fr. 30 039 400

A238.0001 Réévaluations dans le domaine des transferts

Fr. 30 039 400

A231.0122 Promotion de la culture et de la langue des Grisons

Fr. 5 506 600



Proposition de la minorité

(Guggisberg, Fischer Roland, Grin, Keller Peter, Matter Michel, Nicolet, Schwander, Sollberger, Strupler)

A231.0131 Musées, collections, réseaux de tiers

A236.0101 Culture du bâti

A238.0001 Réévaluations dans le domaine des transferts

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Pos. 306.A231.0131

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 20.041/21809)

Für den Antrag der Mehrheit ... 117 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 64 Stimmen

(1 Enthaltung)

Pos. 306.A236.0101, 306.A238.0001

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 20.041/21810)

Für den Antrag der Mehrheit ... 120 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 61 Stimmen

(2 Enthaltungen)

Pos. 306.A231.0122

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 20.041/21811)

Für den Antrag der Mehrheit ... 182 Stimmen

Für den Antrag des Bundesrates ... 1 Stimme

(0 Enthaltungen)

Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

Département de la défense, de la protection de la population et des sports

525 Verteidigung

525 Défense

Antrag der Mehrheit

A231.0102 Beiträge Schiesswesen

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Wettstein, Andrey, Brélaz, Dandrès, Egger Kurt, Friedl Claudia, Gysi Barbara, Schneider Schüttel, Widmer Céline)

A231.0102 Beiträge Schiesswesen

Fr. 400 000

Proposition de la majorité

A231.0102 Contributions au tir

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Wettstein, Andrey, Brélaz, Dandrès, Egger Kurt, Friedl Claudia, Gysi Barbara, Schneider Schüttel, Widmer Céline)

A231.0102 Contributions au tir

Fr. 400 000



4. Bundesbeschluss II über den Finanzplan für die Jahre 2022–2024

4. Arrêté fédéral II concernant le plan financier pour les années 2022–2024

Art. 2 Bst. o

Antrag der Mehrheit

o. Verteidigung

A231.0102 Beiträge Schiesswesen

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Wettstein, Andrey, Brélaz, Dandrès, Egger Kurt, Friedl Claudia, Gysi Barbara, Schneider Schüttel, Widmer Céline)

o. Verteidigung

A231.0102 Beiträge Schiesswesen

2022: Fr. 400 000

2023: Fr. 400 000

2024: Fr. 400 000

Art. 2 let. o

Proposition de la majorité

o. Défense

A231.0102 Contributions au tir

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Wettstein, Andrey, Brélaz, Dandrès, Egger Kurt, Friedl Claudia, Gysi Barbara, Schneider Schüttel, Widmer Céline)

o. Défense

A231.0102 Contributions au tir

2022: Fr. 400 000

2023: Fr. 400 000

2024: Fr. 400 000

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 20.041/21812)

Für den Antrag der Mehrheit ... 120 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 63 Stimmen

(0 Enthaltungen)

1. Voranschlag der Verwaltungseinheiten

1. Budget des unités administratives

Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung

Département de l'économie, de la formation et de la recherche

701 Generalsekretariat

701 Secrétariat général

Antrag der Kommission

A231.0181 Finanzierungsbeitrag an ETH-Bereich

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag Wasserfallen Christian

A231.0181 Finanzierungsbeitrag an ETH-Bereich

Fr. 2 377 066 200



Proposition de la commission

A231.0181 Contribution financière au domaine des EPF
Adhérer au projet du Conseil fédéral

AB 2020 N 2221 / BO 2020 N 2221

Proposition Wasserfallen Christian

A231.0181 Contribution financière au domaine des EPF
Fr. 2 377 066 200

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 20.041/21813)

Für den Antrag Wasserfallen Christian ... 164 Stimmen

Für den Antrag der Kommission ... 18 Stimmen

(2 Enthaltungen)

750 Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation

750 Secrétariat d'Etat à la formation, à la recherche et à l'innovation

Antrag der Mehrheit

A231.0260 Innovations- und Projektbeiträge

A231.0268 Finanzhilfen WeBiG

A231.0269 Internationale Mobilität Bildung

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Schneider Schüttel, Andrey, Brélaz, Dandrès, Egger Kurt, Fischer Roland, Friedl Claudia, Gysi Barbara, Matter Michel, Wettstein, Widmer Céline)

A231.0269 Internationale Mobilität Bildung

Fr. 88 653 600

Antrag Wasserfallen Christian

A231.0260 Innovations- und Projektbeiträge

Fr. 62 632 100

Antrag Aebischer Matthias

A231.0268 Finanzhilfen WeBiG

Fr. 11 196 900

Proposition de la majorité

A231.0260 Contributions liées à des innovations et à des projets

A231.0268 Aides financières LFCo

A231.0269 Mobilité internationale, formation

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Schneider Schüttel, Andrey, Brélaz, Dandrès, Egger Kurt, Fischer Roland, Friedl Claudia, Gysi Barbara, Matter Michel, Wettstein, Widmer Céline)

A231.0269 Mobilité internationale, formation

Fr. 88 653 600

Proposition Wasserfallen Christian

A231.0260 Contributions liées à des innovations et à des projets

Fr. 62 632 100



Proposition Aebischer Matthias

A231.0268 Aides financières LFCo

Fr. 11 196 900

Pos. 750.A231.0260

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 20.041/21814)

Für den Antrag Wasserfallen Christian ... 163 Stimmen

Für den Antrag der Mehrheit ... 15 Stimmen

(6 Enthaltungen)

Pos. 750.A231.0268

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 20.041/21815)

Für den Antrag Aebischer Matthias ... 117 Stimmen

Für den Antrag der Mehrheit ... 62 Stimmen

(5 Enthaltungen)

Pos. 750.A231.0269

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 20.041/21816)

Für den Antrag der Mehrheit ... 99 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 81 Stimmen

(4 Enthaltungen)

4. Bundesbeschluss II über den Finanzplan für die Jahre 2022–2024

4. Arrêté fédéral II concernant le plan financier pour les années 2022–2024

Art. 2 Bst. y

Antrag der Mehrheit

y. Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation

A231.0269 Internationale Mobilität Bildung

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Schneider Schüttel, Andrey, Brélaz, Dandrès, Egger Kurt, Fischer Roland, Friedl Claudia, Gysi Barbara, Matter Michel, Wettstein, Widmer Céline)

y. Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation

A231.0269 Internationale Mobilität Bildung

2022: Fr. 163 005 900

2023: Fr. 176 466 100

2024: Fr. 195 126 100

Art. 2 let. y

Proposition de la majorité

y. Secrétariat d'Etat à la formation, à la recherche et à l'innovation

A231.0269 Mobilité internationale, formation

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Schneider Schüttel, Andrey, Brélaz, Dandrès, Egger Kurt, Fischer Roland, Friedl Claudia, Gysi Barbara, Matter



Michel, Wettstein, Widmer Céline)
y. Secrétariat d'Etat à la formation, à la recherche et à l'innovation
A231.0269 Mobilité internationale, formation
2022: Fr. 163 005 900
2023: Fr. 176 466 100
2024: Fr. 195 126 100

Abstimmung – Vote
(namentlich – nominatif; 20.041/21820)
Für den Antrag der Minderheit ... 93 Stimmen
Für den Antrag der Mehrheit ... 86 Stimmen
(4 Enthaltungen)

1. Voranschlag der Verwaltungseinheiten

1. Budget des unités administratives

Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung Département de l'économie, de la formation et de la recherche

750 Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation
750 Secrétariat d'Etat à la formation, à la recherche et à l'innovation

Antrag der Kommission
A231.0273 Forschungseinrichtungen von nationaler Bedeutung
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag Aebischer Matthias
A231.0273 Forschungseinrichtungen von nationaler Bedeutung
Fr. 115 371 500

AB 2020 N 2222 / BO 2020 N 2222

Proposition de la commission
A231.0273 Etablissements de recherche d'importance nationale
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition Aebischer Matthias
A231.0273 Etablissements de recherche d'importance nationale
Fr. 115 371 500

Abstimmung – Vote
(namentlich – nominatif; 20.041/21817)
Für den Antrag Aebischer Matthias ... 95 Stimmen
Für den Antrag der Kommission ... 84 Stimmen
(5 Enthaltungen)

Block 5 – Bloc 5

Landwirtschaft und Tourismus
Agriculture et tourisme

Wettstein Felix (G, SO): Bei meinen beiden Minderheitsanträgen zu diesem Block geht es im einen Fall um Tourismus, im anderen Fall um Landwirtschaft, präziser um Pflanzenzucht. Beide Male geht es um Förderbeiträge an Dritte.

Bei der Position "Förderung von Innovationen und Zusammenarbeit im Tourismus" beantragen wir mit unserer Minderheit, dass auch im Jahr 2021 das Niveau erreicht wird, das wir für 2020 budgetiert hatten, nämlich 8,6



Millionen Franken. Dies begründet die beantragte Anhebung des Kredits um 1,741 Millionen Franken für das kommende Jahr.

Der Tourismus gehört bekanntlich zu den Branchen, die besonders unter der Corona-Krise zu leiden haben. Die Massnahmen, die die Schweiz zur Eindämmung des Virus beschlossen hat, und die Tatsache, dass die internationalen Gäste weitgehend ausbleiben, sind eine grosse Herausforderung. Deshalb muss die Förderung von Innovationen im Tourismus in den nächsten Jahren nicht nur verstärkt werden, sie muss sich auch neu ausrichten, also innovativ sein im besten Sinne des Wortes. Wir erwarten, dass der Bund vor allem Beiträge an Neuerungen zugunsten des nachhaltigen inländischen Tourismus spricht. Das Zielpublikum für schonendes Reisen sind die Menschen im eigenen Land. Wir brauchen nicht mehr Attraktionen an den Hotspots, die aktuell oft überlaufen sind, sondern Aufmerksamkeit für die vielen kaum bekannten Juwelen in eher strukturschwachen Regionen.

Der Minderheitsantrag zum Bundesamt für Landwirtschaft betrifft das Aufgabenfeld "Pflanzen- und Tierzucht", und zwar spezifisch die Fördergelder für Pflanzenzucht. Von den knapp 41 Millionen Franken, die der Bundesrat hier beantragt, geht der überwiegende Anteil nach wie vor in die Tierzucht. Das finden wir aus Gründen der Ökologie und des Klimaschutzes bedenklich. Wir sind überzeugt, dass die Förderung der Pflanzenzucht im Vergleich etwas längere Spiesse erhalten sollte, und beantragen mit dieser Zweckbindung eine zusätzliche Million Franken.

Die Forschung im Bereich Pflanzen wird aus vielen Gründen immer wichtiger. Mit zunehmenden Hitze- und Trockenperioden bedrohen neue Krankheiten und Schädlinge die Nutzpflanzen, darum braucht es resistenter Sorten. Die Nachfrage nach biologischem Anbau ist am Steigen. Auch der Bedarf an neuartigen Pflanzen, die sich als Futtermittel eignen und uns weniger abhängig vom Import machen, wird zunehmen – ich erinnere an die gestrige Debatte. Bestimmt haben Sie davon gehört, dass Algen im Viehfutter die Kühe weniger rülpfen lässt, wodurch sie weniger Methan ausstossen und so das Klima schonen. Es passt zur Schweiz, wenn ihre Forschungsinstitute an den beiden ETH, das Forschungsinstitut für biologischen Landbau, Agroscope oder die Hochschule für Agrar-, Forst- und Lebensmittelwissenschaften in Zollikofen in der Pflanzenzucht neue Wege beschreiten können. Mit einem zusätzlichen Bundesengagement schaffen wir die Voraussetzungen dafür. Ich bitte Sie, auch dieser Minderheit zuzustimmen.

Bourgeois Jacques (RL, FR): Comme vous le savez, la viticulture suisse, tout comme d'autres secteurs économiques, subit de plein fouet la pandémie de Covid-19. Du jour au lendemain, les principaux canaux de vente, en particulier dans le domaine de la restauration, ont été bloqués. Les stocks se sont amoncelés. La prise en charge et l'écoulement de la vendange 2020 sont, par conséquent, compromis.

Fort de cette situation exceptionnelle, le Conseil fédéral a débloqué, pour 2020, en lien avec le Covid-19, 1 million de francs en plus pour des mesures promotionnelles, portant ainsi le montant à disposition de la viticulture de 3,3 à 4,3 millions de francs. Les mesures promotionnelles doivent continuer de respecter le principe de financement de 50/50: 1 franc mis à disposition par la branche équivaut à un soutien financier de la Confédération d'un montant correspondant.

La minorité vous demande, par conséquent, au sein du budget 2021 de maintenir pour la viticulture suisse le montant de 4,3 millions de francs pour renforcer la promotion des vins suisses et d'y ajouter un demi-million de francs supplémentaire afin de renforcer les mesures promotionnelles à l'exportation en Allemagne, en Belgique et en Angleterre. Des synergies pourraient avoir lieu dans le cadre des activités promotionnelles de Switzerland Cheese Marketing à l'étranger. D'autre part, afin de faciliter les exportations sein de l'Union européenne la création d'une plate-forme d'aide à l'exportation pourrait être créée. Cette structure logistique à la frontière suisse aiderait ainsi grandement les producteurs suisses dans leur démarche de promotion de leur vin au sein de l'Union européenne.

Les pays qui nous entourent ont significativement augmenté leur soutien promotionnel à l'exportation, créant ainsi une concurrence déloyale envers les viticulteurs de notre pays. Il est de notre devoir de rétablir un certain équilibre.

Le crédit global alloué à la viticulture suisse pour sa promotion passerait ainsi de 4,3 à 4,8 millions de francs. La branche pourrait bénéficier pour 2021 de 9,6 millions de francs pour des mesures promotionnelles. En outre, compte tenu que les effets des mesures promotionnelles se mesurent sur plusieurs années, il est nécessaire d'adapter en conséquence le plan financier 2022–2024.

Lors de nos débats sur le sujet à la Commission des finances, le vice-président de la Confédération, le conseiller fédéral Guy Parmelin, a mentionné qu'il n'y avait pas besoin d'augmenter le poste budgétaire, car les montants actuellement à disposition au sein du poste A231.0229, "Promotion de la qualité et des ventes", étaient suffisants pour prendre en considération ce 1,5 million de francs supplémentaire en faveur de la viticul-



ture suisse, tant dans le cadre du budget 2021 que dans celui du plan financier 2022–2024.

Je pose par conséquent la question à M. le conseiller fédéral Ueli Maurer: pouvez-vous confirmer, tout à l'heure, ces propos? Dans l'affirmative, je retirerais ma proposition de minorité.

Schneider Schüttel Ursula (S, FR): Ich vertrete hier zwei Minderheiten zu den Direktzahlungen in der Landwirtschaft. Diese beiden Minderheiten haben aber nichts miteinander zu tun, sie werden also nicht gegeneinander ausgemehrt.

Bei der Minderheit II geht es um die Berücksichtigung der Teuerungskorrektur. Die Minderheit II unterstützt die Haltung des Bundesrates, der hier den parlamentarischen Auftrag der Motion Dittli 16.3705, "Teuerung nur ausgleichen, wenn Teuerung anfällt", umsetzt und die Direktzahlungen um 16,8 Millionen Franken kürzt. Der Bundesrat schlägt also vor, die Teuerungskorrektur auch bei den Direktzahlungen zu berücksichtigen und den Betrag entsprechend zu reduzieren.

Es geht der Minderheit hier keineswegs darum, die Einkommen der Landwirtinnen und Landwirte zu kürzen. Gerade diejenigen, die in Berggebieten arbeiten, sind auf ein genügendes Einkommen angewiesen. Es trifft aber nicht zu, wie teilweise gesagt wurde, dass bei den Direktzahlungen keine Teuerung vorgesehen wäre, also nichts korrigiert werden dürfe. Aus der Botschaft zum Bundesbeschluss über die finanziellen Mittel für die Landwirtschaft in den Jahren 2018–2021 geht hervor, dass bereits mehrmals vorgesehene

AB 2020 N 2223 / BO 2020 N 2223

Teuerungskorrekturen vom Parlament jeweils wieder rückgängig gemacht wurden.

Mit dem Minderheitsantrag vertreten wir die Meinung, dass die Teuerungskorrektur auch hier vorgenommen werden muss. Will man die Direktzahlungen erhöhen, wozu wir nicht per se abgeneigt sind, so müssen die zuzusätzlichen Mittel aber zielgerichtet für eine nachhaltige und umweltgerechte Landwirtschaft eingesetzt werden. Da die Vorlage AP 2022 plus vom Ständerat sinstiert worden ist, kommen wir aber auch hier leider nicht vorwärts. Wenn also mehr Direktzahlungen geleistet werden sollen, so müssen diese, wenn schon, in den Bereichen Kulturlandschaft, Biodiversität oder Landschaftsqualität oder zumindest für eine direkte Unterstützung derjenigen Bauernbetriebe, die es finanziell am nötigsten haben, eingesetzt werden.

Nun zur Minderheit I (Schneider Schüttel): Mit dieser Minderheit möchte ich die Mittel für Schafhalterinnen und Schafhalter um 1,8 Millionen Franken erhöhen. Die Aufwendungen der Schafhalterinnen und Schafhalter bei der Behirtung, namentlich bei kleinen Herden, sollen besser abgegolten werden. Diese Mittel kommen also direkt Schafhalterinnen und Schafhaltern zugute. Denn mit der Direktzahlungsverordnung wird die Sömmierung von Nutztieren gefördert, indem für behirtete Schafe oder Schafe auf Umtriebsweiden mit Herdenschutzmassnahmen ein höherer Sömmierungsbeitrag als Teil der Kulturlandschaftsbeiträge der Direktzahlungen ausgerichtet wird.

Die Aufwendungen von Schafhalterinnen und Schafhaltern bei der Behirtung, namentlich auch bei kleinen Herden, können so besser abgegolten werden. Denn der Mehraufwand, der durch den Schutz von Herden für Schafhalter in finanzieller und personeller Hinsicht entsteht, wird mit dem heutigen Beitragssystem nur zu rund 50 Prozent abgedeckt, wie dies eine Studie von 2019 im Auftrag der Kantone Uri und Wallis zeigt. Ein Teil, aber eben nur ein Teil, wird über die Kosten des Herdenschutzes im Budget des BAFU abgedeckt.

Hier, an dieser Stelle, geht es aber wie gesagt um die Sömmierungsbeiträge und somit um die Direktzahlungen. Der Bundesrat hätte es sogar in der Hand, mit einer Änderung der Verordnung höhere Sömmierungsbeiträge vorzusehen. Der Antrag der Minderheit I ist ein wichtiges Zeichen an die Bergbevölkerung, dass ihre Anliegen ernst genommen werden.

Ich bitte Sie, diesen Minderheitsantrag zu unterstützen.

Grin Jean-Pierre (V, VD): Dans le cadre de ce bloc 5, le groupe UDC suivra la majorité de la Commission des finances du Conseil national. Permettez-moi de détailler nos positions à cette assemblée.

La première proposition de minorité Wettstein demande d'augmenter à 8 600 000 francs l'encouragement, l'innovation et la coopération dans le domaine du tourisme. A cette position, le Conseil fédéral propose un montant de 6 858 600 francs. Le groupe UDC soutiendra cette proposition, comme la majorité de la Commission des finances.

Une deuxième proposition de minorité Wettstein vise à augmenter d'un million le montant attribué à la sélection végétale et animale. Il passerait de 40 à 41 millions de francs. Là également, nous nous rallierons à la majorité de la Commission des finances du Conseil national.

La proposition de minorité Bourgeois sera soutenue par une partie du groupe UDC. Elle concerne, comme cela a été dit, la promotion de la qualité et des ventes, cela pour venir en aide aux vignerons, suite aux grandes



difficultés sur le marché des vins suisse face à la concurrence des vins étrangers.

Concernant les deux minorités de notre collègue Schneider Schüttel, la première se rapporte à l'Office fédéral de l'agriculture. La Commission des finances du Conseil national vous demande de maintenir le montant des paiements directs pour l'agriculture au niveau du budget 2020, soit un montant de 2 812 039 500 francs.

Mme Schneider Schüttel souligne, par rapport à la compensation au renchérissement, qu'on fait là une compensation négative et non positive. Pourquoi maintenir le montant du budget 2020? Parce que, sur la moyenne des années 2017 à 2019, le revenu agricole correspond, en moyenne, à un salaire mensuel par unité de main-d'oeuvre de 5024 francs en plaine et de 3000 francs en montagne. Les réductions prévues par le Conseil fédéral et reprises par cette minorité viendraient encore aggraver la situation financière déjà insatisfaisante des familles paysannes. Accepter la proposition de minorité Schneider Schüttel revient à accepter une diminution moyenne de 1000 francs par exploitation pour 2021, alors que le salaire des agriculteurs est déjà largement en dessous de la moyenne suisse. Je ne vous comprends pas, chère collègue. Alors que votre parti milite pour une certaine égalité salariale, vous appuyez là encore plus sur la tête des personnes qui, par leur travail, nourrissent la population.

Je vous demande de refuser cette minorité et de suivre la majorité de la Commission des finances du Conseil national, cela pour redonner confiance au monde agricole envers ses autorités. Je vous rappelle que les paiements directs ont deux fonctions principales, garantir les prestations écologiques requises – il s'agit là d'une garantie que l'on doit donner à la population –, mais également compenser les diminutions des prix des produits agricoles qui, pour la plupart, ont été réduits de moitié depuis les années 1990.

La deuxième proposition de minorité Schneider Schüttel vise à augmenter cette même position de 1 800 000 francs. Cette proposition, comme Mme Schneider Schüttel vous l'a dit, vise à financer des mesures de protection pour les troupeaux de moutons contre les attaques du loup ou d'autres prédateurs. Cette proposition ne se rapporte pas au bon département. Ce n'est pas le budget de l'agriculture qui doit servir à financer des mesures pour la biodiversité et à protéger le loup, qui est de retour en nombre. Cela doit être financé par le budget de l'Office fédéral de l'environnement, sous la position Nature et paysages.

Le dernier point concerne la proposition de la Commission des finances du Conseil national portant sur Agroscope. Elle vise à augmenter cette position budgétaire de 4 092 500 francs, afin de réaffecter sans délai les gains d'efficacité réalisés par Agroscope à la recherche agronomique. Le groupe UDC soutiendra cette proposition.

Friedl Claudia (S, SG): Gerade in den letzten Tagen war der Tourismus im Zusammenhang mit Covid international in aller Munde. Die Herausforderungen, denen die Gastronomie- und die Tourismusbranche gegenüberstehen, sind gross. Deshalb unterstützt die SP-Fraktion Massnahmen wie Mietzinsreduktion, Kurzarbeit, Erwerbsersatz oder Härtefallregelungen. Der Antrag der Minderheit Wettstein verlangt nun einen um einen Drittel erhöhten Betrag für den Bereich "Förderung von Innovationen und Zusammenarbeit im Tourismus". Welche sinnvollen Projekte damit verfolgt werden sollen, ist aber unklar. Die SP-Fraktion folgt deshalb hier der Mehrheit und lehnt diese Erhöhung ab.

Der Pflanzenzüchtung kommt eine immer grössere Bedeutung zu. Klimaveränderung und Pestizidverbote verlangen nach neuen Sorten. Die SP-Fraktion unterstützt deshalb den Antrag der Minderheit Wettstein auf Erhöhung des Beitrags für die Pflanzenzüchtung um 1 Million Franken. Wir erwarten aber, dass in Zukunft von den gesamten Mitteln von rund 42 Millionen Franken für die Züchtung deutlich mehr Mittel in die Pflanzenzüchtung als in die Tierzucht fliessen. Dazu liegt übrigens eine angenommene Motion vor, die jetzt umgesetzt werden muss. Der Pflanzenzüchtung muss deutlich mehr Gewicht zufallen.

Die Minderheit Bourgeois, die eine Erhöhung des Beitrags für die Absatzförderung des Weins um 1,5 Millionen Franken verlangt, lehnen wir ab. Covid-bedingt wurde bereits ein Nachtragskredit für die Absatzförderung gesprochen. Mit dem jetzigen vom Bundesrat vorgeschlagenen Betrag von 69 Millionen Franken für Qualitäts- und Absatzförderung sollte diese Aufgabe abgedeckt werden können.

Bei den Direktzahlungen schlägt die Kommissionsmehrheit eine Erhöhung des Kredits um rund 17 Millionen Franken vor. Dies ist der Betrag, der infolge der negativen Teuerung zu einer Kürzung bei den Gesamtausgaben geführt hat, ein Vorgehen, das vom Parlament über die Motion Dittli 16.3705 extra gefordert wurde. Die SP-Fraktion unterstützt hier den Bundesrat und damit die Minderheit II (Schneider Schüttel). Wenn die Mittel in diesem Bereich erhöht werden sollen,

AB 2020 N 2224 / BO 2020 N 2224

dann braucht es auch eine klare Zuteilung zur Frage, wozu dieses Geld eingesetzt werden soll.

In diesem Sinn unterstützt die SP-Fraktion auch die Erhöhung des Betrags der Direktzahlungen um 1,8 Millio-



nen Franken zugunsten einer Aufstockung der Sömmerungsbeiträge an eine nachhaltige Schafalping. Gerade nach der Ablehnung des Jagdgesetzes ist es angebracht, nun auch in den Herdenschutz zu investieren. Entgegen dem, was mein Vorredner gesagt hat, ist es wichtig, dass wir im Landwirtschaftsbereich und nicht nur im Konto der Umwelt investieren. Das Ganze fährt auf zwei Schienen: Es braucht die landwirtschaftliche Seite, und es braucht die Unterstützung durch das Bundesamt für Umwelt. Die SP-Fraktion unterstützt deshalb hier die Minderheit I (Schneider Schüttel), die genau das verlangt, nämlich, dass das Management der Grossraubtiere verbessert werden kann.

Den Antrag der Kommission, das Budget bei Agroscope im Voranschlag 2021 und im Finanzplan aufzustocken, unterstützt die SP-Fraktion ausdrücklich. Das Parlament hat klar gefordert, dass mit einer erneuten Restrukturierung von Agroscope die Effizienzgewinne in die Forschung fliessen müssen. Dies wird mit dem Kommissionsantrag nun auch gewährleistet. Eine innovative, moderne Landwirtschaftsforschung ist für die Bewältigung der Herausforderungen wie Klimawandel, Ernährungssicherheit, Nährstoffüberschuss oder Pestizidverbote wichtiger denn je. Die SP-Fraktion unterstützt deshalb diesen Kommissionsantrag.

Siegenthaler Heinz (M-CEB, BE): Bei den Minderheitsanträgen in Block 5 wird die Mitte-Fraktion mehrheitlich der Mehrheit folgen.

Beim Antrag der Minderheit Wettstein zur Position "Förderung von Innovationen und Zusammenarbeit im Tourismus" folgen wir mit der Begründung, dass durch die Covid-Massnahmen bereits Mittel zur Stützung der Tourismusbranche eingesetzt werden, dem Bundesrat. Wir sind überzeugt, dass die eingestellten Mittel genügen.

Zum Antrag der Minderheit Wettstein zur Position "Pflanzen- und Tierzucht" beim BLW, mit dem mehr Mittel für die Pflanzenzucht gefordert werden: In der Folge des Beschlusses zu Agroscope und mit der Annahme der Motion Hausammann 18.3144 wurden bereits mehr Mittel eingestellt. Auch da sehen wir keinen Bedarf, noch weitere Mittel einzustellen.

Dem Minderheitsantrag Bourgeois, der eventuell zurückgezogen wird, wird die Mitte-Fraktion mehrheitlich zustimmen, aber eben nicht ganz einheitlich, weil es kritische Stimmen dazu gibt. Eine davon ist von mir. Ich muss hier ein bisschen ausholen. Ich habe überhaupt nichts gegen Wein und Weinkultur. Ich komme aus dem Berner Seeland. Bielerseewein trinke ich gerne, ärztlich gesehen wahrscheinlich sogar zu viel. Trotzdem gibt es hier Ungereimtheiten. Erstens gibt es andere alkoholische Getränke wie Bier oder feine Obstbrände. Wieso wird da nicht unterstützt? Zweitens geht es um Gesundheitspolitik. Wein ist die Volksdroge Nummer eins. Es gibt Gesundheitsschäden, die wir dann auch wieder über das öffentliche Budget bekämpfen müssen. Noch viel schlimmer finde ich, dass Wein ja eigentlich eine psychoaktive Droge ist, die staatlich unterstützt wird. Bei allen anderen Drogen wird die Moralkeule geschwungen und verteufelt. Das geht nicht ganz auf.

Dann zu den Minderheitsanträgen zu den Direktzahlungen, zuerst zum Antrag der Minderheit I (Schneider Schüttel) zu den Sömmerungsbeiträgen: Wir haben – das wurde bereits erwähnt – das Jagdgesetz abgelehnt. Es gibt Probleme mit den Grossraubtieren. Jetzt hier einfach den Geldhahn aufzudrehen, ohne genau die Probleme zu lösen, finden wir falsch. Zuerst sollte man jetzt in den Kommissionen beraten, wie man dieses Problem konkret angehen soll, und erst dann eventuell Gelder sprechen. Dann würden wir es begrüßen, wenn diese Gelder über das BAFU fliessen und nicht noch der Landwirtschaft aufgebürdet würden.

Zum Antrag der Minderheit II (Schneider Schüttel) mache ich eine Vorbemerkung. Die Landwirtschaft ist sicher kein Kostentreiber bei den Bundesfinanzen. Seit fünfzehn Jahren sind die Ausgaben im Agrarbudget konstant geblieben. Es gibt also keinen Grund, hier besonders restriktiv zu sein. Wäre es uns gelungen, in allen Bereichen so zurückhaltend zu sein, so könnte unser Finanzminister wie Dagobert Duck im Geld schwimmen. Die Mitte-Fraktion lehnt diesen Minderheitsantrag aus drei Gründen ab:

1. Die Stabilisierung der Direktzahlungen ist für die Landwirtschaft wichtig. Das hat das Parlament bereits im heute gültigen Zahlungsrahmen bestätigt. Der Bundesrat wollte in seiner Botschaft eben nicht nur die Teuerung nicht ausgleichen, sondern auch noch eine nominelle Kürzung um 0,6 Prozent vornehmen. Das Parlament hat diese Kürzung rückgängig gemacht, aber ebenfalls auf den Ausgleich der Teuerung verzichtet. Es ist daher nicht nachvollziehbar, wenn ein Teuerungsausgleich korrigiert werden soll, der gar nie gewährt wurde.

2. Wenn man mit der Motion Dittli 16.3705 argumentiert, müsste man auch bei allen anderen Zahlungsrahmen – ich erinnere an die vorhergegangene Debatte zum BFI-Bereich – konsequent sein. Die Einkommen in der Landwirtschaft sind nach wie vor tief, insbesondere im Berggebiet, wo ein grosser Teil der Direktzahlungen hinfliesst.

3. Die Landwirtschaft ist bemüht, ihren Beitrag zur Reduktion der Risiken im Pflanzenschutz zu leisten. Dazu braucht es aber auch finanzielle Mittel. Daher ist eine Kürzung hier falsch.



Badertscher Christine (G, BE): Zuerst zum SECO: Bei der Budgetposition "Förderung von Innovationen und Zusammenarbeit im Tourismus" unterstützt die grüne Fraktion die Minderheit Wettstein. Der Tourismus gehört zu den Wirtschaftsbereichen, die besonders unter der Corona-Krise zu leiden haben; wir haben es gehört. Die Schweizer Massnahmen zur Eindämmung von Covid-19 und die Tatsache, dass die internationalen Gäste weitgehend ausbleiben, sind eine grosse Herausforderung. Deshalb ist die Förderung von Innovationen im Tourismus in den nächsten Jahren besonders wichtig. Insbesondere zugunsten von Innovationen für einen nachhaltigen, einheimischen Tourismus sollen genügend Mittel zur Verfügung stehen. Gegenüber dem laufenden Jahr 2020 sollen die Mittel deshalb nicht sinken, sondern zumindest auf dem gleichen Stand bleiben. Die Minderheit Wettstein fordert deshalb die Aufstockung des Kredits um 1,7 Millionen Franken.

Nun zum Bundesamt für Landwirtschaft (BLW): Bei der Position "Pflanzen- und Tierzucht" unterstützt die grüne Fraktion die Minderheit Wettstein, welche eine Aufstockung um 1 Million Franken fordert. Aufgrund der grösser werdenden Herausforderungen in der landwirtschaftlichen Produktion wird die Pflanzenzucht immer bedeutender. Die Landwirtschaft wird als Folge des Klimawandels und der damit zusammenhängenden neuen Krankheiten und Schädlinge auf resistente Sorten angewiesen sein. Deshalb soll der Bund die Pflanzenzucht in der Schweiz stärker unterstützen, konkret für das Jahr 2021 mit 3,9 anstelle von 2,9 Millionen Franken. Bei der Position "Qualitäts- und Absatzförderung" liegt der Antrag der Minderheit Bourgeois vor, welche eine Erhöhung der Mittel für die Vermarktung von Schweizer Wein fordert. Die Schweizer Weinproduzenten waren, wie viele andere auch, stark von der Corona-Pandemie betroffen. Deshalb wird die grüne Fraktion zwar nicht einstimmig, aber grossmehrheitlich dem Minderheitsantrag Bourgeois zustimmen.

Bei der Position "Direktzahlungen Landwirtschaft" gibt es zwei Minderheitsanträge. Die Minderheit I (Schneider Schüttel) fordert bei den Sömmerungsbeiträgen eine Aufstockung um 1,8 Millionen Franken zugunsten von Herdenschutzmassnahmen. Dieser Minderheitsantrag wird von der grünen Fraktion einstimmig unterstützt. Bei der Minderheit II (Schneider Schüttel) geht es um den Antrag des Bundesrates, die Direktzahlungen aufgrund der negativen Teuerung um 16,8 Millionen Franken zu kürzen. Die Einkommen in der Landwirtschaft sind jedoch im Vergleich zu anderen Berufen nach wie vor sehr tief. Eine Kürzung der Direktzahlungen hätte eine direkte negative Auswirkung auf die Einkommen der Bauernfamilien. Deshalb folgt die grüne Fraktion nicht einstimmig, aber grossmehrheitlich der Mehrheit der Kommission, welche

AB 2020 N 2225 / BO 2020 N 2225

keine Kürzung der Direktzahlungen will, und lehnt somit den Antrag der Minderheit II (Schneider Schüttel) ab. Beim Budget von Agroscope unterstützt die grüne Fraktion einstimmig die Mehrheit der Finanzkommission. Diese Budgeterhöhung um 4 Millionen Franken ist zentral. Die Landwirtschaft steht vor enormen Herausforderungen. Insbesondere die Anpassungen an den Klimawandel und die Forderung nach alternativen Pflanzenschutzmitteln verlangen nach viel Forschungstätigkeit. Deshalb muss Agroscope gestärkt werden, und die Effizienzgewinne, die mit der Reorganisation gemacht werden können, müssen vollumfänglich in die Forschung investiert werden. Dies hat der Nationalrat im Grundsatz bereits beschlossen. Nun muss es im Budget bestätigt werden.

Bourgeois Jacques (RL, FR): En ce qui concerne le bloc 5, dans lequel sont traités les crédits alloués à l'agriculture et au tourisme, je vous invite, au nom du groupe libéral-radical, à suivre partout la majorité de la commission, sauf en ce qui concerne la promotion de la qualité et des ventes du vin ainsi que les paiements directs.

Pour le budget du SECO, la proposition de la minorité Wettstein d'augmenter les moyens financiers accordés à l'encouragement de l'innovation et de la coopération dans le domaine du tourisme part d'une bonne intention, mais ne s'avère pas nécessaire. Dans le cadre du message sur la promotion économique, nous avons déjà alloué à Innotour 30 millions de francs pour la période 2020–2023 en vue de renforcer la promotion de l'innovation touristique. Ces moyens financiers devraient par conséquent suffire.

En ce qui concerne les différentes propositions liées au domaine agricole, je vous invite à rejeter la proposition de la minorité Wettstein qui désire augmenter de 1 million de francs les moyens destinés à la sélection végétale et animale. Même si on peut souscrire au fait que nous devons à terme renforcer la sélection végétale pour répondre aux enjeux climatiques et environnementaux, avec à la clé du développement de variétés résistantes au stress hydrique, à des ravageurs ou à des maladies, les moyens financiers prévus pour 2021 suffisent. En effet, suite à l'acceptation de la motion de notre ancien collègue Hausammann 18.3144, 3 millions de francs supplémentaires ont été accordés pour renforcer la sélection végétale dans le pays. A cela se rajouteront les gains d'efficacité au sein d'Agroscope, dont les moyens libérés, estimés à environ 4 millions de francs pour 2021, serviront aussi en partie à renforcer la sélection végétale. Je vous invite par conséquent à suivre la



majorité de la commission.

Une minorité veut renforcer la promotion de la qualité et des ventes de vin; le groupe libéral-radical la soutient. J'attendrai, comme je l'ai dit tout à l'heure, la réponse du conseiller fédéral Ueli Maurer pour savoir si je maintiens ou ma minorité. Tout dépendra de l'engagement du ministre des finances, à savoir s'il est prêt à augmenter de 1,5 million de francs par rapport à 2019 les moyens alloués à la promotion des ventes et des vins suisses dans le cadre du crédit inscrit au budget 2021.

En ce qui concerne la proposition de la minorité I (Schneider Schüttel) d'augmenter de 1,8 million de francs les contributions à l'estivage à la position "Paielements directs versés dans l'agriculture", je vous invite à la rejeter et à suivre la majorité de la commission. Les contributions à l'estivage ont pour objectif de garder des paysages ouverts. A cette position budgétaire, on ne peut pas, comme le voudrait la minorité I (Schneider Schüttel), augmenter seulement les moyens destinés à la protection des troupeaux pour faire face aux dommages causés par les loups ou meutes de loups. Il faudrait augmenter, pour les estivages, un montant global pour les pâquiers normaux. En outre, je ne trouve pas normal de faire financer des mesures environnementales comme la protection des troupeaux face au loup par le biais des paiements directs. La majorité de la Commission des finances propose déjà à la position budgétaire A231.0323, "Animaux sauvages, chasse et pêche", d'augmenter le crédit de 500 000 francs pour justement allouer plus de moyens à la protection des troupeaux.

Concernant les paiements directs alloués aux familles paysannes, le groupe libéral-radical est partagé à ce sujet et a, à une courte majorité, décidé de suivre la proposition du Conseil fédéral, soit de réduire les paiements directs d'environ 16,8 millions de francs. De l'avis de cette courte majorité, la motion Dittli relative au renchérissement doit aussi s'appliquer au secteur agricole, et la diminution du nombre d'exploitations agricoles devrait être accompagnée également par une diminution des paiements directs.

Pour une forte minorité du groupe libéral-radical, les paiements directs sont alloués aussi bien pour des prestations environnementales que pour de prestations en faveur du bien-être des animaux. C'est ce que le Parlement a décidé. Par conséquent, nous devons honorer nos engagements et garantir le crédit-cadre décidé dans ce domaine. On notera que c'est dans le secteur agricole que les budgets sont restés stables dans les dernières années. D'autre part, une coupe dans les paiements directs aurait un effet direct sur le revenu des familles paysannes, déjà très bas en comparaison d'autres secteurs économiques comparables et aussi mis à mal actuellement par la crise liée au Covid-19.

Je terminerai mes propos sur ce bloc en parlant d'Agroscope. En février dernier, la Commission des finances a déposé la motions 20.3014, "Réforme structurelle d'Agroscope. Réaffectation sans délai des gains d'efficacité à la recherche agricole", qui a ensuite été adoptée par le Parlement. La commission a décidé, à l'unanimité, de mettre en oeuvre cette motion dans le budget 2021 et ainsi d'augmenter d'environ 4 millions de francs le budget d'Agroscope.

Je vous invite par conséquent à soutenir cette proposition acceptée à l'unanimité en commission.

Matter Michel (GL, GE): Le groupe vert/libéral soutient, dans le bloc 5, les propositions de minorité, à l'exception de celle de la minorité Bourgeois, bien que quelques élus vert/libéraux, dont moi-même, soutiendront cette proposition et la viticulture. L'enveloppe budgétaire pour Agroscope sera également soutenue; nous suivrons sur ce point la majorité.

Le secteur du tourisme se doit de rester compétitif, et c'est dans ce sens que le groupe vert/libéral approuve la proposition défendue par la minorité Wettstein, car elle vise justement un renforcement de la compétitivité et du tourisme par des innovations économiques, technologiques, sociales ou écologiques au travers d'un développement ciblé des connaissances.

Dans cette période de crise et de forte baisse de la demande étrangère de tourisme, il est impératif de développer et de mettre en oeuvre de nouveaux concepts innovants. En tant que vert/libéraux, nous prôtons le maintien des ressources financières au niveau du budget 2021, en particulier dans le sens de la promotion de projets dans le domaine du tourisme durable, compatible avec le climat et la biodiversité.

Le groupe vert/libéral soutient la proposition de la minorité Wettstein qui demande des fonds supplémentaires dans le domaine de la protection des végétaux.

Nous soutiendrons également les minorités I et II (Schneider Schüttel) portant sur des fonds supplémentaires d'un montant de 1,8 millions de francs pour des contributions d'estivage. Cette mesure est à mettre dans le contexte du rejet de la loi sur la chasse et vise à indemniser les éleveurs d'ovins en raison de concepts de protection plus coûteux.

Concernant les crédits relatifs aux paiements directs versés dans l'agriculture, ils diminueront de 16,9 millions de francs en raison de la mise en oeuvre de la correction de l'inflation. Sur ce point, les Vert/libéraux suivent le Conseil fédéral.



Concernant les charges de fonctionnement d'Agroscope, le groupe vert/libéral soutient le développement budgétaire et suivra la proposition de la commission.

Maurer Ueli, Bundesrat: Ich komme zu den Minderheitsanträgen in diesem Block 5.

Herr Wettstein möchte zur Förderung von Innovation und Zusammenarbeit im Tourismus um 1,7 Millionen Franken aufstocken. Hier möchte ich Sie darauf aufmerksam machen, dass im Verpflichtungskredit ein Wachstum von 10 Prozent gegenüber der letzten Periode vorgesehen ist. Es ist aber so,

AB 2020 N 2226 / BO 2020 N 2226

dass die Zahl der Projekte, die jetzt für nächstes Jahr angemeldet sind, etwas tiefer ist. Sie wird dann im Laufe dieser Periode steigen, wenn wir die Mittel zur Verfügung stellen. Aber jetzt um 1,7 Millionen aufzustocken, macht keinen Sinn, einfach weil die entsprechenden Projekte noch nicht bereit sind. Das Ziel, das Herr Wettstein anstrebt, nämlich die Tourismusförderung, ist mit dem Rahmenkredit, den Sie um 10 Prozent erhöht haben, für die nächsten vier Jahre gegeben. Im ersten Jahr wird das noch nicht erreicht werden, weil nicht genügend Projekte vorhanden sind. Es liegt also nicht nur am vermeintlich zu kleinen Budget 2021, das Sie hier aufstocken.

Ich bitte Sie, diesen Minderheitsantrag abzulehnen. Mit dem Verpflichtungskredit werden die Beiträge steigen, und die eingereichten Projekte werden diesen Betrag dann ebenfalls erreichen.

Zum zweiten Minderheitsantrag Wettstein, einer Aufstockung bei der Position "Pflanzen- und Tierzucht": Ich möchte Sie daran erinnern, dass Sie letztes Jahr aufgrund der Motion Hausammann 18.3144 3 Millionen Franken mehr gesprochen haben, um ein Kompetenzzentrum Pflanzenschutz aufzubauen. Wir sind daran, und die vorhandenen Mittel genügen für nächstes Jahr. Ich denke, auch Sie haben ja immer wieder den Einsatz der Mittel und die Effizienz abzuschätzen. Hier haben wir mit dem Betrag von 3 Millionen, der in diesem Budget eingesetzt ist, eigentlich die Voraussetzungen zur Umsetzung dieses Auftrags zu schaffen. Es braucht im Moment nicht mehr Mittel; auch Herr Bourgeois hat darauf hingewiesen. Auch bei Agroscope, wo wir mehr Mittel zur Verfügung haben, haben wir eher Mühe, diese auch gezielt einzusetzen, weil Sie ja nicht einfach aus dem Stand heraus das Wissen abholen und einsetzen können. Es braucht hier zuerst einen Aufbau, weil die Qualität ja auch stimmen muss. Es macht also keinen Sinn, noch einmal um 1 Million aufzustocken, nachdem Sie letztes Jahr um 3 Millionen aufgestockt haben: Das kann dann qualitativ wachsen.

Damit komme ich zum Antrag der Minderheit Bourgeois betreffend Absatzförderung beim Wein. Sie haben gefragt, ob die Mittel vorhanden sind. Ich kann Ihnen das bestätigen. Sie haben ja letztes Jahr um 1 Million aufgestockt, und diese Million haben wir auch für nächstes Jahr vorgesehen. Dazu sind rund 500 000 Franken in einer anderen Position übrig, sodass wir bei der Absatzförderung wieder um 1,5 Millionen Franken aufstocken können. Wir beurteilen die Situation so, wie Sie sie ebenfalls geschildert haben: Der Weinabsatz hat Probleme mit dem Lockdown, er stockt. Es braucht zusätzliche Fördermassnahmen, wie Sie das gesagt haben. Aber die Mittel sind so eingestellt, wie Kollege Parmelin das auch bestätigt hat. Ich kann Ihnen das ebenfalls bestätigen: Auch im nächsten Jahr stehen in diesem Bereich die Mittel für einen Sondereffort bereit. Somit könnten Sie aus meiner Sicht Ihren Minderheitsantrag zurückziehen, weil das Anliegen erfüllt ist.

Ich komme zu den Direktzahlungen in der Landwirtschaft. Eine Minderheit I (Schneider Schüttel) will die Sömmerungsbeiträge um 1,8 Millionen Franken aufstocken. Frau Schneider Schüttel hat das in einen Zusammenhang mit dem Herdenschutz gegenüber Grossraubtieren gestellt. Sie haben aber auch darauf hingewiesen, Frau Schneider Schüttel, dass der Bundesrat das im Rahmen der Verordnung selbst machen könnte.

Ich würde gerne diesen Ball aufnehmen, weil wir jetzt zwei verschiedene Massnahmen für den Herdenschutz haben: Wir haben einerseits erhöhte Direktzahlungen in diesem Bereich, und wir haben andererseits im BAFU rund 3 Millionen Franken für den Herdenschutz eingestellt. Ich denke, es ist notwendig, dass wir die Situation analysieren und dann dort Beiträge sprechen, wo auch eine entsprechende Alpnutzung besteht. Wir haben das Problem, dass diese Nutzung aus Gründen der Schutzaufgaben wegen Grossraubtieren eher sinkt. Es ist abzuwägen, wo wir den gewünschten Effekt erzielen. Ich glaube auch – damit bin ich einverstanden –, dass nach der Ablehnung des Jagdgesetzes hier ein zusätzlicher Effort notwendig ist und dass für die Menschen, die ihre Tiere in den Bergen haben und sie vor Grossraubtieren schützen müssen, etwas getan werden muss. Aber ich denke, Sie können es dem Bundesrat überlassen, die Lage zu analysieren. Wir haben die Möglichkeit, im Rahmen der Verordnungen entsprechende Massnahmen zu treffen, die dann auch Wirkung zeigen. Das muss wohl noch etwas besser abgesprochen werden.

Eine Aufstockung um 1,8 Millionen Franken ist daher nicht nötig, die notwendigen Mittel sind vorhanden. Entweder können wir das dann im UVEK machen, wie das bereits in der Gesetzgebung angelegt ist, aber da genügt eine Verordnungsänderung. Ich bitte Sie, diese Aufstockung abzulehnen.



Ich komme damit zur Mehrheit Ihrer Kommission, die die Direktzahlungen um 17 Millionen aufstocken möchte. Da kann ich Ihnen das Klagelied des Finanzministers singen. Sie haben die Motion Dittli angenommen und gesagt, die Teuerung müsse in Zukunft abgerechnet werden. Das machen wir: Mit sehr viel personellem Aufwand rechnen wir heraus, was die Teuerung ausmacht, und beantragen Ihnen dann, das zu kürzen. Dann kommt Ihre Reaktion: Was kümmern uns die Beschlüsse von gestern? Teuerung geht uns nichts mehr an – wir stocken wieder auf! Im gleichen Atemzug monieren Sie dann, der Personalaufwand sei zu gross. Wir brauchen ja das Personal, um das alles zu berechnen. Das ist so das Klagelied, das uns jährlich erreicht.

Ich bitte Sie aber, hier bei Ihrem Beschluss zur Motion Dittli zu bleiben, der Minderheit II (Schneider Schüttel) und damit dem Bundesrat zu folgen und diese Kürzung auch vorzunehmen. Es ist ja keine Kürzung: Es ist einfach eine Teuerung, die nicht stattgefunden hat und die auch nicht ausbezahlt wird. Das ist der Sinn und war der Sinn dieser Motion Dittli, die Sie damals angenommen haben. Ich glaube, es leuchtet eben auch ein. Wenn keine Teuerung stattfindet – wir haben im Moment eine negative Teuerung –, dann macht es keinen Sinn, eine Teuerung, die nicht stattgefunden hat, eben auszuzahlen. So viel zu diesem Bereich. Ich bitte Sie also, beim Bundesrat zu bleiben und der Minderheit II (Schneider Schüttel) zuzustimmen.

Zu Agroscope hat die Kommission einen einstimmigen Antrag gestellt. Ich verzichte darauf, die Position des Bundesrates zu vertreten, die scheint ja klar zu sein.

Ich möchte Sie aber auch hier darauf hinweisen: Sie haben uns einen Auftrag erteilt, Bürokratie abzubauen, effizienter zu werden. Wir haben dieses Projekt Agroscope dann lanciert. Das wird eine Effizienzsteigerung in der Forschung bringen, weil wir die verschiedenen Bereiche zusammenführen. Gleichzeitig sparen wir administrative Kosten. Den Sparauftrag haben wir erfüllt, aber noch bevor die Einsparung realisiert ist, fordern Sie, dass der Gewinn aus diesem Sparauftrag wieder für die Forschung eingestellt wird. Was sollen wir denn sparen, wenn Sie das eingesparte Geld gleich wieder verwenden? Dazu kommt noch, dass Sie das schon nächstes Jahr einsetzen wollen. Wir werden das aber erst in etwa drei Jahren eingespart haben, wenn das Projekt dann auch realisiert ist.

Das ist das Klagelied des Finanzministers. Sie haben aber hier einstimmig beschlossen, und ich verzichte darauf, hier eine Abstimmung zu verlangen.

Bourgeois Jacques (RL, FR): Il ne s'agit pas d'une question. J'aimerais revenir sur ma minorité suite aux propos tenus par M. le conseiller fédéral Maurer. Il a confirmé que les moyens financiers à disposition étaient suffisants pour soutenir la promotion des vins suisses. Je proposais une augmentation de 1,5 million de francs au budget 2021.

Je retire par conséquent ma proposition de minorité à la position 708.A231.0229.

Grin Jean-Pierre (V, VD): Monsieur le conseiller fédéral, vous avez parlé de la motion Dittli 16.3705, "Compenser le renchérissement uniquement quand il survient". Il me semble que cette motion visait à compenser le renchérissement que s'il est effectif. Or, vous faites là une diminution. Il s'agit donc d'une compensation négative du renchérissement.

Y a-t-il d'autres crédits-cadres pour lesquels le Conseil fédéral a fait la même compensation négative, par exemple dans le domaine de la formation et de la recherche, de l'aide au développement, ou autre?

AB 2020 N 2227 / BO 2020 N 2227

Maurer Ueli, Bundesrat: Ja, in Bildung und Forschung wird das ebenfalls gemacht. Auch dort macht das Parlament das Gleiche – es stockt die Teuerung, die nicht stattgefunden hat, wieder auf. Die Landwirtschaft ist folglich kein Einzelfall. Allerdings müssen Sie sich überlegen, ob Sie uns überhaupt solche Aufträge erteilen wollen, wenn Sie sich letztlich nicht daran halten. Das auszurechnen, gibt nämlich einiges zu tun.

Ritter Markus (M-CEB, SG): Herr Bundesrat, können Sie bestätigen, dass der Bundesrat zum laufenden Zahlungsrahmen für die Agrarpolitik 2018–2021 auf Seite 4538 der Botschaft explizit geschrieben hat, dass es für die Landwirtschaft keine Teuerung gibt und der Zahlungsrahmen nominal gleich bleibt?

Maurer Ueli, Bundesrat: Ich habe die Seite, die Sie genannt haben, nicht vor mir und kann es daher auch nicht so bestätigen. Aber ich nehme schon an, dass Sie recht haben, denn Sie kennen ja diese Dossiers. (*Heiterkeit*)

Fischer Roland (GL, LU), für die Kommission: Im Block 5, "Landwirtschaft und Tourismus", beraten wir noch drei Minderheitsanträge sowie zwei Mehrheitsanträge, die vom Entwurf des Bundesrates abweichen.

Beim Kredit zur Position "Förderung von Innovationen und Zusammenarbeit im Tourismus" beantragt Ihnen die Minderheit Wettstein eine Erhöhung des Kredits von 6,9 auf 8,6 Millionen Franken mit dem Argument, dass



zurzeit die Gäste aus dem Ausland fehlen. Die finanziellen Mittel sollen deshalb für die Weiterentwicklung eines nachhaltigen, sanften Tourismus ausgerichtet werden, wobei aufgrund des Ausfalls von ausländischen Gästen insbesondere die inländische Nutzung im Vordergrund steht. Die Kommission hat jedoch diesen Antrag mit 17 zu 6 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt. Die vom Bundesrat beantragten Mittel reichen aus Sicht der Mehrheit aus, um den nachhaltigen Tourismus im nächsten Jahr zu unterstützen.

Im Bereich der Landwirtschaft haben wir die Minderheit Wettstein, welche beantragt, die Pflanzenzüchtung innerhalb des Subventionsrahmens für Pflanzen- und Tierzucht zu stärken. Trockenheit und Hitzeperioden würden zeigen, dass der Bedarf nach neuen Erkenntnissen im Bereich des Pflanzenbaus, beispielsweise resistenterer Nutzpflanzen, steige. Auch hier ist die Mehrheit der Kommission der Ansicht, dass die finanziellen Mittel zurzeit genügen und der finanzielle Rahmen nicht im Rahmen des Haushaltsplans festgelegt werden soll, sondern eben dann im Rahmen der Agrarbotschaft. Die Strategie Pflanzenzüchtung legt hier den notwendigen Rahmen fest. Die zusätzlichen Mittel würden dann im Rahmen der Agrarpolitik ab 2022 eingestellt und berücksichtigt. Der Antrag wurde in der Kommission deshalb mit 15 zu 9 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt. Der Minderheitsantrag Bourgeois ist zurückgezogen, wie wir soeben gehört haben.

Wir kommen damit zu den Direktzahlungen. Dazu liegen zwei Minderheitsanträge Schneider Schüttel vor, welche jedoch getrennt zu betrachten sind, weil sie unterschiedliche Sachverhalte betreffen.

Die Minderheit I beantragt zusätzliche finanzielle Mittel für die Sömmerungsbeiträge zugunsten der nachhaltigen Schafalping. Der Antrag ist im Zusammenhang mit der Ablehnung des Jagdgesetzes zu sehen. Schafherden sollen unterstützt werden, damit zusätzliche Mittel für Herdenschutzmassnahmen zur Verfügung stehen. Die Kommission entschied mit 14 zu 11 Stimmen. Die Mehrheit beantragt Ihnen, diesen Antrag abzulehnen. Zum einen wurde in der Kommission ausgeführt, dass es für diese zusätzlichen Beiträge noch kein Konzept gibt und die Auflagen an die Empfängerinnen nicht klar sind. Vor allem deshalb und natürlich auch ganz generell ist die Wirkung der Massnahme bei diesem Betrag vermutlich gering. Die Mehrheit der Kommission beantragt Ihnen deshalb, diesen Minderheitsantrag abzulehnen und hier auf ein entsprechendes Konzept des Bundesrates zu warten.

Hingegen beantragt Ihnen die Mehrheit der Kommission eine allgemeine Aufstockung der Direktzahlungen gegenüber dem Entwurf des Bundesrates, und zwar mit dem Ziel einer Stabilisierung der Ausgaben für Direktzahlungen. In Umsetzung der Motion Dittli nimmt der Bundesrat hier eine Teuerungskorrektur gegenüber dem Betrag vor, der im Voranschlag 2020 eingestellt wurde. Die Mehrheit der Kommission lehnte diese Teuerungskorrektur ab und beantragt Ihnen – der Entscheid fiel mit 13 zu 8 Stimmen bei 4 Enthaltungen –, im Voranschlag 2021 denselben Betrag wie im Voranschlag 2020 einzusetzen und so die Direktzahlungen zu stabilisieren. Die Argumente haben Sie von den Fraktionssprechenden gehört.

Einstimmig beantragt Ihnen die Kommission zusätzliche Mittel für Agroscope. Da geht es um Effizienzsteigerungen, um Effizienzgewinne. Diese sollen, wie das Parlament mehrfach bekräftigt hat, für die Forschung verwendet werden. Deswegen beantragt Ihnen die Mehrheit der Kommission, diese Mittel in das Budget aufzunehmen und vor allem auch in der Finanzplanung 2022–2024 abzubilden.

Ich bitte Sie hier, der Mehrheit der Kommission zu folgen.

Nicolet Jacques (V, VD), pour la commission: Au bloc 5, nous traitons les crédits alloués à l'agriculture et au tourisme.

Au Secrétariat d'Etat à l'économie, il y a tout d'abord une demande de majoration de 1,8 million de francs du budget consacré à l'encouragement à l'innovation et à la coopération dans le domaine du tourisme, une demande défendue par la minorité Wettstein. La commission, qui s'est prononcée par 17 voix contre 6, estime que des moyens suffisants ont déjà été accordés à la branche du tourisme, notamment dans le cadre de mesures Covid. Par 17 voix contre 6, nous vous proposons donc d'en rester au projet du Conseil fédéral.

Pour ce qui concerne l'Office fédéral de l'agriculture, une proposition défendue par la minorité Wettstein également vise à renforcer la sélection végétale et animale en dotant le budget de 1 million de francs supplémentaires. Cette proposition vaut aussi pour le plan financier 2022–2024. En commission, elle a été rejetée par 15 voix contre 9 et 1 abstention.

Toujours à l'OFAG, la proposition de la minorité Bourgeois qui portait sur la promotion des vins a été retirée.

En ce qui concerne les paiements directs versés à l'agriculture, alors que le Conseil fédéral avait prévu une réduction de 0,5 pour cent des moyens affectés dans le budget 2021, la commission, qui s'est exprimée par 13 voix contre 8 et 4 abstentions, a décidé de rétablir dans le budget 2021 le montant inscrit au budget 2020 et ainsi de le porter à 2,812 milliards de francs, ce qui représente une augmentation effective de 16,8 millions de francs.

Deux propositions ont été déposées par la minorité Schneider Schüttel. La minorité I demande d'en revenir



aux montants prévus dans le projet du Conseil fédéral. Cette minorité est soutenue par les huit membres de la commission ayant refusé de rétablir le budget 2021. La minorité II propose quant à elle d'inscrire 1,8 millions de francs supplémentaires par rapport au projet du Conseil fédéral. Cette proposition vise notamment à prendre en compte les contributions versées pour la détention de moutons sur les alpages. La majorité de la commission estime qu'il s'agit de mesures de biodiversité et de protection qui devraient être financées par le budget de l'Office fédéral de l'environnement. La proposition défendue par la minorité II a été refusée par 14 voix contre 11.

Pour ce qui est d'Agroscope, pour terminer, la commission a estimé que, comme le prévoyait sa motion 20.3014, "Réforme structurelle d'Agroscope. Réaffectation sans délai des gains d'efficacité à la recherche agricole", les gains d'efficacité de la réforme d'Agroscope devraient être totalement affectés à la recherche agronomique. De ce fait, la commission a approuvé, à l'unanimité, la proposition de sa sous-commission visant à majorer le budget d'Agroscope de 4,092 millions de francs.

704 Staatssekretariat für Wirtschaft
704 Secrétariat d'Etat à l'économie

Antrag der Mehrheit

A231.0194 Förderung von Innovationen und Zusammenarbeit im Tourismus
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

AB 2020 N 2228 / BO 2020 N 2228

Antrag der Minderheit

(Wettstein, Andrey, Brélaz, Egger Kurt, Fischer Roland, Matter Michel)
A231.0194 Förderung von Innovationen und Zusammenarbeit im Tourismus
Fr. 8 600 000

Proposition de la majorité

A231.0194 Encouragement innovation et coopération, domaine tourisme
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Wettstein, Andrey, Brélaz, Egger Kurt, Fischer Roland, Matter Michel)
A231.0194 Encouragement innovation et coopération, domaine tourisme
Fr. 8 600 000

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 20.041/21783)
Für den Antrag der Mehrheit ... 128 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit ... 51 Stimmen
(7 Enthaltungen)

708 Bundesamt für Landwirtschaft
708 Office fédéral de l'agriculture

Antrag der Mehrheit

A231.0228 Pflanzen- und Tierzucht
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Wettstein, Andrey, Brélaz, Dandrès, Egger Kurt, Fischer Roland, Friedl Claudia, Gysi Barbara, Matter Michel)
A231.0228 Pflanzen- und Tierzucht
Fr. 41 952 100

Proposition de la majorité

A231.0228 Sélection végétale et animale
Adhérer au projet du Conseil fédéral



Proposition de la minorité

(Wettstein, Andrey, Brélaz, Dandrès, Egger Kurt, Fischer Roland, Friedl Claudia, Gysi Barbara, Matter Michel)
A231.0228 Sélection végétale et animale
Fr. 41 952 100

3. Bundesbeschluss Ib über die Planungsgrössen im Voranschlag für das Jahr 2021
3. Arrêté fédéral Ib concernant le cadre financier inscrit au budget 2021

Anhang 2 – Annexe 2

Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung
Département de l'économie, de la formation et de la recherche

708 Bundesamt für Landwirtschaft
708 Office fédéral de l'agriculture

Antrag der Mehrheit

A231.0228 Pflanzen- und Tierzucht
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Wettstein, Andrey, Brélaz, Dandrès, Egger Kurt, Fischer Roland, Friedl Claudia, Gysi Barbara, Matter Michel)
A231.0228 Pflanzen- und Tierzucht
Die zusätzlichen Mittel sind zugunsten der Pflanzenzüchtung einzusetzen.

Proposition de la majorité

A231.0228 Sélection végétale et animale
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Wettstein, Andrey, Brélaz, Dandrès, Egger Kurt, Fischer Roland, Friedl Claudia, Gysi Barbara, Matter Michel)
A231.0228 Sélection végétale et animale
Les moyens supplémentaires sont destinés à la sélection végétale.

4. Bundesbeschluss II über den Finanzplan für die Jahre 2022–2024
4. Arrêté fédéral II concernant le plan financier pour les années 2022–2024

Art. 2 Bst. v

Antrag der Mehrheit

v. Bundesamt für Landwirtschaft
A231.0228 Pflanzen- und Tierzucht
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Wettstein, Andrey, Brélaz, Dandrès, Egger Kurt, Fischer Roland, Friedl Claudia, Gysi Barbara, Matter Michel)
v. Bundesamt für Landwirtschaft
A231.0228 Pflanzen- und Tierzucht
2022: Fr. 44 767 300
2023: Fr. 44 680 900
2024: Fr. 44 680 900



Art. 2 let. v

Proposition de la majorité

v. Office fédéral de l'agriculture

A231.0228 Sélection végétale et animale

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Wettstein, Andrey, Brélaz, Dandrès, Egger Kurt, Fischer Roland, Friedl Claudia, Gysi Barbara, Matter Michel)

v. Office fédéral de l'agriculture

A231.0228 Sélection végétale et animale

2022: Fr. 44 767 300

2023: Fr. 44 680 900

2024: Fr. 44 680 900

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 20.041/21818)

Für den Antrag der Mehrheit ... 108 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 78 Stimmen

(0 Enthaltungen)

1. Voranschlag der Verwaltungseinheiten

1. Budget des unités administratives

708 Bundesamt für Landwirtschaft

708 Office fédéral de l'agriculture

Antrag der Mehrheit

A231.0229 Qualitäts- und Absatzförderung

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Bourgeois, Andrey, Brélaz, Egger Kurt, Farinelli, Feller, Grin, Gschwind, Matter Michel, Nicolet, Ritter)

A231.0229 Qualitäts- und Absatzförderung

Fr. 70 930 800

Proposition de la majorité

A231.0229 Promotion de la qualité et des ventes

Adhérer au projet du Conseil fédéral

AB 2020 N 2229 / BO 2020 N 2229

Proposition de la minorité

(Bourgeois, Andrey, Brélaz, Egger Kurt, Farinelli, Feller, Grin, Gschwind, Matter Michel, Nicolet, Ritter)

A231.0229 Promotion de la qualité et des ventes

Fr. 70 930 800



3. Bundesbeschluss Ib über die Planungsgrössen im Voranschlag für das Jahr 2021
3. Arrêté fédéral Ib concernant le cadre financier inscrit au budget 2021

Anhang 2 – Annexe 2

Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung
Département de l'économie, de la formation et de la recherche

708 Bundesamt für Landwirtschaft
708 Office fédéral de l'agriculture

Antrag der Mehrheit
A231.0229 Qualitäts- und Absatzförderung
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

AB 2020 N 2230 / BO 2020 N 2230

Antrag der Minderheit
(Bourgeois, Andrey, Brélaz, Egger Kurt, Farinelli, Feller, Grin, Gschwind, Matter Michel, Nicolet, Ritter)
A231.0229 Qualitäts- und Absatzförderung
Die zusätzlichen Mittel sind zugunsten der Förderung von Schweizer Weinen einzusetzen.

Proposition de la majorité
A231.0229 Promotion de la qualité et des ventes
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité
(Bourgeois, Andrey, Brélaz, Egger Kurt, Farinelli, Feller, Grin, Gschwind, Matter Michel, Nicolet, Ritter)
A231.0229 Promotion de la qualité et des ventes
Les moyens supplémentaires sont destinés à la promotion des vins suisses.

4. Bundesbeschluss II über den Finanzplan für die Jahre 2022–2024
4. Arrêté fédéral II concernant le plan financier pour les années 2022–2024

Art. 2 Bst. w

Antrag der Mehrheit
w. Bundesamt für Landwirtschaft
A231.0229 Qualitäts- und Absatzförderung
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit
(Bourgeois, Andrey, Brélaz, Egger Kurt, Farinelli, Feller, Grin, Gschwind, Matter Michel, Nicolet, Ritter)
w. Bundesamt für Landwirtschaft
A231.0229 Qualitäts- und Absatzförderung
2022: Fr. 70 651 400
2023: Fr. 70 511 700
2024: Fr. 70 511 700

Art. 2 let. w

Proposition de la majorité
w. Office fédéral de l'agriculture
A231.0229 Promotion de la qualité et des ventes
Adhérer au projet du Conseil fédéral



Proposition de la minorité

(Bourgeois, Andrey, Brélaz, Egger Kurt, Farinelli, Feller, Grin, Gschwind, Matter Michel, Nicolet, Ritter)

w. Office fédéral de l'agriculture

A231.0229 Promotion de la qualité et des ventes

2022: Fr. 70 651 400

2023: Fr. 70 511 700

2024: Fr. 70 511 700

Präsident (Aebi Andreas, Präsident): Der Antrag der Minderheit Bourgeois wurde zurückgezogen.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

1. Voranschlag der Verwaltungseinheiten

1. Budget des unités administratives

708 Bundesamt für Landwirtschaft

708 Office fédéral de l'agriculture

Antrag der Mehrheit

A231.0234 Direktzahlungen Landwirtschaft

Fr. 2 812 039 500

Antrag der Minderheit I

(Schneider Schüttel, Andrey, Brélaz, Dandrès, Egger Kurt, Fischer Roland, Friedl Claudia, Gysi Barbara, Matter Michel, Wettstein, Widmer Céline)

A231.0234 Direktzahlungen Landwirtschaft

Fr. 2 796 985 300

Antrag der Minderheit II

(Schneider Schüttel, Dandrès, Fischer Roland, Friedl Claudia, Gysi Barbara, Matter Michel, Wettstein, Widmer Céline)

A231.0234 Direktzahlungen Landwirtschaft

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la majorité

A231.0234 Paiements directs versés dans l'agriculture

Fr. 2 812 039 500

Proposition de la minorité I

(Schneider Schüttel, Andrey, Brélaz, Dandrès, Egger Kurt, Fischer Roland, Friedl Claudia, Gysi Barbara, Matter Michel, Wettstein, Widmer Céline)

A231.0234 Paiements directs versés dans l'agriculture

Fr. 2 796 985 300

Proposition de la minorité II

(Schneider Schüttel, Dandrès, Fischer Roland, Friedl Claudia, Gysi Barbara, Matter Michel, Wettstein, Widmer Céline)

A231.0234 Paiements directs versés dans l'agriculture

Adhérer au projet du Conseil fédéral



3. Bundesbeschluss Ib über die Planungsgrössen im Voranschlag für das Jahr 2021
3. Arrêté fédéral Ib concernant le cadre financier inscrit au budget 2021

Anhang 2 – Annexe 2

Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung
Département de l'économie, de la formation et de la recherche

708 Bundesamt für Landwirtschaft
708 Office fédéral de l'agriculture

Antrag der Mehrheit
A231.0234 Direktzahlungen Landwirtschaft
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit I
(Schneider Schüttel, Andrey, Brélaz, Dandrès, Egger Kurt, Fischer Roland, Friedl Claudia, Gysi Barbara, Matter Michel, Wettstein, Widmer Céline)
A231.0234 Direktzahlungen Landwirtschaft
Zusätzliche Mittel in der Höhe von 1 800 000 Franken sind für Sömmerungsbeiträge an die nachhaltige Schafalpfung (Kulturlandschaftsbeiträge) einzusetzen.

Proposition de la majorité
A231.0234 Paiements directs versés dans l'agriculture
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité I
(Schneider Schüttel, Andrey, Brélaz, Dandrès, Egger Kurt, Fischer Roland, Friedl Claudia, Gysi Barbara, Matter Michel, Wettstein, Widmer Céline)
A231.0234 Paiements directs versés dans l'agriculture
Des moyens supplémentaires d'un montant de 1 800 000 francs sont destinés au versement de contributions d'estivage pour l'estivage ovin durable (contributions au paysage cultivé).

Präsident (Aebi Andreas, Präsident): Die Anträge der Minderheiten I und II (Schneider Schüttel) schliessen einander nicht aus.

Abstimmung – Vote
(namentlich – nominatif; 20.041/21821)
Für den Antrag der Minderheit I ... 102 Stimmen
Für den Antrag der Mehrheit ... 88 Stimmen
(0 Enthaltungen)

Abstimmung – Vote
(namentlich – nominatif; 20.041/21822)
Für den Antrag der Mehrheit ... 121 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit II ... 67 Stimmen
(2 Enthaltungen)



1. Voranschlag der Verwaltungseinheiten

1. Budget des unités administratives

710 Agroscope

710 Agroscope

Antrag der Kommission

A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)

Fr. 187 686 400

Proposition de la commission

A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)

Fr. 187 686 400

4. Bundesbeschluss II über den Finanzplan für die Jahre 2022–2024

4. Arrêté fédéral II concernant le plan financier pour les années 2022–2024

Art. 2 Bst. x

Antrag der Kommission

x. Agroscope

A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)

2022: Fr. 187 113 400

2023: Fr. 187 960 800

2024: Fr. 189 095 700

Art. 2 let. x

Proposition de la commission

x. Agroscope

A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)

2022: Fr. 187 113 400

2023: Fr. 187 960 800

2024: Fr. 189 095 700

Präsident (Aebi Andreas, Präsident): Der Bundesrat schliesst sich dem Antrag der Kommission an.

Angenommen gemäss Antrag der Kommission

Adopté selon la proposition de la commission

Block 6 – Bloc 6

Verkehr und Umwelt

Transport et environnement

Brélaz Daniel (G, VD): Dans le bloc en question, j'ai deux propositions de minorité.

Tout d'abord, à l'Office fédéral de l'énergie, nous constatons que le besoin de renforcer, vu les évolutions technologiques et les défis relatifs à la stratégie énergétique 2050, les transferts de technologie dans le domaine de l'énergie est là. Dans sa planification, le Conseil fédéral le reconnaît puisqu'il propose dès 2022 d'augmenter ce budget de 7 millions de francs par rapport au niveau actuel.

En ce qui me concerne, j'estime que nous pouvons faire un palier intermédiaire, à savoir que nous pouvons déjà, l'année prochaine, l'augmenter de 2 millions de francs, puis par la suite de 5 millions de francs, plutôt que d'attendre encore un peu plus d'une année pour faire un effort dans cette direction. Il s'agit d'un domaine important qui tend à devenir urgent.

L'argumentation contre cette proposition, consistant à dire qu'on n'arriverait peut-être pas à dépenser toute la somme en 2021, parce qu'il faut faire un travail préliminaire, ne me paraît pas peser suffisamment par rapport à l'intérêt d'un renforcement du poste en question.



A l'Office fédéral des routes, nous avons constaté pendant toute cette année que les projets de mobilité douce – le vélo, la marche et autres –, particulièrement dans les agglomérations, sont importants parce qu'il y a eu des changements d'habitudes de la population. En effet, la mobilité douce s'est très fortement renforcée en raison du Covid-19. Dans ces conditions, nous proposons d'augmenter ce budget pour la part fédérale, c'est-à-dire des subventions pour un certain nombre de projets cantonaux et communaux d'un montant de 3 millions de francs. L'argumentation consistant à dire que les cantons et les communes doivent se débrouiller seuls ne me paraît pas pertinente parce que, alors, à ce moment-là, on se demande pourquoi il reste un poste budgétaire pour ce domaine. Il s'agit simplement ici d'une espèce d'inertie administrative. Nous vous proposons de la lever en acceptant cette augmentation.

Gmür Alois (M-CEB, SZ): Ich vertrete die Minderheit, die den Betrag bei der Umwelttechnologie zukünftig nicht von 4 auf 7 Millionen Franken fast verdoppeln will. Die Minderheit ist der Ansicht, dass es übertrieben ist, diesen Posten um 3 Millionen Franken zu erhöhen. Höhere Beiträge an Projekte für die Förderung der Umwelttechnologie heisst nicht immer höhere Qualität der Projekte. Der Bund kann Projekte bis zu 50 Prozent mitfinanzieren. Die Minderheit ist der Ansicht, dass weniger allenfalls auch mehr sein kann. Es muss nicht jedes Projekt mitfinanziert werden. Wenn die Attraktivität und Qualität der Projekte gut ist, hilft auch die Privatwirtschaft mit. Es muss nicht immer der Staat sein, der fördert. Ich bitte Sie, dem Antrag meiner Minderheit zuzustimmen.

Gschwind Jean-Paul (M-CEB, JU): A l'Office fédéral de l'environnement, à la position qui concerne les animaux sauvages, la chasse et la pêche, il y a une proposition de minorité qui porte mon nom. Elle s'oppose à une augmentation de 500 000 francs du budget de cette position et soutient le

AB 2020 N 2231 / BO 2020 N 2231

projet du Conseil fédéral, soit le montant de 7 091 200 francs. L'augmentation proposée vise à indemniser les dégâts des grands prédateurs, en l'occurrence le loup.

La majorité de la commission veut donner un signal à l'intention des éleveurs de moutons et de chèvres et, ainsi, elle admet implicitement que les pertes vont aller en augmentant dans les années à venir au vu de l'augmentation des meutes de loups. Les carnages vont se propager avec l'agonie et la mort cruelle des animaux suite à des blessures. C'est un vétérinaire qui vous le dit.

Donner 500 000 francs, c'est se donner bonne conscience et éluder le problème; c'est mettre, à mon avis, un emplâtre sur une jambe de bois. La minorité que je représente s'oppose à cette augmentation pour deux raisons.

La première, c'est que les indemnisations des dommages et des pertes d'animaux doivent correspondre à la valeur réelle des animaux, et non être calculées en fonction des montants qui sont à disposition au budget. D'ailleurs, d'après le Conseil fédéral, les montants qui sont budgétés sont suffisants.

La deuxième raison, c'est que, pour résoudre ce problème, le Parlement se doit d'apporter une solution durable, pragmatique et efficace pour éviter une désertion et un abandon des alpages qui auraient des conséquences désastreuses et pour l'économie, et pour l'environnement, et occasionneraient une perte de revenu importante pour les éleveurs et des risques accrus d'incendie et d'avalanche. La révision de la loi sur la chasse apportait une solution pour réguler la prolifération des prédateurs en accordant aux cantons des autorisations de tirs préventifs avec l'accord et la bénédiction de la Confédération. Mais le peuple en a décidé autrement au terme d'une votation qui a mis en évidence le fossé qui existe entre les villes et les campagnes, les cantons urbains et les cantons montagnards. Nous acceptons cette décision du peuple. Toutefois, la politique doit remettre l'ouvrage sur le métier pour apporter une solution acceptable pour réguler les grands prédateurs. Le problème ne saurait être réglé avec des indemnités et de l'argent. La Commission de l'environnement, de l'aménagement du territoire et de l'énergie semble l'avoir compris puisqu'elle vient d'accepter deux interventions, dont une motion de commission, qui vont dans ce sens, si mes informations sont correctes.

En résumé, je vous invite à suivre ma minorité.

Grin Jean-Pierre (V, VD): A la position "Nature et paysage", permettez-moi de défendre la proposition de la minorité Nicolet. Les contributions fédérales prévues à cette position soutiennent les tâches d'exécution accomplies par les cantons, selon une répartition fixée à 75 pour cent pour le domaine de la biodiversité et 25 pour cent pour le paysage. Elles sont aussi utilisées, en partie, pour la revitalisation des cours d'eaux. Depuis 2016, ce poste a déjà fortement augmenté en plusieurs étapes. Et voilà que le montant inscrit au budget 2021 augmente encore de 23 millions de francs, soit d'environ 30 pour cent. La minorité Nicolet estime que cela est disproportionné, sans compter qu'à la position "Revitalisation des cours d'eaux", un montant de 35 millions



de francs est déjà spécifiquement prévu pour cela. Cette minorité Nicolet, que je défends, vous propose un montant pour le budget 2021 de 85 millions de francs, c'est-à-dire 3,5 millions de plus qu'en 2020. Ce montant doit être suffisant pour financer les activités à la position "Nature et paysage". Le plafonnement vaut également pour les années 2022, 2023 et 2024. Cet amendement vous demande une certaine sagesse financière pour permettre de mettre les priorités financières de ces prochaines années dans les secteurs de la santé et de l'économie, tout en soutenant la nature et les paysages, mais pas de manière disproportionnée.

Guggisberg Lars (V, BE): Ich gebe Ihnen die Haltung der SVP-Fraktion zu den insgesamt sechs strittigen Krediten in Block 6 bekannt. Wir beantragen Ihnen, je der Hälfte der Mehrheitsanträge und der Minderheitsanträge zuzustimmen.

Ich erläutere Ihnen, wo Sie wie stimmen sollten: Der beantragten Erhöhung der Auslastung im regionalen Personenverkehr ist zuzustimmen und der Mehrheit Ihrer Finanzkommission zu folgen. Hier geht es auch darum, die Effizienz pro Steuerfranken zu erhöhen.

Die Minderheitsanträge Brélaz lehnen wir ab. Auch bei diesen Positionen bitten wir Sie, die Kommissionsmehrheit zu unterstützen. Der erste Minderheitsantrag verlangt, die Ausgaben beim Technologietransfer um 2 Millionen Franken zu erhöhen. Der zweite Minderheitsantrag will die Beiträge für den Langsamverkehr mehr als verdoppeln. In beiden Fällen halten wir die Mehrausgaben nicht für angezeigt.

Demgegenüber unterstützen wir den Minderheitsantrag Gmür Alois. Wir wollen damit verhindern, dass im Bereich Umwelttechnologie ungerechtfertigterweise massiv mehr Steuergelder ausgegeben werden: 7 Millionen Franken anstatt 4 Millionen.

Ebenfalls unterstützen wir den Minderheitsantrag Gschwind. Das knappe Nein zum Jagdgesetz an der Urne muss anders aufgearbeitet werden als einfach mit zusätzlichem Steuergeld. Das Problem ist grundlegender Natur und lässt sich leider nicht einfach mit einer zusätzlichen halben Million Franken Mehrausgaben lösen.

Zu guter Letzt unterstützen wir den Minderheitsantrag Nicolet. Auch im Bereich Natur und Landschaft muss dem ständigen Ausgabenwachstum Einhalt geboten werden. Auch in diesem Bereich müssen die Ausgaben auf bereits jetzt sehr hohem Niveau stabilisiert werden.

Zusammenfassend: Bei den ersten drei Minderheiten betreffend BAV, BFE und ASTRA macht Ihnen die SVP-Fraktion beliebt, der Kommissionsmehrheit zu folgen und die Minderheitsanträge Brélaz abzulehnen. Bei den umstrittenen Krediten beim BAFU empfehlen wir Ihnen, den Minderheiten zu folgen.

Dandrès Christian (S, GE): Monsieur le deuxième vice-président, tout d'abord permettez-moi de vous féliciter pour votre élection – je suis très honoré d'être la première personne à laquelle vous passez la parole.

Pour en venir à la question du budget, le groupe socialiste relève que les crédits pour les offices faisant partie de ce bloc se maintiennent, sauf pour ceux où des propositions de minorité ont été déposées. C'est tant mieux, vu notamment les efforts qui ont été consentis en faveur du développement de l'infrastructure ferroviaire. Pour que le transfert modal se poursuive, il faut des transports publics performants et fiables. L'attention sur l'entretien du réseau ferroviaire, qui est fortement sollicité et qui commence à être usagé par endroit, devra être maintenue. La qualité du service public dépend également de la capacité des CFF et des autres compagnies ferroviaires à assurer de bonnes conditions de travail et une relève professionnelle suffisante. Il y a quelques inquiétudes concernant la relève pour les mécaniciens. Il faudra que les CFF y soient particulièrement attentifs. Le groupe socialiste se préoccupe également des problèmes de sous-effectifs, qui sont dénoncés par les organisations syndicales et qui réduisent la sécurité des passagers et des employés. Il y a eu des situations dramatiques en 2019. Toujours dans le domaine des transports, sans surprise, un grand chantier va s'ouvrir pour le Parlement: c'est la question du secteur de l'aviation civile, qui est presque à l'arrêt et auquel la crise ne permettra sans doute pas de se redéployer. Vu l'importance de ce secteur pour l'intégration internationale de la Suisse, la Confédération ne peut pas se borner à laisser le marché trancher et les compagnies aériennes décider. Je pense notamment à la nécessité d'assurer une bonne desserte en lignes intercontinentales depuis l'aéroport de Genève. On ne peut pas laisser les compagnies comme Swiss, Air China ou Delta Airlines dicter l'avenir de la Genève internationale et de la Genève scientifique, notamment pas celui du Cern.

J'aimerais dire quelques mots sur la politique environnementale. Dans le cadre du débat général, le groupe socialiste a mis en évidence l'ampleur de la crise économique et sociale. Cette crise fait naître le risque politique que des personnes remettent en cause les objectifs qui sont poursuivis dans le cadre de la politique environnementale. Une mobilisation pourrait émerger en faveur d'un report des objectifs environnementaux – en faveur desquels la Suisse s'est



engagée – au motif d'alléger les charges des entreprises. Il est assez probable que celles et ceux qui ont refusé d'alléger les charges des petits patrons indépendants par le biais d'une baisse du loyer soutiennent en fait ces démarches. Ces attaques auraient pour conséquence de remettre à beaucoup plus tard les objectifs climatiques, sachant que les sources les plus importantes de pollution sont la consommation d'énergie des bâtiments et les transports, précisément.

Ce risque ne s'est pas réellement concrétisé lors des travaux de la commission, hormis par la demande d'une coupe de près de 13 millions de francs de la part du groupe UDC, qui a été présentée tout à l'heure, concernant la position "Nature et paysage", que la commission a fort heureusement refusée. C'est la minorité Nicolet, que le groupe socialiste vous invite à rejeter.

Au contraire, la majorité de la commission a accepté deux propositions d'augmentation budgétaire: celle, avant-gardiste, de M. Brélaz, en faveur des technologies environnementales et celle, un peu plus terre à terre, que j'ai déposée concernant l'indemnisation des propriétaires de troupeaux et qui est également combattue. La minorité Gmür Alois combat la première avancée et celle de M. Gschwind la seconde. Le groupe socialiste vous invite à rejeter ces deux minorités.

Je dis encore quelques mots sur la proposition de la minorité Brélaz qui vise à allouer 3 millions de francs comme mesure de soutien à la mobilité douce. La crise a permis aussi ce transfert modal, c'est une bonne chose. En attestent les difficultés à obtenir aujourd'hui des vélos en magasin, et c'est tant mieux, d'ailleurs aussi du point de vue de la santé publique.

Le groupe socialiste soutiendra naturellement cette proposition, de même que celle concernant l'Office fédéral de l'énergie sur une question fondamentale: le transfert technologique. Ce crédit doit servir à assurer le passage assez délicat de la phase de développement à la phase de mise sur le marché.

Gschwind Jean-Paul (M-CEB, JU): En ce qui concerne l'arrêté fédéral 1b, à l'Office fédéral des transports, il y a une proposition de la commission portant sur les objectifs du groupe de prestations 2 qui concerne le transport des voyageurs et la desserte de base et qui vise à faire passer le taux d'utilisation du trafic régional de voyageurs de 17,2 à 17,3 pour cent en 2021. Une prolongation de la mesure dans le plan financier est prévue pour arriver à 17,6 pour cent en 2024, soit une augmentation de 0,1 pour cent chaque année. Quand bien même le Conseil fédéral se rallie à cette proposition de commission, il est rendu attentif au fait que ce défi sera difficile à relever avec la pandémie que nous traversons et le recours au travail à domicile. Mais, politiquement, je pense qu'il serait faux de réduire l'offre en raison d'un faible taux d'utilisation. Si vote il devait y avoir, le groupe du centre acceptera cette proposition.

En ce qui concerne l'Office fédéral de l'énergie, à la rubrique "Transfert de technologie", une minorité Brélaz demande d'augmenter le budget de 2 millions de francs, en le portant à 24,8 millions de francs, ceci dans le but de montrer une volonté d'aller de l'avant en matière de transfert de technologie dans le domaine de l'énergie. Il faut noter que le plan financier 2022–2024 prévoit un déplafonnement de 27 millions de francs. Le groupe du centre fait remarquer qu'il n'est pas sûr que cette augmentation générera davantage de projets pilotes, et que ces ressources supplémentaires de 2 millions de francs ne pourront être utilisées faute de ressources en personnel. Il souligne aussi que bien des produits innovants qui arrivent sur le marché sont rachetés par des investisseurs étrangers. Pour ces motifs, le groupe du centre, à une large majorité, rejettera la minorité Brélaz. En ce qui concerne l'Office fédéral des routes, à la rubrique "Mobilité douce, chemins piétons et randonnée pédestre", une minorité Brélaz demande d'augmenter de 3 millions de francs le budget, le portant ainsi à 5,7 millions de francs, en prétextant que la pandémie a entraîné une tendance plus marquée à la mobilité douce, ce qui est vrai, notamment pour le vélo et le vélo électrique, et que la Confédération dispose de moyens budgétaires pour soutenir ces projets.

Le groupe du centre partage l'intention de l'auteur de la minorité, mais il se ralliera au projet du Conseil fédéral; il rejettera donc cette minorité. Il est conseillé d'attendre l'entrée en vigueur de la nouvelle loi fédérale sur les pistes cyclables pour avoir une base légale offrant à l'OFROU la possibilité d'investir dans ce domaine.

En ce qui concerne l'Office fédéral de l'environnement, à la rubrique "Technologies environnementales", une minorité Gmür Alois demande de suivre le projet du Conseil fédéral prévoyant 4 millions de francs, alors que la majorité demande de porter au budget un montant de 7 millions de francs. La majorité prétend que cette enveloppe budgétaire n'a pas été modifiée depuis 20 ans et qu'elle est insuffisante.

Pour le groupe du centre, il est judicieux d'attendre la révision de la loi sur le CO2 qui permettra à la Confédération d'avoir des moyens supplémentaires pour de nouvelles tâches, telles que la promotion de nouvelles installations ou encore la promotion de certification ou de vérification. Il est d'ailleurs prévu d'engager entre 1,5 et 3 millions de francs l'année prochaine, dès que la loi sur le CO2 sera en vigueur. En résumé, le groupe du centre acceptera la minorité Gmür Alois à une très large majorité.



En ce qui concerne l'Office fédéral de l'environnement, à la rubrique "Animaux sauvages, chasse et pêche", j'ai déjà développé ma proposition de minorité. Une large majorité du groupe du centre la soutiendra.

Toujours dans cet office, la dernière minorité concerne la rubrique "Nature et paysage", c'est la proposition Nicolet. Elle demande de plafonner le budget à 85 millions de francs, soit une réduction assez conséquente de 13,17 millions de francs; il a cependant fait remarquer que cela représentait encore une augmentation de 3 millions de francs par rapport au budget 2020. Pour le groupe du centre, ce montant de 98,7 millions de francs est intégré dans les conventions-programmes négociées entre la Confédération et les cantons; celles-ci sont un outil incontournable et central pour la Confédération. Les montants mis à disposition sont toujours insuffisants. Il a été décidé, d'entente avec la Conférence suisse des directeurs cantonaux des travaux publics, de l'aménagement du territoire et de l'environnement, d'augmenter cette enveloppe. N'oublions pas que les cantons cofinancent ces investissements à raison de 50 pour cent, que le 40 pour cent de la somme va à l'agriculture pour la promotion de la biodiversité, et que de nombreuses PME bénéficient aussi de ce montant. Pour toutes ces raisons, le groupe du centre, à l'unanimité, rejettera la minorité Nicolet.

Brélaz Daniel (G, VD): Nous nous trouvons ici face à des choix assez cardinaux: est-ce que nous voulons essayer d'anticiper un avenir auquel nous savons, pour certains, être condamnés, et dont d'autres se réjouissent qu'il arrive? Ou bien est-ce que nous voulons rester le pied sur le frein le plus longtemps possible, pour que les technologies environnementales se développent le moins vite possible et qu'ensuite on s'étonne que la Suisse ait beaucoup de retard?

En ce qui concerne mes deux propositions de minorité, j'ai déjà développé ma position, je n'y reviens pas. En ce qui concerne ma proposition qui a trouvé une petite majorité de 13 voix contre 12 en Commission des finances, je voudrais être davantage insistant.

Dans ce domaine, à savoir celui du transfert des technologies environnementales à la société dans son ensemble, le crédit-cadre n'a pas été modifié depuis 20 ans. Aujourd'hui, nous nous trouvons dans une situation dramatique. Pour l'année prochaine, 90 pour cent du crédit actuel est déjà engagé pour des projets acceptés. Cela signifie que si nous ne changeons pas l'enveloppe, presque aucun projet ne pourra être accepté.

Or, ce sont des projets très importants qui sont financés grâce à ce crédit. Je vous donne quelques exemples. Nous avons pu favoriser, grâce à ce fond, le recyclage des batteries au lithium dans le domaine de l'électromobilité, la filtration des eaux de lavage des appareils d'épandage de pesticides de l'agriculture – ce qui résout une partie des problèmes, mais on peut aussi ne pas avoir envie de les résoudre –, le développement d'un filtre pour l'élimination combinée des

AB 2020 N 2233 / BO 2020 N 2233

poussières fines et des virus pour l'usage des transports publics et des bâtiments – tiens, cela aussi, cela devrait avoir de l'importance! –, et puis notamment encore le captage du CO₂ des gaz d'échappement des camions – il s'agit aussi d'une technologie d'avenir – et le développement de l'élimination quasi complète des polluants issus des cimenteries.

Garde-t-on alors le pied au plancher pour ne surtout pas aider qui que ce soit, en décidant qu'ils n'ont qu'à se débrouiller tout seul, que c'est très bien comme cela et qu'on attendra la loi sur le CO₂ – c'est-à-dire au moins une année – pour avoir des moyens? Je pense, et mon groupe aussi, que ce serait une grave erreur. Je vous demande donc de soutenir la majorité de la commission, même si la décision tenait à très peu de chose.

En ce qui concerne les autres domaines, je voudrais bien sûr vous dire que nous nous étonnons beaucoup de la minorité Nicolet, qui veut simplement supprimer tout moyen supplémentaire – c'est une logique très UDC – en matière de biodiversité. Heureusement, à une large majorité, la commission n'a pas suivi l'auteur de la proposition. Ces besoins ont déjà été acceptés par notre conseil en décembre 2019, et, comme prévu, il y a une large entente entre la Confédération et les cantons – qui paient 50 pour cent – pour dire qu'il faut plus de moyens. Je vous rappelle également qu'une des principales hypothèses sur le coronavirus est la perte de biodiversité dans certaines régions du monde. Peut-être cela n'a-t-il de nouveau aucune importance pour ceux qui pensent que seul le passé consolidé a de l'importance.

Enfin, en ce qui concerne la proposition de la minorité Gschwind, nous sommes un peu étonnés. On nous disait d'abord, lorsque l'on a traité le bloc précédent, qu'il fallait refuser tout moyen supplémentaire, car la demande n'était pas inscrite au bon endroit et qu'elle aurait dû l'être à l'Office fédéral de l'environnement. Et quand elle l'est, à l'OFEV, on nous dit qu'il faut la refuser, car finalement cela ne sert à rien, qu'il y a bien assez d'argent. Quelque part, nous avons l'impression d'un refus vexé parce que le peuple a osé dire autre chose que ceux qui se sont exprimés ici. Nous vous recommandons là aussi de suivre la majorité de la commission.



Schilliger Peter (RL, LU): Als Mitglied der FDP-Liberalen Fraktion mache ich gerne die Empfehlungen. Beim öffentlichen Verkehr stimmt die FDP-Liberale Fraktion dem Antrag der Mehrheit zu, in dem es um die Erhöhung der Auslastung im Soll-Wert geht.

Die beiden Minderheitsanträge Brélaz für Budgeterhöhungen im Bereich des Bundesamts für Energie und des Bundesamts für Strassen lehnen wir ab. Hier folgen wir ebenfalls den Anträgen der Mehrheit. Einerseits, und das habe ich auch beim Eintreten zur ganzen Budgetdebatte erwähnt, will die FDP-Liberale Fraktion nur Budgeterweiterungen zulassen, deren Begründungen wirklich stichhaltig sind. Für Wünsche lassen das heutige Budget und vor allem die Nachforderungen der kommenden Jahre einfach zu wenig Spielraum.

Andererseits – und nun bin ich im Bereich des Langsamverkehrs – geht es ja auch um die Frage der Zuständigkeit. Ist es richtig, dass der Bund weitere Gelder für die Position "Langsamverkehr, Fuss- und Wanderwege" ausgibt? Ist es nicht so, dass der Bund vor allem den Auftrag hat zu koordinieren und dass die Realisierung eben Sache der Kantone ist? Ist es richtig, dass man hier in die föderale Zuständigkeit eingreift? Wir sind der Meinung: nein.

Ebenso unterstützen wir den Antrag der Mehrheit zur Position "Umwelttechnologie" auf eine Erhöhung der Beiträge im Bereich Technologietransfer in der Forschung. In diesem Punkt sind wir allerdings nicht einheitlicher Meinung. Es gibt auch einen Teil der FDP-Fraktion, der die Minderheit Gmür Alois unterstützt und damit dem Bundesrat zustimmen will, der keine Erhöhung des Budgets möchte.

Bei der Position "Wildtiere, Jagd und Fischerei" unterstützt die FDP-Fraktion den Antrag der Minderheit Gschwind. Wir sind auch der Meinung, dass nach der Ablehnung des Jagdgesetzes nun zuerst eine gesetzliche Auslegung erstellt werden soll, anstatt hier mit finanziellen Budgeterweiterungen ein Problem anzugehen, das eben vielschichtiger ist, als dass es nur mit einer Beitragserhöhung und mit der Unterstützung von irgendwelchen Massnahmen im Bereich der Grosswildtiere gelöst werden könnte.

Nun noch zur letzten Position: Hier folgen wir dann wieder dem Antrag der Mehrheit. Den Kürzungsantrag der Minderheit Nicolet, der zur Position "Natur und Landschaft" eingegeben worden ist, lehnen wir ab. Hier unterstützen wir auch den Budgetentwurf des Bundesrates.

Matter Michel (GL, GE): Le groupe vert'libéral soutient la proposition de minorité Brélaz visant à développer et promouvoir la mobilité douce. Devant le changement de comportement des citoyennes et des citoyens dans leurs habitudes de transport, et avec l'augmentation des déplacements à pied, à vélo ou à vélo électrique, cette proposition touche sa cible et concourt à la transition écologique indispensable et à la promotion de la mobilité douce.

Concernant le transfert de technologie dans le domaine de l'énergie, le groupe vert'libéral approuve la proposition de minorité Brélaz. L'encouragement des innovations dans le domaine des technologies environnementales en vue de leur mise sur le marché est soutenu, tout comme l'augmentation du crédit d'engagement correspondant, inchangé depuis vingt ans.

Le groupe vert'libéral soutient la proposition majoritaire de la commission qui prône le renforcement des objectifs en matière de desserte des chemins de fer régionaux.

Les moyens alloués à la prévention et au remboursement des dommages causés par les grands prédateurs – mais on parle aussi des aigles, des loutres et des castors – doivent être augmentés. Le groupe vert'libéral soutient la proposition de la majorité de la commission, qui doit être mise en lien avec le rejet de la révision de la loi sur la chasse, en soutenant mieux les détenteurs d'animaux qui seraient concernés.

La proposition de la minorité Nicolet est rejetée par le groupe vert'libéral, car elle amène à une baisse importante et injustifiée des moyens à la position "Nature et paysage".

Maurer Ueli, Bundesrat: Vorab zum Leistungsziel in der Leistungsgruppe 2, "Öffentlicher Verkehr und Schienengüterverkehr": Hier beantragt Ihre Kommission einen neuen Soll-Wert. Wir übernehmen das; wir wollen hier keine Abstimmung. Ich glaube, dass das, was Sie hier ändern möchten und fordern, in Anbetracht der effektiven Verhältnisse sinnvoll ist.

Damit komme ich zum Zahlenteil. Die Minderheit Brélaz möchte bei der Position "Technologietransfer" eine Aufstockung von 2 Millionen Franken. Hier ist darauf hinzuweisen, dass wir 2019 bereits eine Aufstockung vorgenommen haben. Die Kredite werden aber nie ausgenutzt, weil wir uns hier an kantonalen Projekten beteiligen. 2019 haben wir 20 Millionen Franken eingestellt, und es wurden nur 16,8 Millionen Franken abgeholt. Auch für das nächste Jahr sieht es nicht so aus, als ob der Kredit ausgeschöpft würde. Da wir uns hier an konkreten Projekten beteiligen, macht diese Aufstockung keinen Sinn, denn das Geld dürfte nicht gebraucht werden. Sollte es dann aber zu mehr Projekten kommen, könnten wir Ihnen über den Nachtrag einen entsprechenden Kredit beantragen.



Ich bitte Sie also, diesen Minderheitsantrag abzulehnen. Der Bedarf ist nicht ausgewiesen, und es bestehen nicht genügend Projekte, um das dann auch zu realisieren.

Damit komme ich zum zweiten Minderheitsantrag Brélaz, zur Position "Langsamverkehr, Fuss- und Wanderwege". Herr Brélaz möchte hier um 3 Millionen Franken aufstocken. Hier geht es insbesondere um die Velowege. Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, dass wir den Kredit gegenüber dem letzten Jahr bereits um etwa 10 Prozent aufgestockt haben. Im Sommer werden wir Ihnen dann die Botschaft zum Veloweg-Gesetz unterbreiten, das die Folge der "Velo-Initiative" von damals ist; mit diesem Gesetz setzen wir den indirekten Gegenentwurf um. Damit hätten Sie im Sommer eine entsprechende Grundlage, und wir schlagen Ihnen vor, diese Botschaft abzuwarten, das zu analysieren und dann eine neue, längerfristige Strategie aufzustellen. Wir gehen davon aus, dass die Kredite dann aufgestockt werden. Aber ich glaube, es macht Sinn, wenn wir dies aufgrund

AB 2020 N 2234 / BO 2020 N 2234

einer konkreten Gesetzesvorlage tun, die Sie dann auch zu beraten haben. Mit den jetzt eingestellten, höheren Krediten für das nächste Jahr stehen genügend Mittel zur Verfügung. Im Laufe des nächsten Jahres haben Sie dann die Gelegenheit, dies etwas längerfristig zu beraten.

Ich bitte Sie also, auch diese Aufstockung abzulehnen. Es macht im Moment keinen Sinn, das ohne eine klare Strategie bereits aufzustocken; das Geld könnte auch kaum gebraucht werden.

Dann komme ich zur Minderheit Gmür Alois zum Bereich Umwelttechnologie. Herr Gmür hat darauf hingewiesen, wie hoch die von der Mehrheit beantragte Aufstockung ist, es ist nämlich fast eine Verdoppelung. Ich bitte Sie, dem Minderheitsantrag von Herrn Gmür zuzustimmen, der den Entwurf des Bundesrates übernimmt. Auch hier geht es darum: Natürlich kann man Signale setzen, aber wenn man Geld ausgibt, dann muss auch die Qualität stimmen, und die Lösung muss entsprechend eingemittet und transparent sein. In diesem Bereich eine Aufstockung um diesen Betrag vorzunehmen, macht keinen Sinn, denn das Geld kann nicht vernünftig eingesetzt werden. Der Bundesrat hat diese Abklärungen, wie sie auch Herr Gmür ausgeführt hat, getroffen.

Ich bitte Sie hier also, diese Aufstockung nicht vorzunehmen, sondern dem Entwurf des Bundesrates zuzustimmen; Herr Gmür hat das mit seiner Minderheit so aufgenommen. Es geht hier, gerade in diesem Bereich der Umwelttechnologie, insbesondere auch um die Qualität der entsprechenden Projekte, und solche Projekte fallen nicht vom Baum, sondern sie müssen entsprechend erarbeitet werden. Also folgen Sie hier bitte der Minderheit Gmür Alois und damit dem Bundesrat, und lehnen Sie den Antrag Ihrer Kommissionsmehrheit ab. Damit komme ich zur Minderheit Gschwind bei der Position "Wildtiere, Jagd und Fischerei". Über dieses Thema haben wir schon vorhin gesprochen und dort die Direktzahlungen aufgestockt. Hier geht es um das Konto "Wildtiere, Jagd und Fischerei", also um die Wildschäden. Dieses Konto hat nur einen Saldo von 250 000 Franken. Wenn Sie es nun mit dem Antrag der Mehrheit um eine halbe Million aufstocken, ist das eine Verdreifachung – das macht in diesem Bereich keinen Sinn. Sie haben jetzt die Direktzahlungen aufgestockt, und ich habe Ihnen gesagt, dass wir die Situation nach der Ablehnung des Jagdgesetzes wohl neu beurteilen müssen. Nur mit Geld kann das Problem für die Bevölkerung aber nicht gelöst werden, sondern es braucht hier eine Analyse. Es ist nun einmal so, dass sich die Wölfe etwas breiter machen, als man sich das wünscht. Also müssen wir hier eine Lösung finden. Das kann eine finanzielle Abgeltung sein, damit ist das Problem aber wahrscheinlich nicht vom Tisch. Diese Aufstockung um eine halbe Million Franken macht einfach keinen Sinn, denn das ist ohnehin das falsche Konto: Es ist nicht das Konto für die Grossraubtiere.

Ich bitte Sie hier also, dem Antrag der Minderheit Gschwind zuzustimmen und keine Aufstockung vorzunehmen, denn diese Aufstockung gibt es jetzt bei den Direktzahlungen. Das Problem muss noch etwas umfassender angegangen werden, und zwar mit der Bergbevölkerung, die davon betroffen ist.

Damit komme ich zum letzten Minderheitsantrag, dem Antrag der Minderheit Nicolet. Herr Nicolet möchte den Kredit für die Position "Natur und Landschaft" um gut 14 Millionen Franken kürzen. Hier möchte ich darauf hinweisen, dass dies Projekte der Kantone sind und der Bund sich daran zur Hälfte beteiligt. Diese Projekte wurden in den letzten Jahren ausgebaut. Wenn Sie den Betrag nun kürzen, heisst das, dass verschiedene Projekte in den Kantonen gestoppt werden müssen, weil der Bund seinen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen kann.

Hier wird also eigentlich am falschen Ort eingegriffen, wenn Sie diese Projekte stoppen wollen, denn es sind die Kantone, die diese Anträge stellen, und der Bund beteiligt sich an der Ausführung. Auch das sind ja Projekte bzw. Stossrichtungen, die Sie im Grundsatz schon einmal bewilligt haben. Es ist aber natürlich so: Diese Beträge wurden in den letzten Jahren laufend aufgestockt, weil es im Bereich der Biodiversität auch eine entsprechende Förderstrategie gibt.

Ich bitte Sie also, diesem Kürzungsantrag Nicolet nicht zuzustimmen, damit die Kantone diese Projekte in der



vorgegebenen Richtung umsetzen können.

Schlatter Marionna (G, ZH): Herr Bundesrat, ich habe eine Frage zum Punkt Langsamverkehr. Es geht bei diesem Punkt ja nicht nur um Velo-, sondern auch um Fussverkehr. Nun hat die Corona-Krise gezeigt, dass man hier bei der Infrastruktur unbedingt etwas machen sollte. Die Situation ist die, dass das Bundesgesetz über Fuss- und Wanderwege noch immer nicht wirklich umgesetzt ist.

Deshalb meine Frage: Wäre es unter diesem Aspekt nicht sinnvoll, hier ein bisschen mehr Geld in die Hand zu nehmen?

Maurer Ueli, Bundesrat: Geld ist das eine, Baubewilligungen und Landerwerb ist das andere. Wir haben bei allen Projekten – seien es Strassen, Radwege oder weiss nicht was – immer die Hürden einer Baubewilligung zuerst zu überwinden, bevor man dann tatsächlich etwas machen kann. Das dauert in der Regel etwas länger, als das Geld auszugeben. Sie sehen das auch im Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds: Wir haben mehr Geld als baureife Projekte, weil die Baubewilligungen nicht rechtzeitig eintreffen. Ich denke, diese Beträge werden in den nächsten Jahren in Ihrem Sinn wachsen, denn das Bedürfnis ist ausgewiesen. Aber grundsätzlich wird gegen alles und jedes zuerst einmal eine Einsprache gemacht, die man dann beseitigen muss.

Nicolet Jacques (V, VD), pour la commission: Nous sommes ici dans le bloc 6, qui traite des transports et de l'environnement. Au DETEC, à l'Office fédéral des transports, la commission vous propose, sans opposition, de majorer de 0,1 pour cent la valeur cible du taux d'utilisation du trafic régional de voyageurs en le faisant passer de 17,2 à 17,3 pour cent.

A l'OFEN, une minorité Brélaz propose une augmentation de 2 millions de francs pour le transfert de technologie. La commission, par 13 voix contre 12, vous demande de rejeter cette proposition.

A l'OFROU, une minorité Brélaz, également, propose de renforcer la position 806.A231.0309, "Mobilité douce, chemins piétons et randonnée pédestre", en y consacrant 3 millions de francs supplémentaires. Notre commission a rejeté, par 14 voix contre 11, la proposition défendue par cette minorité. Nous vous demandons d'en rester au montant prévu par le Conseil fédéral.

A l'OFEV, une minorité Gmür Alois demande, dans le domaine des technologies environnementales, de revenir au montant prévu par le Conseil fédéral. La majorité de la commission, qui s'est exprimée par 13 voix contre 12, propose de majorer ce poste de 3 millions de francs pour le porter à 7,17 millions de francs.

A l'OFEV toujours, une minorité Gschwind souhaite revenir au montant prévu par le Conseil fédéral à la position 810.A231.0323, "Animaux sauvages, chasse et pêche", alors qu'une majorité de la commission, qui s'est prononcée par 14 voix contre 11, a validé une proposition visant à majorer de 500 000 francs ce poste budgétaire, afin de permettre d'assurer correctement les indemnités pour les dégâts dus aux prédateurs dans les troupeaux. Je vous propose de suivre la majorité de la commission et de refuser la proposition de la minorité Gschwind.

Une dernière minorité portant mon nom et défendue par M. Grin demande de réduire de 13,75 millions le crédit à la position 810.A236.0123, "Nature et paysage", crédit ayant connu une augmentation de 30 pour cent entre les comptes 2019 et le budget 2021. La commission, par 18 voix contre 7, a refusé la proposition défendue par la minorité Grin.

Fischer Roland (GL, LU), für die Kommission: Im Bereich Umwelt und Verkehr möchte ich mit einem in der Finanzkommission unbestrittenen Antrag der Kommission zu den Leistungszielen im Bundesamt für Verkehr beginnen. Um was geht es hier? Es geht hier darum, dass die Kommission beim Ziel zur Grundversorgung im Personenverkehr einen höheren Soll-Wert bei der Messgrösse "Auslastung im regionalen Personenverkehr" beantragt. Konkret soll der Soll-Wert

AB 2020 N 2235 / BO 2020 N 2235

gemäss dem Antrag der Kommission im Voranschlag auf 17,3 Prozent erhöht werden und auch in den Finanzplanjahren um jährlich 0,1 Prozent steigen. Dieser Antrag wurde in der Kommission ohne Gegenstimme angenommen. Wie wir soeben gehört haben, übernimmt auch der Bundesrat diesen Antrag und diese Soll-Werte. Beim Bundesamt für Energie beantragt die Minderheit Brélaz eine Erhöhung der finanziellen Mittel für den Technologietransfer um 2 Millionen Franken. Die Kommission lehnte dieses Begehren mit 14 zu 11 Stimmen ab. Die Erhöhung der Gelder für den Technologietransfer bedeutet nicht, dass auch mehr Pilot- und Demonstrationsprojekte unterstützt werden können, denn die personellen Ressourcen müssten ebenfalls aufgestockt werden. Ohne die notwendigen personellen Ressourcen können auch nicht mehr Projekte bearbeitet werden.



Vor dem Hintergrund der aktuell vorhandenen personellen Ressourcen reichen deshalb die vom Bundesrat beantragten Mittel.

Ich komme zur Minderheit Brélaz zum Langsamverkehr. Hier beantragt die Minderheit eine deutliche Aufstockung der finanziellen Mittel. Die Pandemie hat das Mobilitätsverhalten stark verändert. Vor allem in den Städten ist eine Zunahme des Velo- und E-Bike-Verkehrs zu beobachten. Die Förderung des Langsamverkehrs leistet auch einen wichtigen Beitrag an den Klimaschutz und die Biodiversität. Die Minderheit beantragt deshalb eine Budgeterhöhung für die Unterstützung des Bundes von Projekten für die Entwicklung des Langsamverkehrs.

Aus der Sicht der Mehrheit der Kommission fehlt jedoch zurzeit noch die gesetzliche Grundlage für die Ausweitung der Aktivitäten des ASTRA im Sinne des Antrages. Das Velogesetz ist zurzeit in Erarbeitung. Der Bundesrat hat in der Kommission in Aussicht gestellt, dass er nach Inkrafttreten des Gesetzes auch die entsprechenden finanziellen Mittel beantragen werde. Im Moment lehnt die Kommission jedoch eine Aufstockung des Kredits mit 14 zu 11 Stimmen ab.

Beim Bundesamt für Umwelt beantragt die Mehrheit der Kommission – der Entscheid fiel mit 13 zu 12 Stimmen – eine Erhöhung des Kredits Umwelttechnologie in den Jahren 2021 bis 2023. Mit der Revision des CO₂-Gesetzes wurden dem Bund in Bezug auf die Umwelttechnologieförderung zwei neue Aufgaben zugewiesen: die Förderung der Entwicklung von Anlagen und Verfahren und die Förderung der Zertifizierung und Verifizierung. Dafür sollen die Kredite um jährlich 3 Millionen Franken erhöht werden. Eine Minderheit Gmür Alois beantragt Ihnen, hier beim Betrag des Bundesrates zu bleiben. Die Mehrheit der Kommission ist jedoch der Überzeugung, dass es vor dem Hintergrund der grossen ökologischen Herausforderungen derzeit diese Mittel braucht.

Mit 14 zu 11 Stimmen entschied die Kommission zudem, beim Bundesamt für Umwelt den Kredit für die Position "Wildtiere, Jagd und Fischerei" zu erhöhen, dies mit dem Zweck, mehr Mittel für die Entschädigung von Schäden bereitzustellen. Die Minderheit Gschwind beantragt Ihnen, hier den tieferen Betrag des Bundesrates einzustellen, dies mit der Begründung, dass aufgrund der heutigen Gesetze genügend Mittel vorhanden seien, um die Wildschäden zu entschädigen. Nur ist zu beachten, dass von den Befürwortern des Jagdgesetzes immer wieder angeführt wurde, dass die Schäden aufgrund einer wachsenden Raubtierpopulation in den kommenden Jahren zunehmen würden. Ich kann mich jetzt als Kommissionssprecher nicht dazu äussern, ob mehr Wölfe erwünscht sind oder nicht. Einer solchen Zunahme muss mit verstärkten Herdenschutzmassnahmen begegnet werden, aber es ist aus der Sicht der Mehrheit der Kommission sinnvoll, die Mittel aufzustocken, bis wirksamere Herdenschutzmassnahmen vermehrt umgesetzt sind.

Schliesslich beantragt die Minderheit Nicolet, übernommen von Herrn Grin, eine Kürzung beim Kredit für die Position "Natur- und Landschaftsschutz". Begründet wird dies damit, dass die vom Bundesrat gegenüber dem Voranschlag 2020 beantragte Erhöhung um 30 Prozent unverhältnismässig hoch sei. Die Mehrheit der Kommission ist jedoch auch hier, bei dieser Position, der Überzeugung, dass es in der aktuellen Situation diese Mittel für die zusätzlichen Aufgaben im Natur- und Landschaftsschutz braucht. Es ist eine Verbundaufgabe, die bisher immer unterfinanziert war, und die Krediterhöhung dient den dringendsten Sanierungs- und Aufwertungsmassnahmen in den Bereichen Landschaftsschutz, Förderung der Landschaftsqualität und Förderung der Parke von nationaler Bedeutung. Die Kantone müssen sich hier immer zu gleichen Teilen an der Finanzierung beteiligen, der Kredit hat also auch eine gewisse Hebelwirkung.

Die Kommission entschied mit 18 zu 7 Stimmen. Die Mehrheit beantragt Ihnen die Ablehnung der Minderheit und die Zustimmung zur Erhöhung des Kredits.

Präsident (Aebi Andreas, Präsident): Wir gratulieren heute – ohne Ballone – unserer Kollegin Melanie Mettler ganz herzlich zum Geburtstag! (*Beifall*)

Vous avez reçu un prospectus de l'école primaire d'Alchenstorf, qui concerne les restaurants pour oiseaux que vous avez vus à votre entrée dans le Palais fédéral. Cette action me tient à coeur en tant que président. Je vous invite à faire une bonne action lorsque vous quitterez le bâtiment aujourd'hui: Prenez un ou plusieurs de ces restaurants pour oiseaux, mettez-les dans votre jardin, ou sur votre balcon, et n'oubliez pas de glisser un petit billet dans la boîte prévue à cet effet. Les enfants et les oiseaux vous en seront reconnaissants!

Sie haben es in meiner Eröffnungsrede gehört: Die Schüler von Alchenstorf, meinem Dorf, haben nicht für uns singen können, haben aber Vogelhotels kreiert. Sie sehen diese Vogelhotels links und rechts vom Aufgang zu den drei Eidgenossen. Das ist eine Dekoration, die demontiert werden darf: So ein Vogelhotel kostet zehn Franken; Sie können auch mehr geben. Der Erlös ist gedacht für eine natur- und vogelfreundliche Schulumgebung in unserem Dorf. Die Kinder danken Ihnen. Das Wetter ist in den nächsten Tagen nicht so vogelfreundlich, also danken Ihnen auch die Vögel. Ich selbst habe auch Freude. Wenn alle Vogelhotels weg-



gehen, werden wir in den nächsten Wochen ein paar neue bringen. Herzlichen Dank!

3. Bundesbeschluss Ib über die Planungsgrössen im Voranschlag für das Jahr 2021

3. Arrêté fédéral Ib concernant le cadre financier inscrit au budget 2021

Anhang 1 – Annexe 1

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

Département de l'environnement, des transports, de l'énergie et de la communication

802 Bundesamt für Verkehr

802 Office fédéral des transports

Antrag der Kommission

LG 2: Öffentlicher Verkehr und Schienengüterverkehr

– Veränderter Sollwert: VA 2021: 17,3

Proposition de la commission

GP 2: Transports publics et fret ferroviaire

– Valeur-cible modifiée: B 2021: 17,3

4. Bundesbeschluss II über den Finanzplan für die Jahre 2022–2024

4. Arrêté fédéral II concernant le plan financier pour les années 2022–2024

Art. 2 Bst. z

Antrag der Kommission

z. LG 2: Öffentlicher Verkehr und Schienengüterverkehr

– Veränderter Sollwert:

2022: 17,4

2023: 17,5

2024: 17,6

AB 2020 N 2236 / BO 2020 N 2236

Art. 2 let. z

Proposition de la commission

z. GP 2: Transports publics et fret ferroviaire

– Valeur-cible modifiée:

2022: 17,4

2023: 17,5

2024: 17,6

Präsident (Aebi Andreas, Präsident): Der Bundesrat schliesst sich dem Antrag der Kommission an.

Angenommen gemäss Antrag der Kommission

Adopté selon la proposition de la commission



1. Voranschlag der Verwaltungseinheiten

1. Budget des unités administratives

805 Bundesamt für Energie
805 Office fédéral de l'énergie

Antrag der Mehrheit
A236.0117 Technologietransfer
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit
(Brélaz, Aebischer Matthias, Andrey, Dandrès, Egger Kurt, Fischer Roland, Friedl Claudia, Matter Michel, Schneider Schüttel, Wettstein, Widmer Céline)
A236.0117 Technologietransfer
Fr. 24 832 000

Proposition de la majorité
A236.0117 Transfert de technologie
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité
(Brélaz, Aebischer Matthias, Andrey, Dandrès, Egger Kurt, Fischer Roland, Friedl Claudia, Matter Michel, Schneider Schüttel, Wettstein, Widmer Céline)
A236.0117 Transfert de technologie
Fr. 24 832 000

Abstimmung – Vote
(namentlich – nominatif; 20.041/21823)
Für den Antrag der Mehrheit ... 106 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit ... 78 Stimmen
(1 Enthaltung)

1. Voranschlag der Verwaltungseinheiten

1. Budget des unités administratives

806 Bundesamt für Strassen
806 Office fédéral des routes

Antrag der Mehrheit
A231.0309 Langsamverkehr, Fuss- und Wanderwege
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit
(Brélaz, Aebischer Matthias, Andrey, Dandrès, Egger Kurt, Fischer Roland, Friedl Claudia, Matter Michel, Schneider Schüttel, Wettstein, Widmer Céline)
A231.0309 Langsamverkehr, Fuss- und Wanderwege
Fr. 5 766 000

Proposition de la majorité
A231.0309 Mobilité douce, chemins piétons et randonnée pédestre
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité
(Brélaz, Aebischer Matthias, Andrey, Dandrès, Egger Kurt, Fischer Roland, Friedl Claudia, Matter Michel,



Schneider Schüttel, Wettstein, Widmer Céline)
A231.0309 Mobilité douce, chemins piétons et randonnée pédestre
Fr. 5 766 000

4. Bundesbeschluss II über den Finanzplan für die Jahre 2022–2024
4. Arrêté fédéral II concernant le plan financier pour les années 2022–2024

Art. 2 Bst. ab

Antrag der Mehrheit

ab. Bundesamt für Strassen
A231.0309 Langsamverkehr, Fuss- und Wanderwege
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Brélaz, Aebischer Matthias, Andrey, Dandrès, Egger Kurt, Fischer Roland, Friedl Claudia, Matter Michel, Schneider Schüttel, Wettstein, Widmer Céline)
ab. Bundesamt für Strassen
A231.0309 Langsamverkehr, Fuss- und Wanderwege
2022: Fr. 5 480 600
2023: Fr. 5 500 300
2024: Fr. 5 525 300

Art. 2 let. ab

Proposition de la majorité

ab. Office fédéral des routes
A231.0309 Mobilité douce, chemins piétons et randonnée pédestre
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Brélaz, Aebischer Matthias, Andrey, Dandrès, Egger Kurt, Fischer Roland, Friedl Claudia, Matter Michel, Schneider Schüttel, Wettstein, Widmer Céline)
ab. Office fédéral des routes
A231.0309 Mobilité douce, chemins piétons et randonnée pédestre
2022: Fr. 5 480 600
2023: Fr. 5 500 300
2024: Fr. 5 525 300

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 20.041/21824)
Für den Antrag der Mehrheit ... 107 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit ... 82 Stimmen
(1 Enthaltung)



1. Voranschlag der Verwaltungseinheiten

1. Budget des unités administratives

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

Département de l'environnement, des transports, de l'énergie et de la communication

810 Bundesamt für Umwelt

810 Office fédéral de l'environnement

Antrag der Mehrheit

A236.0121 Umwelttechnologie

Fr. 7 017 000

V0307.00/A236.0121 Umwelttechnologie 2019–2023

Fr. 9 000 000

AB 2020 N 2237 / BO 2020 N 2237

Antrag der Minderheit

(Gmür Alois, Feller, Grin, Gschwind, Guggisberg, Keller Peter, Nicolet, Ritter, Schilliger, Schwander, Sollberger, Strupler)

A236.0121 Umwelttechnologie

V0307.00/A236.0121 Umwelttechnologie 2019–2023

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la majorité

A236.0121 Technologies environnementales

Fr. 7 017 000

V0307.00/A236.0121 Technologie environnementale 2019–2023

Fr. 9 000 000

Proposition de la minorité

(Gmür Alois, Feller, Grin, Gschwind, Guggisberg, Keller Peter, Nicolet, Ritter, Schilliger, Schwander, Sollberger, Strupler)

A236.0121 Technologies environnementales

V0307.00/A236.0121 Technologie environnementale 2019–2023

Adhérer au projet du Conseil fédéral

2. Bundesbeschluss la über den Voranschlag für das Jahr 2021

2. Arrêté fédéral la concernant le budget pour l'année 2021

Art. 7 Abs. 1 Bst. e

Antrag der Mehrheit

e. Umwelt und Raumordnung

Fr. 9 000 000

Antrag der Minderheit

(Gmür Alois, Feller, Grin, Gschwind, Guggisberg, Keller Peter, Nicolet, Ritter, Schilliger, Schwander, Sollberger, Strupler)

e. Umwelt und Raumordnung

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 7 al. 1 let. e

Proposition de la majorité

e. Environnement et aménagement du territoire

Fr. 9 000 000



Proposition de la minorité

(Gmür Alois, Feller, Grin, Gschwind, Guggisberg, Keller Peter, Nicolet, Ritter, Schilliger, Schwander, Sollberger, Strupler)

e. Environnement et aménagement du territoire

Adhérer au projet du Conseil fédéral

4. Bundesbeschluss II über den Finanzplan für die Jahre 2022–2024

4. Arrêté fédéral II concernant le plan financier pour les années 2022–2024

Art. 2 Bst. ad

Antrag der Mehrheit

ad. Bundesamt für Umwelt

A236.0121 Umwelttechnologie

2022: Fr. 6 956 000

2023: Fr. 6 987 600

Antrag der Minderheit

(Gmür Alois, Feller, Grin, Gschwind, Guggisberg, Keller Peter, Nicolet, Ritter, Schilliger, Schwander, Sollberger, Strupler)

ad. Bundesamt für Umwelt

A236.0121 Umwelttechnologie

Streichen

Art. 2 let. ad

Proposition de la majorité

ad. Office fédéral de l'environnement

A236.0121 Technologies environnementales

2022: Fr. 6 956 000

2023: Fr. 6 987 600

Proposition de la minorité

(Gmür Alois, Feller, Grin, Gschwind, Guggisberg, Keller Peter, Nicolet, Ritter, Schilliger, Schwander, Sollberger, Strupler)

ad. Office fédéral de l'environnement

A236.0121 Technologies environnementales

Biffer

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 20.041/21825)

Für den Antrag der Mehrheit ... 109 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 82 Stimmen

(1 Enthaltung)



1. Voranschlag der Verwaltungseinheiten

1. Budget des unités administratives

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

Département de l'environnement, des transports, de l'énergie et de la communication

810 Bundesamt für Umwelt

810 Office fédéral de l'environnement

Antrag der Mehrheit

A231.0323 Wildtiere, Jagd und Fischerei

Fr. 7 591 200

Antrag der Minderheit

(Gschwind, Bourgeois, Farinelli, Feller, Gmür Alois, Guggisberg, Keller Peter, Ritter, Schilliger, Schwander, Sollberger, Strupler)

A231.0323 Wildtiere, Jagd und Fischerei

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la majorité

A231.0323 Animaux sauvages, chasse et pêche

Fr. 7 591 200

Proposition de la minorité

(Gschwind, Bourgeois, Farinelli, Feller, Gmür Alois, Guggisberg, Keller Peter, Ritter, Schilliger, Schwander, Sollberger, Strupler)

A231.0323 Animaux sauvages, chasse et pêche

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 20.041/21826)

Für den Antrag der Mehrheit ... 86 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 106 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Antrag der Mehrheit

A236.0123 Natur und Landschaft

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Nicolet, Grin, Guggisberg, Keller Peter, Schwander, Sollberger, Strupler)

A236.0123 Natur und Landschaft

Fr. 85 000 000

Proposition de la majorité

A236.0123 Nature et paysage

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Nicolet, Grin, Guggisberg, Keller Peter, Schwander, Sollberger, Strupler)

A236.0123 Nature et paysage

Fr. 85 000 000

AB 2020 N 2238 / BO 2020 N 2238



4. Bundesbeschluss II über den Finanzplan für die Jahre 2022–2024

4. Arrêté fédéral II concernant le plan financier pour les années 2022–2024

Art. 2 Bst. ae

Antrag der Mehrheit

ae. Bundesamt für Umwelt

A236.0123 Natur und Landschaft

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Nicolet, Grin, Guggisberg, Keller Peter, Schwander, Sollberger, Strupler)

ae. Bundesamt für Umwelt

A236.0123 Natur und Landschaft

2022: Fr. 85 000 000

2023: Fr. 85 000 000

2024: Fr. 85 000 000

Art. 2 let. ae

Proposition de la majorité

ae. Office fédéral de l'environnement

A236.0123 Nature et paysage

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Nicolet, Grin, Guggisberg, Keller Peter, Schwander, Sollberger, Strupler)

ae. Office fédéral de l'environnement

A236.0123 Nature et paysage

2022: Fr. 85 000 000

2023: Fr. 85 000 000

2024: Fr. 85 000 000

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 20.041/21828)

Für den Antrag der Mehrheit ... 139 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 51 Stimmen

(2 Enthaltungen)

Block 7 – Bloc 7

Eigenaufwand und Verwaltungsprozesse

Charges propres et processus administratifs

Strupler Manuel (V, TG): Meine Minderheit zur Bundesversammlung betrifft die im Voranschlag 2021 vorgenommene Änderung des Sach- und Betriebsaufwands. Ich beantrage Ihnen, auf die Erhöhung beim Sicherheitspersonal im Parlamentsgebäude durch zusätzliches bewaffnetes Sicherheitspersonal zu verzichten. Gemäss dem Entscheid der Verwaltungsdelegation sollte um 1,5 Millionen Franken aufgestockt werden. Ich beantrage Ihnen somit, diese Position um 1,5 Millionen Franken zu kürzen.

Auch wenn ich in keinsten Weise die Arbeit des Sicherheitsdienstes kritisieren möchte und dessen Arbeit und zuvorkommende Art sehr schätze, steht für mich diese Aufstockung beim Sicherheitspersonal aus verschiedenen Gründen quer in der Landschaft. Der Hauptgrund ist sicher, dass im Bundeshaus eine Politik des offenen Hauses gelebt wird und dies gemäss Auskunft der verantwortlichen Stellen auch nicht geändert werden soll. Solange wir Parlamentarier, die Lobbyisten und die Gäste am Eingang nicht oder nicht besser kontrolliert werden, macht es für mich überhaupt keinen Sinn, beim Sicherheitspersonal aufzustocken. Wenn mehr Sicherheit gewährleistet werden sollte, müsste ganz einfach der Zugang zum Bundeshaus eingeschränkt werden, was sicher in unserer offenen Schweiz niemand möchte. In einer direkten Demokratie lebt unsere Politik gerade von der Transparenz und von der Nähe zur Bevölkerung.



Nur beim Sicherheitspersonal aufzustocken, bringt keinen Erfolg. In der jüngsten Vergangenheit hat sich gezeigt, dass nicht einfach das Personal fehlt. Wie konnte es dazu kommen, dass vor rund einem Jahr von der SP ein zur Ausschaffung ausgeschriebener Iraker ohne Probleme ins Bundeshaus gebracht werden konnte? Oder warum konnten, wie kürzlich passiert, Klimachaoten ohne Probleme die Ratsdebatte stören?

Auch erstaunt hat mich in der Beratung, dass seit letztem Herbst das Sicherheitspersonal aufgrund des neuen Sicherheitskonzepts schon aufgestockt worden sei, und zwar mit privaten Anbietern. Kostenpunkt gemäss Auskunft: 500 000 Franken. Auch unter diesem Aspekt finde ich die zusätzlich budgetierten 1,5 Millionen Franken zu hoch und unnötig.

Ich glaube, wir alle tun gut daran, die Politik des offenen Hauses hier weiter zu leben, dies natürlich mit dem Risiko, nicht alles verhindern zu können. Dafür können wir aber transparent und nicht hinter verschlossenen Türen und anonym politisieren. Absolute Sicherheit gibt es nur in einem Bunker. Auch mehr Personal kann in einem offenen Haus unmöglich verhindern, dass jemand mit schlechten Absichten das Gebäude betritt.

Investieren wir diese 1,5 Millionen Franken also lieber sinnvoll für Covid-Massnahmen zugunsten des Volkes als in eine Scheinsicherheit für uns Politiker hier im Bundeshaus! Schon alt SP-Nationalrat Boris Banga forderte in seiner Einfachen Anfrage 04.5009, "Wilder Westen im Bundeshaus", auf mehr bewaffnetes Sicherheitspersonal im Bundeshaus zu verzichten; er verlangte dies "auch mit Rücksicht auf die Würde des Parlamentes und auf die Symbolkraft dieses Hauses".

Ich danke Ihnen für die Unterstützung meines Minderheitsantrages auf Streichung dieser 1,5 Millionen Franken.

Keller Peter (V, NW): 2010 belief sich der Aufwand im Bereich der Beziehungen zum Ausland und der internationalen Zusammenarbeit auf 2,6 Milliarden Franken. Das war 2010. Im Voranschlag 2021 sind nun über 3,6 Milliarden Franken vorgesehen, also 1 Milliarde mehr. Von einer Stop-and-go-Politik, wie es immer wieder behauptet wird, kann also keine Rede sein. Es geht hier nur um "go".

Meine Minderheit beantragt, den Sach- und Betriebsaufwand zu reduzieren und damit zu einer Stabilisierung der Bundesfinanzen beizutragen. Diese, ich muss anfügen, bescheidene Reduktion soll gemäss Finanzplanung bis ins Jahr 2024 fortgeführt werden. Es geht dabei um einen Kürzungsbetrag von rund 1,8 Millionen Franken. Das macht bezogen auf das Globalbudget gerade einmal 0,2 Prozent aus.

Ich denke, diese Kürzung wäre eine humanitäre Zielgrösse für das EDA, und bitte Sie entsprechend, meine Minderheit zu unterstützen.

Matter Michel (GL, GE): Les deux propositions de minorité Fischer Roland portant sur les cotisations et prestations de la Caisse suisse de compensation traitent de la gestion des dossiers des assurés. Ce sont les notions centrales d'efficience et d'efficacité qui sont au coeur de ces deux choix.

La première porte sur le coût unitaire moyen en francs suisses par rente en cours, et la seconde sur le pourcentage minimum de traitement des demandes dans les 75 jours après réception.

Ces propositions minoritaires suivent les positions du Conseil fédéral, car s'il est toujours important de challenger les objectifs, il ne faut pas oublier que ceux-ci seront de toute façon évalués d'ici 2022. La base sur laquelle ces valeurs sont nées n'est pas claire à ce stade. Il faut des données objectives pour faire des corrections qui touchent au cahier des charges. La subjectivité ne peut être soutenue.

Gysi Barbara (S, SG): Auch ich vertrete zwei Minderheiten im Bereich der Zentralen Ausgleichsstelle (ZAS). Meine Minderheiten beziehen sich auf die Leistungsgruppe 3, "Leistungen Invalidenversicherung". Die Kommissionsmehrheit spricht von Effizienzsteigerung, meint damit aber Sparpakete bei der ZAS.

Beim ersten Minderheitsantrag, zu dem ich spreche, geht es darum, dass in der Leistungsgruppe 3, "Leistungen Invalidenversicherung", die Soll-Werte für die durchschnittlichen Kosten pro Beschluss gesenkt werden sollen. Wenn Sie die

AB 2020 N 2239 / BO 2020 N 2239

Zahlen anschauen, sehen Sie, dass es sich nicht um riesige Senkungen handelt – aber es sind Senkungen. Das bedeutet Druck auf die Kosten. Diese steigen aber moderat an, weil bei der ZAS ein neues Informatikprogramm aufgebaut werden muss. Das BIT hat seine Leistung gekündigt, und die ZAS muss hier Investitionen tätigen, weshalb auch die Kosten etwas höher sind. Wenn Sie hier jetzt dem Bundesrat oder der ZAS vorschreiben wollen, dass sie die Kosten senken müssen, dann bringt das Druck, dann kann man diese Investitionen nicht so machen, wie man müsste. Es braucht eine gut funktionierende Informatik, um diese Dossiers – das ist ein Mengengeschäft – gut bearbeiten zu können. Ich bitte Sie, hier dem Bundesrat zu folgen und nicht der Kommissionsmehrheit, die vermeintlich sparen will. Das nützt hier einfach wirklich nichts: Wir können nicht



einerseits eine gute Arbeit und Qualität verlangen und auf der anderen Seite die nötigen Mittel nicht sprechen. Man muss zudem sagen, dass die ZAS in den vergangenen Jahren sehr viel an der Effizienz gearbeitet hat. Das ist auch der Finanzverwaltung zu verdanken. Es gab auch Skandale, aber in der Folge hat man sehr viel gemacht. Die Arbeit ist jetzt wesentlich effizienter, und die Ziele sind erhöht worden. Jetzt noch einmal Druck zu machen, ist meines Erachtens nicht sinnvoll. Ich bitte Sie darum, meine erste Minderheit zu unterstützen. Die zweite Minderheit betrifft ebenfalls die Leistungsgruppe 3, "Leistungen Invalidenversicherung". Hier geht es – auch wieder unter dem Stichwort Effizienz – darum, bei den Versichertendossiers die Bearbeitungszeit zu verkürzen, respektive soll der Anteil der innert eines Jahres nach Eingang behandelten Leistungsgesuche steigen. Natürlich kann man diese Zahl hinaufsetzen. Der Bundesrat sieht vor, dass sie bei 85 Prozent liegen soll, die Kommissionsmehrheit will sie weiter erhöhen. Sie können das schon machen. Man kann den Druck erhöhen und sagen, das müsse schneller gehen, aber hier geht es dann auch um Qualität. Die Frage ist: Wollen Sie Tempo, oder wollen Sie Qualität? Im Sinne der Versicherten, aber auch im Sinne der Versicherung ist die Qualität zu gewährleisten. Was nützt es uns, wenn zwar mehr Dossiers innerhalb eines Jahres behandelt worden sind, dann aber gewisse Abklärungen vielleicht nicht mehr gemacht werden, die für den Versicherten oder auch für die Versicherung nötig wären, damit sie weniger Kosten bezahlen müssen? Das nützt uns überhaupt nichts.

Darum muss ich Sie auch hier bitten: Bleiben Sie bei den Zahlen des Bundesrates, er hat sie sich gut überlegt. Natürlich darf man diese Zahlen hinterfragen. Der Bundesrat hat auch eine externe Evaluation zum neuen Führungsmodell in Auftrag gegeben. Dieser Bericht wird demnächst präsentiert und auch diskutiert werden. Damit werden wir auch einmal sehen, was diese Zielsetzungen wirklich bringen. Das ist zum Teil tatsächlich schwierig. Man kann hier schon an den Zahlen schrauben, aber das macht einfach wenig Sinn. Darum bitte ich Sie sehr: Bleiben Sie jeweils beim Entwurf des Bundesrates, und unterstützen Sie diese beiden Minderheitsanträge.

Dandrès Christian (S, GE): Ma minorité vise à répondre à un problème assez concret que vous me permettez de vous expliquer brièvement. La loi sur les eaux a été votée par le Parlement fédéral et elle oblige les propriétaires d'ouvrages, des forces hydrauliques, à procéder à des mesures d'assainissement de leurs installations dans trois domaines: les éclusées, les régimes de charriage et la migration des poissons. C'est un des deux axes que prévoit la loi en faveur de la renaturation des cours d'eau. L'objectif est de réduire les effets négatifs de l'utilisation de la force hydraulique.

Les mesures que je vous propose aujourd'hui, des mesures dont sont responsables les propriétaires de ces installations, n'entraînent aucune charge financière pour ces propriétaires-là, puisque les frais sont intégralement pris en charge par la Société nationale pour l'exploitation du réseau à très haute tension via un montant prélevé sur les consommateurs. Mais, pour que cette prise en charge puisse être effective, il faut que les propriétaires respectent un délai d'assainissement qui va jusqu'à 2030.

On a vu ces derniers temps les demandes augmenter afin de se mettre à jour d'ici à 2030 et de bénéficier de cette aide dans le délai qui a été prévu par la loi. Ces demandes se sont accumulées au niveau de l'office – celui-ci ayant pris un retard important –, si bien qu'aujourd'hui il faut une année au moins pour que l'office parvienne à traiter les demandes. Ce n'est pas acceptable. On avait du temps pour le faire.

Je pense qu'il est souhaitable que la Confédération prenne acte de ce problème et cherche à le résoudre avec cette proposition modeste qui vise à doter temporairement de cinq postes l'office pour pouvoir rattraper le retard, sachant que, en raison de ce retard, on risque d'avoir des problèmes avec les devis que les propriétaires ont mis en oeuvre. On ne peut pas demander à ces personnes de faire les travaux et d'attendre ensuite une année pour être remboursées.

C'est la raison pour laquelle je vous propose l'engagement temporaire de cinq personnes. C'est un montant qui est très modeste et qui, effectivement, sera pris en charge intégralement par la société fédérale dont j'ai parlé tout à l'heure.

Schwander Pirmin (V, SZ): In den vergangenen Jahren hat die SVP-Fraktion beim Voranschlag immer wieder Anträge zur Reduzierung der Personalkosten gestellt und hat solche Anträge auch im Parlament unterstützt. Solche Anträge wurden dann vom Bundesrat meistens, nein immer mit der Begründung bekämpft, sie kämen zu früh oder zu spät, man könne nicht so kurzfristig Stellenabbau betreiben und im Übrigen liege es am Parlament, dem Bundesrat und der Verwaltung weniger Aufgaben zuzuweisen.

Nun, dieser Antrag basiert jetzt nicht mehr auf dem Voranschlag 2021, sondern betrifft den Finanzplan 2022–2024. Mit diesem Minderheitsantrag möchten wir Ihnen beliebt machen, die Personalkosten in den nächsten drei Jahren sukzessive auf 6 Milliarden Franken zu reduzieren. Das sind jährlich 1,2 Prozent weniger, als



geplant ist, und zwar mittelfristig und langfristig.

Wenn wir über Stellen und Personalausgaben sprechen, müssen wir logischerweise auch über Aufgaben sprechen, über Organisation sprechen, über Führung sprechen, über die digitale Verwaltung Schweiz sprechen, über Fluktuation sprechen und auch über den Föderalismus sprechen. Wenn wir die Personalkosten nicht zu stark anwachsen lassen möchten, müssen wir uns selbstverständlich immer wieder die Frage stellen: Welche Aufgaben werden wo gemacht? Wir haben eine föderale Struktur in unserem Land, wir müssen nicht alles in Bern machen. Wir müssen also auch die Frage stellen: Was macht der Bund, und was machen die Kantone und die Gemeinden? Die Zentralisierung ist nicht vorgegeben, im Gegenteil: Wir müssen uns überlegen, wie wir die Aufgaben dezentral regeln können.

Betreffend Organisation möchte ich einmal mehr darauf hinweisen, dass wir in der Bundesverwaltung und vor allem auch in den Departementen vom Silodenken wegkommen müssen. Wir müssen prozessorientiert denken. Das hat mit der Forderung nach der digitalen Verwaltung Schweiz zu tun: Damit ist es sehr einfach möglich, hier Stellen einzusparen, wenn wir endlich einmal vom Silodenken wegkommen und in Richtung prozessorientiertes Denken umschwenken.

Diese sehr sanfte jährliche Reduzierung kann zu einem Teil auch durch die normale, natürliche Fluktuation aufgefangen werden – auch das ist möglich. Letztlich ist es auch eine Führungsaufgabe, die Schnittstellen entsprechend so zu organisieren, dass es eben auch weniger Personal braucht.

Wenn wir all diese Punkte – ich könnte noch lange Ausführungen dazu machen – gesamthaft berücksichtigen und in die Waagschale werfen, ist es durchaus möglich, das Budget von über 6 Milliarden Franken in den nächsten drei Jahren um jeweils 1,2 Prozent zu reduzieren. Wir sprechen hier vom Wachstum, das so reduziert werden soll, dass wir auf einen Plafond von rund 6 Milliarden zurückkommen.

Ich bitte Sie, diesem Minderheitsantrag zuzustimmen.

Strupler Manuel (V, TG): Ich spreche für die SVP-Fraktion zu diesem Block. Zuerst komme ich zu den drei Minderheiten, die wir als Fraktion in diesem Block unterstützen.

AB 2020 N 2240 / BO 2020 N 2240

Den Minderheitsantrag Strupler habe ich vorhin ausführlich begründet. Auch im Namen der SVP-Fraktion bitte ich um Unterstützung.

Ebenfalls bitte ich Sie, der Minderheit Keller Peter, die eine Reduktion des Wachstums des Sach- und Betriebsaufwandes beim EDA beabsichtigt, zuzustimmen. Die bescheidene Kürzung um 1,8 Millionen Franken oder 0,2 Prozent des Globalbudgets für den Voranschlag 2021 soll dann aber auch, wie von Kollege Keller ausgeführt, im Finanzplan fortgeführt werden.

Zum Minderheitsantrag, den Kollege Schwander soeben begründet hat: Wie schon bei der Rechnung erwähnt, bereiten der SVP-Fraktion die wachsenden Personalkosten beim Bund schon länger Sorge – auch wenn ich mir bewusst bin, dass wir als Politiker mit unseren Ideen und Aufträgen auch unseren Teil dazu beitragen, dass immer mehr Stellen beim Bund geschaffen werden müssen. Zudem müssen die immer stärker wachsende Zentralisierung und der damit verbundene Aufgabenausbau beim Bund gestoppt werden. Wie es Kollege Schwander gesagt hat, müssen die Aufgaben bei den Kantonen und Gemeinden bleiben. Und ja, die Kürzung der Personalausgaben kommt immer ungelegen. Auch wir wollen keine Entlassungen oder Lohnkürzungen. Mit der Minderheit Schwander schaffen wir aber die Möglichkeit, die Plafonierung der Personalkosten bis 2024 planbar zu gestalten. Die SVP-Fraktion ist deshalb überzeugt, dass die Plafonierung auf 6 Milliarden Franken mit Effizienzsteigerungen gerade auch durch die immer besseren IT-Lösungen möglich sein muss.

Der letzte Punkt betrifft sicher auch die hohen Durchschnittslöhne von über 120 000 Franken beim Bund. Durch das Bewertungssystem, welches bei den meisten Mitarbeitenden jedes Jahr eine Lohnerhöhung von 1 bis 3 Prozent ausmacht, wurde in den letzten Jahren immer ein grösseres Wachstum als in der Privatwirtschaft generiert. Gerade jetzt, in dieser angespannten Situation auf dem Arbeitsmarkt mit vielen einfachen "Büezern", die Angst um ihren Job haben, geschweige denn von einer Lohnerhöhung träumen können, erwarte ich auch hier vom Bund Zurückhaltung.

Aus diesen genannten Gründen bitte ich Sie, der Minderheit Schwander unbedingt zuzustimmen, damit die Personalausgaben und somit auch der Staat nicht noch weiter wachsen werden.

Zu den restlichen Minderheiten halte ich mich kurz. Die SVP-Fraktion wird alle Anträge, inklusive den Einzelantrag Widmer Céline zu Nachrichtendienst und Verteidigung, ablehnen und somit überall der Mehrheit folgen. Speziell die Minderheitsanträge Fischer Roland und Gysi Barbara zu den Zielanpassungen bitte ich Sie abzulehnen. Bei der Diskussion über die Einführung des neuen Rechnungsmodells wurde den Finanzkommissionen und dem Parlament gesagt, man könne seitens des Parlamentes auf diese Ziele Einfluss nehmen.



Genau dies hat die Finanzkommission mit der Zielanpassung gemacht. Die SVP-Fraktion begrüsst es, dass mit Soll-Wert-Anpassungen die Effizienz erhöht werden soll. Qualität ist nicht, wie Kollegin Gysi gesagt hat, nur mit hohen Kosten zu erreichen. Qualität und Kosten sollen im Gleichgewicht bleiben, und das erreichen wir mit den Soll-Wert-Anpassungen.

Wir bitten Sie, auch den Antrag der Minderheit Dandrès, welche beim Bundesamt für Umwelt fünf zusätzliche Stellen zur Abarbeitung der Anträge auf die Sanierung der Wasserkraftwerke will, abzulehnen. Bundesrätin Sommaruga hat uns in der Kommission versichert, dass dies nicht nötig ist, um den massiven Rückstand in der Bearbeitung der Gesuche zu verbessern. Die vom Bund dem BAFU bewilligten 300 Stellenprozente reichen dazu. Deshalb ist dieser Minderheitsantrag hier unbedingt abzulehnen.

Im Namen der SVP-Fraktion danke ich Ihnen, wenn Sie unsere Minderheiten unterstützen und unseren Empfehlungen zur Ablehnung der restlichen Anträge folgen.

Widmer Céline (S, ZH): Wir kommen zum Schluss der Budgetdebatte. Ich mache es kurz: Die Minderheit Strupler möchte mit ihrem Kürzungsantrag bei den Parlamentsdiensten erreichen, dass im Bundeshaus nicht, wie vorgesehen, mehr Sicherheitspersonal anwesend ist, insbesondere kein zusätzliches bewaffnetes Sicherheitspersonal. Auch wir von der sozialdemokratischen Fraktion, das kann ich Ihnen gerne versichern, möchten ein möglichst offenes Haus. Wir freuen uns sehr darauf, dass es pandemietechnisch wieder möglich ist, die Türen für viele Besucherinnen und Besucher zu öffnen. Die Ausführungen zur Sicherheitsanalyse haben uns aber überzeugt, dass es dieses zusätzliche Personal braucht, um gewisse Schwachstellen zu schliessen. Wir lehnen daher diesen Antrag auf Kürzung ab.

Ebenfalls lehnen wir den wohl eher symbolischen Kürzungsantrag der SVP-Fraktion beim Sach- und Betriebsaufwand im EDA ab, der vor allem IT-Investitionen treffen würde.

Die von der Kommission beantragte Verschiebung von 3,7 Millionen Franken innerhalb des VBS vom Rüstungsaufwand bei der Verteidigung zum Nachrichtendienst des Bundes lehnen wir ab. Wir sind ursprünglich davon ausgegangen, dass diese Verschiebung dem Beschluss des Parlamentes von vor einem Jahr entsprechen würde. Damals wurde nämlich beschlossen, dass alle der vom Bundesrat beschlossenen zusätzlichen 100 Stellen beim Nachrichtendienst nicht plafonderhöhend budgetiert, sondern innerhalb des Personalaufwandes beim VBS kompensiert werden sollen.

Der Bundesrat hat diesen Auftrag mit der Botschaft nicht umgesetzt. Er hat darauf verzichtet, die noch verbleibenden 60 Stellen beim Nachrichtendienst zu budgetieren. Es ist aus Sicht der sozialdemokratischen Fraktion nicht angezeigt, den Stellenausbau von unserer Seite her zu beschleunigen und von der bundesrätlichen Vorlage abzuweichen. Bitte unterstützen Sie daher meinen Einzelantrag. Damit folgen Sie dem Antrag des Bundesrates gemäss Botschaft.

Bei der Zentralen Ausgleichsstelle möchte die SP-Fraktion die Zielwerte des Bundesrates nicht abändern, sie sind genügend ambitioniert. Die ZAS hat hier schon viel an Effizienzsteigerung gemacht, Sie haben es gehört. Die von der Mehrheit der Finanzkommission vorgesehenen Änderungen wären kontraproduktiv. Wir unterstützen daher die Minderheitsanträge Gysi Barbara und Fischer Roland.

Ebenso unterstützen wir beim Bundesamt für Umwelt den Minderheitsantrag Dandrès auf zusätzliche Stellen für die Wasserkraft.

Zum Schluss nochmals zum Personal: Der SVP-Rasenmäher-Kürzungsantrag hat zwar im Vergleich zu früheren Jahren "nur" den Finanzplan und nicht den Voranschlag im Auge, aber er ist deshalb nicht weniger gefährlich. Es ist erfreulich, dass die SVP in der Kommission allein blieb mit ihrer Attacke auf das Personal. Der Bundesrat ist, was die Personalausgaben angeht, seit Längerem sparsam unterwegs. Die Personalausgaben sind über all die Jahre äusserst stabil: Seit zehn Jahren betragen sie immer rund 9,5 Prozent der Bundesausgaben. Für 2021 sinken die Personalausgaben sogar leicht. Wenn zusätzliche Aufgaben mit gleich viel oder sogar weniger Personal bewältigt werden müssen, ist das nicht zwingend positiv – wenn dadurch zum Beispiel vermehrt Aufträge an Externe vergeben werden.

Wir haben in der Kommission von allen Departementen erfahren, was die von der SVP-Fraktion geforderte Personalkürzung für Auswirkungen hätte. Nur ein Beispiel: Im VBS müssten bis 2024 bei linearer Kürzung 500 Stellen abgebaut werden. Das spricht wohl für sich. Ein solcher Personalabbau hätte sicher auch zur Folge, dass wichtige Projekte, die längerfristig zu einem Effizienzgewinn führen könnten, wie z. B. im Bereich der Digitalisierung, nicht umgesetzt werden könnten.

Der Bund braucht genügend und gutes Personal. Gerade das aktuelle Krisenjahr hat gezeigt, welche Herausforderungen die Bundesverwaltung stemmen muss. Das Bundespersonal hat einen enormen Einsatz zur Bewältigung der Corona-Pandemie geleistet. Im Namen der sozialdemokratischen Fraktion danke ich allen Mitarbeitenden des Bundes, der bundesnahen Betriebe und des ETH-Bereichs ganz herzlich für ihre Arbeit.



Gmür Alois (M-CEB, SZ): Die Mitte-Fraktion CVP-EVP-BDP lehnt alle Minderheitsanträge in diesem Block ab und unterstützt den Antrag der Kommission betreffend den Nachrichtendienst und die Kompensation bei der Verteidigung.

AB 2020 N 2241 / BO 2020 N 2241

Die Minderheit Strupler will beim Funktionsaufwand der Parlamentsdienste 1,5 Millionen Franken weniger budgetieren. Sie will die Kosten beim bewaffneten Sicherheitspersonal reduzieren.

Aufgrund der erhöhten Bedrohung, die den Bundesrat, die Angehörigen des Parlamentes und Personen aus der Verwaltung betrifft, hat das Fedpol eine Sicherheitsanalyse erstellt und dabei Schwachstellen im Dispositiv ausserhalb und innerhalb des Bundeshauses festgestellt. Mit zusätzlichem Sicherheitspersonal, das zum Teil bewaffnet ist, werden diese Schwachstellen eliminiert. Darum ist es wichtig, dass wir in den Schutz der Sicherheit des Parlamentsbetriebs investieren. Wir hoffen, dass damit im Bundeshaus auch keine Störaktionen von Chaoten – weder von links noch von rechts – mehr stattfinden werden.

Den Antrag der Minderheit Keller Peter, die im EDA bei der Position 202.A200.0001, "Funktionsaufwand (Globalbudget)", 1,8 Millionen Franken kürzen will, lehnen wir ebenfalls ab. Das ist, auf den Gesamtbetrag von 888,6 Millionen Franken gerechnet, eigentlich nicht viel. Die Einsparungen würden die Miet- und Sicherheitskosten des Aussennetzes des EDA und die IT betreffen. Die Mitte-Fraktion ist der Ansicht, dass ein starkes Aussennetz und eine funktionierende IT gerade in der jetzigen Zeit sehr wichtig sind. Die Mitte-Fraktion anerkennt die Anstrengungen des EDA, den Sach- und Betriebsaufwand stabil zu halten. Mit Kürzungen diese Anstrengungen noch zu bestrafen, ist aus unserer Sicht nicht angebracht.

Bei der Zentralen Ausgleichsstelle will die Mehrheit die Ziele verändern. Die Mitte-Fraktion will mit den Zielveränderungen Einfluss auf die Effizienz und Wirtschaftlichkeit nehmen. Das ist seit der Einführung des neuen Führungsmodells für die Bundesverwaltung möglich und vom Parlament gewollt. Die ZAS ist auf dem Weg, effizienter zu werden. Die Mehrheit will, dass die durchschnittlichen Kosten pro laufende Rente schon im Jahr 2022 bei 43 Franken liegen und nicht erst im Jahr 2024, wie das der Bundesrat vorsieht. Die Mehrheit will, dass dann im Jahr 2023 die Kosten auf 42 und im Jahr 2024 auf 41 Franken gesenkt werden. Die Mitte-Fraktion ist der Meinung, dass dies mit den heutigen elektronischen Mitteln möglich sein sollte. Ein ähnlicher Effizienzgewinn sollte auch bei den anderen Leistungsgruppen möglich sein. Auch hier sind wir für anspruchsvollere Zielsetzungen und lehnen deshalb die Anträge der Minderheiten Fischer Roland und Gysi Barbara ab, die bei den Zielen des Bundesrates bleiben wollen.

Die Minderheit Dandrès zur Position 810.A200.0001, "Funktionsaufwand (Globalbudget)", beim Bundesamt für Umwelt will die finanziellen Mittel zur Verfügung stellen, um fünf zusätzliche Stellen zu schaffen, damit die ökologische Sanierung der bestehenden Wasserkraftwerke zeitnah bearbeitet werden kann. Für die Mitte-Fraktion ist es ebenfalls wichtig, dass der Vollzugsstau bei der Bearbeitung, der aktuell ein Jahr beträgt, aufgelöst werden kann. Der Bundesrat hat zusätzliche 300 Stellenprozente für die Begleitung der Sanierungsprojekte beschlossen. Die zuständige Bundesrätin hat uns versichert, dass es mit diesen zusätzlichen Stellenprozenten möglich sein sollte, die Bearbeitungsfristen zu kürzen. Deshalb lehnen wir die Aufstockung um fünf Stellen ab. Die Minderheit Schwander, die den Personalaufwand im Finanzplan ab 2022 jedes Jahr um 30 Millionen Franken kürzen will, unterstützt die Mitte-Fraktion nicht. Eine solche Kürzung hätte äusserst negative Auswirkungen auf die Aufgabenerfüllung der Verwaltung. In allen Departementen müssten Stellen gestrichen werden. Am meisten würde es das VBS treffen. Im Jahr 2022 müsste es 70 Stellen abschaffen. Bis im Jahr 2024 müssten nur im VBS 500 Stellen abgebaut werden. Das ist in Anbetracht der zusätzlichen Aufgaben, die zum Beispiel in den Bereichen Nachrichtendienst, Cybersicherheit, Informationssicherheit, Kampfflugzeugbeschaffung usw. vom Parlament diesem Departement erteilt worden sind, einfach nicht machbar.

Ich bitte Sie, auch den Einzelantrag Widmer Céline abzulehnen. Die Kompensation des Betrages für den Aufwuchs des Personals im Nachrichtendienst und bei der Verteidigung wurde im Einvernehmen mit dem VBS und dem Bundesrat in der Kommission einstimmig beschlossen.

Wettstein Felix (G, SO): Mein Vorredner hat mit dem Einzelantrag Widmer Céline abgeschlossen. Ich beginne mit diesem Einzelantrag, denn ich habe bereits gestern im Eintretensvotum zum Budget darauf hingewiesen. Es geht um den Bundesnachrichtendienst. Wir von der grünen Fraktion werden diesen Einzelantrag unterstützen. In den letzten beiden Jahren ist bereits um 40 Stellen aufgestockt worden. Gemäss Bundesratsvorgabe soll es in den nächsten drei Jahren zu einer weiteren Erweiterung des Personalbestandes um 20 Stellen pro Jahr kommen. Wir sehen den Bedarf für diesen massiven Ausbau nicht. Wenn wir den Bundesnachrichtendienst aufblähen, dann steigt die Paranoia, es könnte sich weiss nicht was auch noch als Gefahr entpuppen und observiert werden müssen, zum Beispiel die Tierschutzorganisationen. Das ist absurd. Wir meinen, man



kann es beim bereits erfolgten Stellenausbau bewenden lassen.

Der Antrag der ersten Minderheit in diesem Block, der Minderheit Strupler, findet in einem Teil der grünen Fraktion Zustimmung. Die anderen Fraktionsmitglieder werden sich enthalten. Auch jene, die der Meinung zustimmen, dass die Überwachung des Bundeshauses genügend ausgebaut sei, sagen selbstverständlich nicht Nein zu einem ausreichenden Sicherheitsdispositiv hier im Haus. Sie sagen selbstverständlich, ähnlich wie mein Vorredner Nationalrat Gmür auch, es müsse gelingen, Chaoten abzuhalten, seien es solche von links, von rechts oder vielleicht auch mal aus der Mitte.

Beim Globalbudget des Aussendepartements sind wir beim Entwurf des Bundesrates und bei der klaren Kommissionsmehrheit. Hier lehnen wir den Antrag der Minderheit Keller Peter ab.

Mehrere Anträge in diesem Block betreffen die Zielgrössen im Finanzdepartement bei der Zentralen Ausgleichsstelle. Hierzu gab es in der Finanzkommission verschiedene Anträge, wonach die Soll-Werte ehrgeiziger ausfallen sollen und die Leistungserbringung auf Effizienz zu trimmen sei. Mehrheitlich wurden diese Begehren abgelehnt. Dort, wo es Mehrheiten gab, sind nun Minderheitsanträge eingereicht worden: zweimal von der Minderheit Fischer Roland, zweimal von der Minderheit Gysi Barbara. Die grüne Fraktion steht mehrheitlich auf der Seite dieser Minderheiten.

Unterstützen werden wir auch die Minderheit Dandrès zum Bundesamt für Umwelt, welche die Sanierung von bestehenden Wasserkraftwerken möglichst bald in Angriff nehmen will.

Es bleibt der Minderheitsantrag Schwander, die gesamten Personalausgaben ab dem Jahr 2022 auf 6 Milliarden Franken zu reduzieren. Die grüne Fraktion lehnt dies aus grundsätzlichen Erwägungen ab. Wir Parlamentarier steuern mit den mehrjährigen Finanzbeschlüssen und den Globalbudgets. Hier nun einen Deckel einzubauen, steht in Widerspruch zur Art und Weise unserer Finanzplanung. Zudem mutet es eigenartig an, dass die Vorstellung, man müsse die Personalausgaben einfrieren, ausgerechnet von jenen kommt, die nicht genügend um weitere Stellen ausbauen können, sei es bei der Armee, sei es beim Nachrichtendienst. Diese neuen Stellen machen den Löwenanteil der Stellen aus, welche der Bund in letzter Zeit schon geschaffen hat und noch weiter schaffen will.

Schilliger Peter (RL, LU): Zu diesem Block habe ich eine einfache Empfehlung aus Sicht der FDP-Liberalen Fraktion. Wir empfehlen Ihnen, überall der Mehrheit zu folgen und den Einzelantrag Widmer Céline abzulehnen. Ich kann mich problemlos der Argumentation von Kollege Gmür Alois aus der Mitte-Fraktion anschliessen und werde mich nur noch zu einzelnen Punkten äussern.

Ich möchte vor allem einen Fokus auf den Einzelantrag Widmer Céline zur Umlagerung des Aufwandes beim Nachrichtendienst des Bundes legen. Der Nachrichtendienst muss, und das war unbestritten, eine Aufstockung um rund 100 Stellen erfahren. In der Budgetdebatte zum Voranschlag 2020 hat man aber die Auflage gemacht – so lautete damals der Antrag der Subkommission der Finanzkommission –, dass dieser Zusatzaufwand innerhalb des Personal-

AB 2020 N 2242 / BO 2020 N 2242

und Sachaufwandes des VBS zu kompensieren sei. Die Botschaft zum Voranschlag 2020 sagt aber, dass dies ausschliesslich beim Personalaufwand zu kompensieren ist. Tatsache ist, dass das VBS bis heute etwa 40 Stellen kompensiert hat und damit dem Nachrichtendienst eine Plafonderhöhung um 40 Stellen ermöglicht. Die weiteren 60 Stellen können aber innerhalb des Personalbereichs des VBS nicht mehr kompensiert werden.

Vor diesem Hintergrund haben wir dann nach Lösungsvorschlägen gesucht und den Vorschlag gemacht, dass dieser Betrag beim Sachaufwand des VBS zu kompensieren sei, sodass das Gesamtbudget in der Vorlage keine Veränderung erfahren würde. Spannend ist ja schon, dass dieser Antrag aus der Subkommission in der Finanzkommission ohne Gegenstimme unterstützt wurde, aber heute ein Einzelantrag vorliegt, der dies wieder korrigieren will. Die Ausführungen dazu sind unterschiedlich: Die Einzelantragstellerin sagt, es sei innerhalb des Personals des VBS zu kompensieren, der Sprecher der grünen Fraktion hingegen verlangt einen Verzicht auf diese Aufstockung. Sie sehen, auch der Hintergrund dieses Antrages ist eher dubios als inhaltlich weiterführend. Lehnen Sie also bitte den Einzelantrag Widmer Céline ab.

Wir unterstützen die ambitionierteren Zahlen im Bereich der ZAS. Da ist eine Effizienzsteigerung möglich. Das wurde breit diskutiert, und aus dieser Optik kann da ehrgeiziger gearbeitet werden.

Zum Stellenausbau im Bereich des BAFU: Hier wird ein Minderheitsantrag gestellt, für die Projekte der Wasserkraft fünf zusätzliche Stellen zu schaffen. Wenn ich jetzt diesen Antrag wieder ins Verhältnis zum Antrag zum Nachrichtendienst stelle – und da ich auch die Bundesrätin dazu gehört habe –, erstaunt es schon, dass man hier bei Einzelstellen den Ausbau einfordert, dass aber dann, wenn es um die grossen Bereiche wie den



Nachrichtendienst geht, wo nachweislich etwa 100 Stellen benötigt werden, kompensiert werden soll. Lehnen Sie also bitte aus dieser Optik diesen Minderheitsantrag zum Stellenausbau beim BAFU ab. Auch die Frau Bundesrätin hat bestätigt, dass es möglich ist, das innerhalb des bestehenden Plafonds zu kompensieren. Ich komme noch zum Antrag der Minderheit Schwander – aus der SVP-Fraktion – zu den Personalausgaben. Grundsätzlich haben wir eine gewisse Sympathie für die Tendenz dieses Antrages: Die Erhöhung der Kosten im Personalbereich ist relativ stark. Dass aber diese Steuerung über die Plafonierung der Gesamtkosten – ein Milliardenbetrag – angegangen wird, halten wir für den falschen Ansatz. Wir müssen uns Gedanken machen, wie die Strukturen, die Aufgaben und deren Wirkung hinterfragt werden können. Ich denke, wir müssten das Ganze kreativ angehen und dem Bundesrat den Auftrag geben, diese Strukturbereinigung anzugehen und vor allem die Wirkung und vielleicht auch die Aufgabenteilung mit den Kantonen erneut zu hinterfragen. Ich glaube, dass man erst dann, wenn dies geschehen ist und die Auswirkungen klar sind, die künftigen Personalkosten beurteilen kann. Die Steuerung über die Gesamtsumme ist unserer Meinung nach nicht der richtige Ansatz. Ich bitte Sie im Namen der FDP-Fraktion, überall der Mehrheit zu folgen.

Matter Michel (GL, GE): Le groupe vert'libéral soutient toutes les propositions qui reprennent les positions du Conseil fédéral, hormis celle concernant le Service de renseignement de la Confédération.

Le groupe vert'libéral soutiendra la proposition majoritaire de la commission, qui représente la meilleure solution pour permettre au SRC de poursuivre au mieux ses activités si essentielles et en constante augmentation, car notre époque est trouble et l'aspect sécuritaire déterminant. La proposition individuelle Widmer Céline doit donc être rejetée.

Nous soutiendrons également la proposition de la minorité Dandrès concernant les charges de fonctionnement de l'Office fédéral de l'environnement. Cette augmentation de l'enveloppe budgétaire est justifiée par la création de cinq postes, afin que les demandes de rénovation des centrales hydroélectriques puissent être examinées et traitées plus rapidement.

Kälin Irène (G, AG): Ich spreche im Namen der Verwaltungsdelegation zur Position 101.A200.0001, "Funktionsaufwand Parlamentsdienste". Die Verwaltungsdelegation beantragt, 1,5 Millionen Franken für die Verbesserung der Sicherheit des Parlamentsgebäudes und für die Anpassung der Sicherheitsstandards an die verschärfte Bedrohungslage vorzusehen. Dieser Betrag wird anschliessend an das Bundesamt für Polizei übertragen, das im Auftrag des Parlamentes die Sicherheit für uns alle und all unsere Gäste und Mitarbeitenden gewährleistet.

Als Herzstück der Demokratie ist das Parlamentsgebäude ein wichtiges Symbol. Es zieht immer mehr Besucherinnen und Besucher an, die wir unter optimalen Bedingungen empfangen wollen. Wir wollen ein offenes Haus, zumindest dann, wenn es die pandemische Situation wieder erlaubt. Aufgrund seiner Symbolkraft steht das Parlamentsgebäude aber auch im Fokus und eignet sich als Ziel für terroristische Angriffe, Gewalttaten und Chaoten.

Die Bedrohungslage in Europa und der Schweiz hat sich verschärft, wie die jüngsten Vorfälle zeigen. Vor Kurzem haben zudem Gegnerinnen und Gegner der Covid-19-Massnahmen versucht, den Bundestag in Berlin zu stürmen. Das kann auch bei uns passieren. Ausserdem werden wir Parlamentsmitglieder und auch die Mitglieder des Bundesrates immer häufiger auch physisch bedroht.

Ja, Herr Strupler, Sie haben recht: Absolute Sicherheit gibt es nicht, und zwar nicht einmal in dem von Ihnen erwähnten Bunker. Aber das heisst nicht, dass es nicht möglich ist, einen Ort sicherer zu machen oder eben seinen Sicherheitsstandard zu senken oder zu erhöhen. Wir müssen all jene, die hier arbeiten, so gut wie möglich schützen: Parlamentsmitglieder, Magistratspersonen und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber auch alle Besucherinnen und Besucher. Wir wollen, dass die Sicherheitskräfte dafür so aufgestellt sind, dass sie diesen Schutz auch gewährleisten können.

Aus diesen Gründen ersuche ich Sie im Namen der Verwaltungsdelegation, dem Antrag der Mehrheit zuzustimmen und den Minderheitsantrag Strupler abzulehnen.

Maurer Ueli, Bundesrat: Der Bundesrat äussert sich nicht zu den Parlamentsdiensten, also nicht zur Position, von der Sie gerade gehört haben. Wir nehmen die Anträge zum Parlament und zu den Gerichten zur Kenntnis, ohne sie weiter zu kommentieren.

Ich komme damit zum Funktionsaufwand EDA: Da gibt es eine Minderheit Keller Peter, die im nächsten Jahr Kürzungen im Umfang von 1,8 Millionen Franken vornehmen will. Kumuliert gäbe das dann bis 2024 eine Kürzung von 23 Millionen Franken. Dieser Bereich Globalbudget beinhaltet insbesondere die Sicherheitskosten für unsere Vertretungen im Ausland. Wir haben nun einmal Botschaften in Ländern, wo ein erhöhter Sicherheitsbedarf besteht und es eine entsprechende Verstärkung braucht, damit die Integrität der Schweizer



Einrichtungen gesichert werden kann. Gleichzeitig geht es um Mietkosten, die für Gebäude anfallen, und es betrifft die Informatikkosten.

Auch hier haben wir gesehen, dass die Informatik – gerade in Zeiten, wie wir sie jetzt erleben – einen hohen Stellenwert hat. Das EDA, das gegen hundert ausländische Vertretungen hat, ist auf ein gutes Netz angewiesen, und das muss zum Teil erneuert werden. Wenn Sie diesen Kredit in diesem Umfang nicht bewilligen würden, hätte das massive Einschränkungen zur Folge – einerseits auf die effektive Sicherheit der Personen vor Ort und andererseits auf die Sicherheit der Informatik. Wir haben es ja auch schon erlebt, dass Hackerangriffe im Aussennetz erfolgten. Ich bitte Sie also, diesen Kürzungsantrag der Minderheit Keller Peter abzulehnen und der Mehrheit zu folgen.

Ich komme damit zum Nachrichtendienst. Das wurde ja bereits besprochen. Der Ausbau des Nachrichtendienstes wird vom Parlament immer wieder gefordert. Das geht etwa zurück auf 9/11. Der Bundesrat hat dann 2018 in einer weiteren Etappe beschlossen, den Nachrichtendienst um 100 Stellen aufzustocken und dazu jährlich 20 Stellen aufzunehmen. Wir haben 20 Stellen im Jahr 2019 und 20 Stellen im Jahr 2020 innerhalb des VBS beim Personalaufwand kompensiert. Für

AB 2020 N 2243 / BO 2020 N 2243

mehr Kompensationen haben wir im Moment keinen Raum. Das Parlament schlägt jetzt vor, den Stellenausbau im Sachaufwand des VBS zu kompensieren; im Sachaufwand ist es möglich, aber nicht im Personalaufwand. Wir nehmen es dankend entgegen, dass Sie diesem Ausbau so zustimmen und die Kompensation zulassen. Ich halte nicht am Antrag des Bundesrates fest, sondern übernehme damit den Antrag Ihrer Kommission, der ja einstimmig erfolgt ist. Damit kann der Nachrichtendienst weiter ausgebaut werden. Der Ausbau ist notwendig, das wurde ja bezweifelt. Mit den terroristischen Anschlägen ist die Gefahr in der Schweiz gestiegen, und jeder Gefährder braucht nun einmal eine Überwachung. Die Schweiz liegt mitten in Europa und auch mitten in diesen Gefahren. Was wir hier ausbauen, ist eigentlich ein Kompromiss der parlamentarischen Forderungen der letzten Jahre. Es ist also nicht so, dass wir an einem Überwachungswahn leiden, sondern wir versuchen, das, was das Parlament fordert, in Schritten auszubauen und zu gewährleisten. Dieser Bereich der Sicherheit wird zweifellos weiter zunehmen.

Ich komme damit zu den Anträgen der Mehrheit, bei der ZAS die Leistungseffizienz zu steigern. Hier ist zu berücksichtigen, dass wir in einem Umbau der Informatik sind. Wenn dieser abgeschlossen ist, ab 2024, werden wir diese Effizienz steigern können. Während dem Umbau der Informatik ist das noch nicht möglich, aber wir schaffen die Voraussetzungen, dass es nachher möglich ist. Man muss vielleicht noch einmal die Dimensionen der ZAS, der Zentralen Ausgleichsstelle in Genf, sehen. Dort arbeiten etwa 900 Personen, die jeden Monat etwa 900 000 Renten ins Ausland bezahlen; das sind Invalidenrenten, AHV- und Kinderrenten. Es werden aber nicht nur die Auszahlungen gemacht, die ZAS hat auch sicherzustellen, dass die Empfänger tatsächlich noch leben, die Kinder vorhanden sind und die Invalidität immer noch gegeben ist. Es ist also nicht nur eine technische Aufgabe, die Zahlungen zu leisten und die Renten auszuzahlen, sondern es gilt auch sicherzustellen, dass die Rentenempfänger diese Rente zu Recht erhalten. Es ist also nicht nur ein Mengenproblem, sondern auch ein Qualitätsproblem. Daher bitte ich Sie, hier der Minderheit Fischer Roland zu folgen, die die Leistungssteigerung noch nicht vorsieht. Mit dem Ausbau der Ressourcen sind wir dann technisch dazu in der Lage. Ich bitte Sie, den beiden Minderheiten Fischer Roland und den beiden Minderheiten Gysi Barbara zuzustimmen. Ich komme damit zur Minderheit Dandrès, die eine Aufstockung um fünf Stellen im UVEK zur Bewältigung der Sanierung der bestehenden Wasserkraftwerke fordert. Das Problem ist bekannt, wir lösen es, aber wir brauchen dazu die Stellen nicht. Das ist nun eine typische Frage, die wir immer wieder haben. Wir versuchen in der Regel, jedes Jahr etwa die Hälfte der benötigten Stellen zu kompensieren. Hier können wir das intern lösen. Für fünf Stellen beantragen wir keine Aufstockung. Der Bundesrat hat die Regel, dass bei Aufstockungen von bis zu fünf Stellen das Departement selbst für Kompensation sorgen muss. Wer also innerhalb des Bundesrates einen Antrag für Stellen hat oder fünf Stellen mehr braucht, hat das intern zu kompensieren. Das ist unsere Regelung. Innerhalb des UVEK muss das möglich sein, das hat die Vorsteherin des UVEK auch so bestätigt. Aber der Auftrag ist erkannt, wir werden das entsprechend lösen.

Ich komme damit zum Minderheitsantrag Schwander zum Querschnittsthema Personalausgaben. Eigentlich müsste ich ja den Ball zurückspielen: Sie beglücken die Verwaltung ständig mit neuen Aufträgen, und das braucht entsprechendes Personal. Schauen Sie jetzt nur diese drei Tage Budgetberatungen an: Sie haben aufgestockt. Für alle diese Aufträge braucht es mehr Personal, um sie dann auch umzusetzen. Schauen Sie die Vorstösse an, die Sie annehmen, obwohl sich der Bundesrat dagegen wehrt; das braucht immer mehr Personal. Wenn Sie also diesem Minderheitsantrag Schwander zustimmen wollen, dann verschonen Sie uns bitte mit zusätzlichen Aufträgen.



Ich denke nur an die Vorstösse: In der Junisession haben Sie 800 Vorstösse eingereicht, die 800 Antworten verlangt haben. Sie sind zu einem grossen Teil Mitverursacher des Personalaufwandes, das ist nun einmal einfach so.

Wenn Sie aber die Personalentwicklung anschauen, dann sehen Sie, dass diese in den nächsten Jahren relativ flach verläuft. Wir haben Effizienzgewinne durch die Digitalisierung und die Informatik; das sind nicht Tausende von Stellen, aber im Kleinen können wir entsprechend immer Stellen einsparen. Sie müssen auch das erweiterte Aufgabenspektrum der Bundesverwaltung einmal anschauen. Schauen Sie die letzten fünfzehn Jahre an: eine Million mehr Einwohner. Die Aufgaben lassen sich nicht einfach so erledigen. Jedes Jahr werden 15 000 neue Firmen gegründet, das bedeutet 15 000 neue Steuerabrechnungen. Oder nehmen Sie den Zollverkehr: Die Ein- und Ausfuhr hat sich in den letzten zwanzig Jahren verdoppelt, die Übergänge an der Grenze haben massiv zugenommen. Die Aufgaben, die der Bund im Alltag zu bewältigen hat, nehmen also jedes Jahr enorm zu. Wenn wir das umrechnen, dann hat die Bundesverwaltung jährlich einen Effizienzgewinn von etwa 2 Prozent – wir erledigen also mit den gleichen Leuten jedes Jahr etwa 2 Prozent mehr an Arbeit. Das entspricht in etwa der Privatwirtschaft.

Wenn Sie diese Position nun auf 6 Milliarden Franken plafonieren wollen, müssen wir uns immer bewusst sein, dass die Personalausgaben des Bundes etwa 9 Prozent des Budgets ausmachen. Wenn Sie jetzt 10 Prozent des Personals streichen, haben wir 3700 Stellen weniger und etwa 650 Millionen Franken eingespart. Das Personal ist also nicht der entscheidende Kostentreiber im Budget, das müssen wir einfach sehen. Es ist eine ständige Aufgabe unserer Verwaltung, effizienter zu arbeiten.

Ich möchte doch auch noch eine Lanze für das Personal brechen. Wir haben sehr motivierte Leute. Eine Karriere in der Verwaltung braucht wahrscheinlich auch etwas spezielle Leute, aber das sind Leute, die mit Hingabe für die Schweiz arbeiten und sich entsprechend engagieren. Das erlebe ich immer wieder. Ich glaube, wenn Sie hier plafonieren, dann könnten Sie noch eine Session pro Jahr machen und die Vorstösse auf 200 pro Session begrenzen, dann würden wir das vielleicht in diesem Zeitraum schaffen. Aber das ist ja nicht die Aufgabe. Wir haben Aufgaben zu lösen, und Sie haben sich einzubringen. Ich habe das gerade vorhin wieder gedacht: Die einen wollen keinen Nachrichtendienst, die anderen wollen ihn ausbauen, die einen wollen mehr Umweltschutz, die anderen wollen keine Armee – alles trifft sich hier irgendwo, und wir sind immer daran, Kompromisse zu suchen und zu versuchen, das mit dem vorhandenen Personal entsprechend zu lösen.

Ich bitte Sie also, diesen Querschnittantrag der Minderheit Schwander abzulehnen.

Gysi Barbara (S, SG): Herr Bundesrat Maurer, Sie haben ja schon eine Lanze fürs Personal gebrochen. Ich habe noch eine Frage: Es ist ja eine Nullrunde, es gibt also keine allgemeinen Lohnerhöhungen. Dies wird akzeptiert, weil man unter der Voraussetzung der Covid-Krise schon auch sieht, dass der Spielraum nicht so gross ist. Es wurde eine Eingabe zum Vaterschaftsurlaub gemacht und eine Verdoppelung verlangt. Es sind auch Anliegen auf dem Tisch im Zusammenhang mit Verbesserungen im Bereich Homeoffice. Sind Sie bereit, diese Anliegen des Personals auch sehr aktiv im Bundesrat einzubringen und dafür zu kämpfen, dass wenigstens auf diesen Ebenen – Vaterschaftsurlaub, Vereinbarkeit von Beruf und Familie und Verbesserungen beim Homeoffice – etwas gemacht wird?

Maurer Ueli, Bundesrat: Das Papier für den Vaterschaftsurlaub habe ich bereits unterzeichnet. Der Bundesrat wird an einer nächsten Sitzung beraten, ob er ausgebaut werden soll oder nicht und, wenn ja, ab wann.

Die ganzen Fragen rund um das Homeoffice bearbeiten wir relativ aktiv. Es wird eine Verlagerung geben, die dann zu Einsparungen in Bereichen wie Büroräumlichkeiten führen wird. Daran arbeiten wir. Das ist eine grössere Aufgabe. Wir stellen gerade jetzt fest: Es sind nicht alle unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für Homeoffice geeignet. Es gibt auch solche, die den Kontakt suchen und die zuhause etwas versauern. Wir brauchen hier also Lösungen, die auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gerecht werden. Daran

AB 2020 N 2244 / BO 2020 N 2244

arbeiten wir; der Bundesrat wird noch dieses Jahr eine weitere Aussprache dazu führen.

Schwander Pirmin (V, SZ): Herr Bundesrat, Sie haben gesagt, das Parlament sei mit seinen Vorstössen der grösste Kostentreiber bei den Personalausgaben. Wir haben in der zentralen Bundesverwaltung rund 37 000 Angestellte. Können Sie in Prozent oder in absoluten Zahlen konkret sagen, welche Kosten wir als Parlament verursachen?

Maurer Ueli, Bundesrat: Die parlamentarischen Vorstösse habe ich als Beispiel gebraucht. Wenn Sie aber all die Vorstösse sehen, mit denen Sie uns beauftragen, dann lässt sich das relativ einfach berechnen. Ich



habe die Zahlen gerade nicht bei mir. Aber nicht nur der Bundesrat, Herr Schwander, ist schuld, wenn es mehr Personal gibt.

Strupler Manuel (V, TG): Geschätzter Herr Bundesrat, Kollegin Gysi hat von einer Nullrunde gesprochen. Ist es aber richtig, dass Bewertungen von "gut" bis "sehr gut" bei den Mitarbeitern – das betrifft 96 Prozent der Mitarbeiter – eine individuelle Lohnanpassung von 1 bis 3 Prozent zur Folge haben, zumal für all diejenigen, die noch nicht oben am Lohnband angekommen sind?

Maurer Ueli, Bundesrat: Die Zahl stimmt nicht ganz. Im Bundespersonalgesetz ist vorgesehen, dass innerhalb einer Lohnklasse eine Steigerung in die nächste Stufe erfolgen kann, wenn die Qualifikation entsprechend ist. Etwa 50 Prozent der Leute sind am Ende dieser Steigerung, also am Ende ihrer Leistungsklasse, und etwa für die Hälfte trifft es zu, dass sie, wenn die Leistung stimmt, eine Erhöhung bekommt, die etwa 2 Prozent des Lohnes entspricht. Wenn Sie das ändern möchten, müssen Sie das Bundespersonalgesetz ändern.

Fischer Roland (GL, LU), für die Kommission: In Block 7, dem letzten Block, den wir heute beraten, sind alle Anträge zusammengefasst, welche den Eigenaufwand der Verwaltungseinheiten sowie Verwaltungsprozesse betreffen.

Wir beginnen bei uns selbst, der Bundesversammlung: Hier beantragt Ihnen eine Minderheit Strupler, das Globalbudget um 1,5 Millionen Franken zu reduzieren. Es geht um eine Reduktion der finanziellen Mittel durch Verzicht auf die Erhöhung des Sicherheitspersonals im Parlamentsgebäude – es geht um zusätzliches bewaffnetes Sicherheitspersonal. Im Bundeshaus soll gemäss der Minderheit eine Politik des offenen Hauses gelebt werden, weshalb nicht mehr Sicherheitspersonal notwendig sei.

Die Kommissionsmehrheit beantragt Ihnen – der Entscheid fiel mit 14 zu 9 Stimmen bei 2 Enthaltungen –, diesen Antrag abzulehnen. Der Betrag ist notwendig, um die Sicherheit im Bundeshaus zu verbessern und sie vor dem Hintergrund der Bedrohungslage auf den neuesten Stand zu bringen.

Beim Aussendepartement beantragt die Minderheit Keller Peter beim Globalbudget eine Reduktion des Sach- und Betriebsaufwandes, um damit eine Stabilisierung der Bundesfinanzen zu fördern. Die Kommission lehnte diesen Antrag mit 18 zu 6 Stimmen ab. Mit dem Sach- und Betriebsaufwand im Globalbudget finanziert das EDA vor allem das Aussennetz sowie die IT, wo gerade auch grosse Projekte anstehen.

Wir kommen nun zum Nachrichtendienst. Die Kommission beantragt Ihnen ohne Gegenstimme eine Erhöhung des Globalbudgets um 3,8 Millionen Franken; dies mit dem Zweck, zusätzliches Personal zu finanzieren. Der Betrag wird innerhalb des Departementes beim Rüstungsaufwand und den Rüstungsinvestitionen kompensiert, er führt also zu keinen Mehrausgaben. Sowohl die Erhöhung als auch die Kompensation werden gemäss dem Antrag der Mehrheit im Finanzplan weitergeführt.

Es geht hier eigentlich um die Umsetzung eines früheren Beschlusses: Der Bundesrat hat 2019 beschlossen, dass der Nachrichtendienst um 100 Stellen aufgestockt werden soll. Dies sollte aufgrund zunehmender Bedrohungen geschehen, aufgrund der Bekämpfung der Terrorismusgefahr, aufgrund von Erfordernissen im Bereich Cyberdefence und weil das neue Nachrichtendienstgesetz neue Aufgaben vorsieht. Der Bundesrat wollte dies durch eine Erhöhung des Stellenplafonds erreichen. Das Parlament hat jedoch im letzten Jahr mit dem Finanzplan festgelegt, dass diese 100 Stellen im Personalaufwand des VBS kompensiert werden müssen, und zwar entgegen Aussagen vorhin, während dieser Debatte, nur beim Personalaufwand und nicht beim Personal- und Sachaufwand.

2019 und 2020 wurden beim Nachrichtendienst insgesamt 40 Stellen geschaffen. Diese wurden auch wie vorgesehen im VBS beim Personal kompensiert. Nun besteht aber das Problem, dass die verbleibenden 60 Stellen gemäss Bundesrat nicht mehr beim Personal kompensiert werden können, ohne die Aufgabenerfüllung in anderen Bereichen des VBS zu stark zu belasten. Der Bundesrat hat deshalb diese weiteren Stellen nicht mehr ins Budget eingestellt, obwohl er gemäss seinen Aussagen diese Stellen nach wie vor benötigen würde. Deshalb beantragt Ihnen die Finanzkommission, die für die Stellen benötigten Mittel zwar im VBS einzustellen, sie jedoch nicht, wie ursprünglich vorgesehen, beim Personalaufwand, sondern beim Rüstungsaufwand zu kompensieren.

Der Antrag war in der Kommission zunächst unbestritten. Ein Einzelantrag von Nationalrätin Widmer Céline verlangt nun aber doch, diese zusätzliche Aufstockung abzulehnen. In der Kommission haben wir zwar intensiv über die Aufstockung ganz generell und die Hintergründe dazu diskutiert, aber es lag kein entsprechender Antrag vor, weshalb ich hier zu diesem Antrag, zu diesem Einzelantrag, im Namen der Kommission nicht Stellung nehmen kann.

Bei der Zentralen Ausgleichsstelle beantragt Ihnen eine Mehrheit der Kommission, verschiedene Ziele anzupassen, um die Effizienz bei der Bearbeitung der Dossiers zu verbessern. Die Minderheiten Gysi Barbara



und Fischer Roland, übernommen von Herrn Matter, lehnen diese Anpassungen ab, weil sie befürchten, dass hier Vorgaben angepasst werden, ohne dass man die Entscheidungsgrundlagen genügend gut kennt und ohne dass man den Einfluss dieser Entscheidungen auf die Qualität kennt. Die Minderheiten möchten deshalb bei den Zielen des Bundesrates bleiben. Die Mehrheit der Kommission ist jedoch der Ansicht, dass diese Anpassungen wohlüberlegt und realistisch sind und deshalb für die ZAS auch umsetzbar sein sollen. Die Kommissionsmehrheit beantragt Ihnen deshalb, die Minderheiten abzulehnen und diese Ziele anzupassen. Beim BAFU beantragt Ihnen die Minderheit Dandrès, das Globalbudget um 900 000 Franken aufzustocken. Die zusätzlichen Mittel wären zugunsten der Schaffung von Stellen einzusetzen, damit die Anträge auf Sanierung der bestehenden Wasserkraftwerke zeitnah bearbeitet werden können. Die Kommission lehnte diesen Antrag mit 14 zu 11 Stimmen ab. Als Alternative zur Stellenerhöhung sollen die Bearbeitungsfristen verkürzt werden. Schliesslich lehnt die Mehrheit der Kommission – der Entscheid fiel mit 16 zu 8 Stimmen bei 1 Enthaltung – den Antrag der Minderheit Schwander ab, die die Personalausgaben in den Finanzplanjahren sukzessive auf 6 Milliarden Franken reduzieren möchte. Verschiedene Departementsvorsteherinnen legten in der Kommission dar, was die Umsetzung des Antrages in Bezug auf die Aufgabenerfüllung bewirken würde. Aus Sicht der Mehrheit der Kommission, die diesen Antrag ablehnt, ist zudem zu beachten, dass der Bundeshaushalt ein ausgesprochener Transferhaushalt ist; auch Bundesrat Maurer hat dies soeben erwähnt. Massive Kürzungen des Personalaufwandes hätten so verhältnismässig geringe Auswirkungen auf die Gesamtausgaben. Hinzu kommt, dass das neue Führungsmodell für die Bundesverwaltung im Eigenaufwand nicht eine Steuerung über die konkreten Personal- oder Sachausgaben vorsieht, sondern eben eine Steuerung über die Globalbudgets. Schliesslich möchte ich mich im Namen der Kommission dem Bundesrat anschliessen und unsere Wertschätzung gegenüber dem Bundespersonal zum Ausdruck bringen. Ich bitte Sie deshalb, auch hier der Mehrheit zu folgen.

AB 2020 N 2245 / BO 2020 N 2245

Nicolet Jacques (V, VD), pour la commission: Nous traitons le dernier bloc du budget 2021, le bloc 7, qui concerne les charges propres et les processus administratifs.

La minorité Strupler demande une réduction de 1,5 million de francs du budget de l'Assemblée fédérale. Après avoir entendu notre secrétaire général, M. Schwab, sur la nécessité de maintenir le budget initial à hauteur de 67,2 millions de francs, afin de pouvoir notamment renforcer la sécurité dans le Parlement, la commission a rejeté la proposition défendue par cette minorité par 14 voix contre 9 et 2 abstentions.

Au DFAE, une minorité Keller Peter propose de réduire les frais de fonctionnement du département de l'ordre de 1,8 million de francs. La majorité de la commission, qui s'est prononcée par 18 voix contre 6, vous demande d'en rester au budget initial du DFAE de 888,663 millions de francs.

Une proposition de votre commission relative au Service de renseignement de la Confédération vise à majorer, pour 2021, le budget de cette unité administrative de 3,77 millions de francs, cette dépense étant entièrement compensée dans le cadre du budget du département.

Un rapport avait été établi en 2019 par le Service de renseignement de la Confédération sur les besoins minimaux que nécessitait ce service en termes de ressources supplémentaires. Il y est mentionné le chiffre de 100 postes supplémentaires. Alors qu'une partie de ceux-ci avaient pu être assurés sur les deux années précédentes, il était devenu nécessaire d'agir. Avec cet ajout, il sera possible, donc, d'engager vingt collaborateurs supplémentaires par année durant les trois prochaines années. Le Conseil fédéral a accepté notre demande, et la proposition de la commission, sans avis contraire, est de majorer le budget 2021 de 3,77 millions de francs.

Nous sommes maintenant face à une proposition Widmer Céline qui vise à revenir sur cette décision. La commission n'a pas pu se prononcer sur cette proposition. Je vous invite à en rester à la proposition faite par la commission.

S'agissant du Département fédéral des finances, et plus précisément la Centrale de compensation, nous sommes saisis de la minorité Fischer Roland portant sur des objectifs de gestion, à savoir les coûts unitaires par rente en cours. Alors que la majorité de la commission a soutenu un abaissement des valeurs cibles, la minorité Fischer Roland demande d'en revenir aux objectifs fixés par le Conseil fédéral, soit un coût unitaire moyen de 44 francs pour 2022 et 2023, et 43 francs pour 2024. La majorité de la commission, qui s'est exprimée par 14 voix contre 10 et 1 abstention, vous demande de refuser la minorité Fischer Roland.

Pour la même unité administrative, concernant l'efficacité de gestion relative à la part des demandes de rentes traitées dans les 75 jours après réception, la commission, par 15 voix contre 9 et 1 abstention, propose d'augmenter l'objectif de 93 à 95 pour cent. La minorité Fischer Roland propose de revenir au projet du Conseil



fédéral, soit à 93 pour cent.

Toujours en ce qui concerne la Centrale de compensation, la minorité Gysi Barbara, dans le groupe de prestations 3, "Prestations en matière d'assurance-invalidité", demande, pour le coût unitaire moyen par prononcé, de revenir aux valeurs que le Conseil fédéral mentionnait dans le budget, soit à 2620 francs pour 2022, à 2622 francs pour 2023 et à 2617 francs pour 2024. La commission, par 14 voix contre 11, vous demande de soutenir les valeurs cibles modifiées par la commission.

Toujours dans le chapitre de l'assurance-invalidité, la part de demandes traitées dans un délai d'une année après réception du dossier devrait passer de 92 pour cent en 2022 à 95 pour cent en 2024 selon la majorité de la commission, alors que la minorité Gysi Barbara demande d'en rester au chiffre du Conseil fédéral, en l'occurrence de 85 pour cent, sans évolution.

A l'Office fédéral de l'environnement, la minorité Dandrès, soutenue par onze membres de la commission, demande d'augmenter le budget pour les frais de fonctionnement de cet office de 900 000 francs. La commission vous demande d'en rester au budget proposé par le Conseil fédéral.

Pour conclure, la proposition de la minorité Schwander dans les groupes de comptes, portant sur les dépenses du personnel dans le plan financier, prévoit de réduire progressivement les charges de personnel de l'ensemble de la Confédération afin d'en arriver à un montant de 6 milliards de francs pour 2024. La Commission des finances, par 18 voix contre 6 et 1 abstention, vous demande d'en rester au plan financier prévu par le Conseil fédéral.

1. Voranschlag der Verwaltungseinheiten

1. Budget des unités administratives

Behörden und Gerichte – Autorités et tribunaux

101 Bundesversammlung
101 Assemblée fédérale

Antrag der Mehrheit
A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)
Parlamentsdienste
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit
(Strupler, Andrey, Grin, Guggisberg, Keller Peter, Nicolet, Schwander, Sollberger, Wettstein)
A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)
Parlamentsdienste
Fr. 65 710 000

Proposition de la majorité
A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)
Services du Parlement
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité
(Strupler, Andrey, Grin, Guggisberg, Keller Peter, Nicolet, Schwander, Sollberger, Wettstein)
A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)
Services du Parlement
Fr. 65 710 000



3. Bundesbeschluss Ib über die Planungsgrössen im Voranschlag für das Jahr 2021
3. Arrêté fédéral Ib concernant le cadre financier inscrit au budget 2021

Anhang 2 – Annexe 2

Behörden und Gerichte – Autorités et tribunaux

101 Bundesversammlung
101 Assemblée fédérale

Antrag der Mehrheit

A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)
Parlamentsdienste
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Strupler, Andrey, Grin, Guggisberg, Keller Peter, Nicolet, Schwander, Sollberger, Wettstein)

A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)

Parlamentsdienste

Die Kürzung dieses Kredits ist durch Verzicht auf die Erhöhung des Sicherheitspersonals im Parlamentsgebäude durch zusätzliches bewaffnetes Sicherheitspersonal zu vollziehen.

Proposition de la majorité

A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)

Services du Parlement

Adhérer au projet du Conseil fédéral

AB 2020 N 2246 / BO 2020 N 2246

Proposition de la minorité

(Strupler, Andrey, Grin, Guggisberg, Keller Peter, Nicolet, Schwander, Sollberger, Wettstein)

A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)

Services du Parlement

La diminution de ce crédit est réalisée en renonçant à l'augmentation des charges liées au personnel de sécurité dans le Palais du Parlement découlant d'un renforcement du personnel armé.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 20.041/21829)

Für den Antrag der Mehrheit ... 120 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 49 Stimmen

(7 Enthaltungen)

1. Voranschlag der Verwaltungseinheiten

1. Budget des unités administratives

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten

Département fédéral des affaires étrangères

202 Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten

202 Département fédéral des affaires étrangères

Antrag der Mehrheit

A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates



Antrag der Minderheit

(Keller Peter, Grin, Guggisberg, Nicolet, Sollberger)

A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)

Fr. 886 858 300

Proposition de la majorité

A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Keller Peter, Grin, Guggisberg, Nicolet, Sollberger)

A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)

Fr. 886 858 300

3. Bundesbeschluss Ib über die Planungsgrössen im Voranschlag für das Jahr 2021

3. Arrêté fédéral Ib concernant le cadre financier inscrit au budget 2021

Anhang 2 – Annexe 2

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten

Département fédéral des affaires étrangères

202 Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten

202 Département fédéral des affaires étrangères

Antrag der Mehrheit

A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Keller Peter, Grin, Guggisberg, Nicolet, Sollberger)

A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)

Die Kürzung dieses Kredits ist im Sach- und Betriebsaufwand zu vollziehen.

Proposition de la majorité

A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Keller Peter, Grin, Guggisberg, Nicolet, Sollberger)

A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)

La diminution de ce crédit est réalisée dans les charges de biens et services et charges d'exploitation.

4. Bundesbeschluss II über den Finanzplan für die Jahre 2022–2024

4. Arrêté fédéral II concernant le plan financier pour les années 2022–2024

Art. 2 Bst. a

Antrag der Mehrheit

a. Departement für auswärtige Angelegenheiten

A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates



Antrag der Minderheit

(Keller Peter, Grin, Guggisberg, Nicolet, Sollberger)

a. Departement für auswärtige Angelegenheiten

A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)

2022: Fr. 885 523 800

2023: Fr. 885 011 000

2024: Fr. 883 250 800

Art. 2 let. a

Proposition de la majorité

a. Département fédéral des affaires étrangères

A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Keller Peter, Grin, Guggisberg, Nicolet, Sollberger)

a. Département fédéral des affaires étrangères

A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)

2022: Fr. 885 523 800

2023: Fr. 885 011 000

2024: Fr. 883 250 800

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 20.041/21830)

Für den Antrag der Mehrheit ... 141 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 53 Stimmen

(0 Enthaltungen)

1. Voranschlag der Verwaltungseinheiten

1. Budget des unités administratives

Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

Département de la défense, de la protection de la population et des sports

503 Nachrichtendienst des Bundes

503 Service de renseignement de la Confédération

Antrag der Kommission

A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)

Fr. 94 970 300

Antrag Widmer Céline

A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

AB 2020 N 2247 / BO 2020 N 2247

Proposition de la commission

A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)

Fr. 94 970 300

Proposition Widmer Céline

A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)

Adhérer au projet du Conseil fédéral



525 Verteidigung
525 Défense

Antrag der Kommission

A202.0101 Rüstungsaufwand und -investitionen
Fr. 1 863 230 000

Antrag Widmer Céline

A202.0101 Rüstungsaufwand und -investitionen
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

A202.0101 Charges et investissements en matière d'armement
Fr. 1 863 230 000

Proposition Widmer Céline

A202.0101 Charges et investissements en matière d'armement
Adhérer au projet du Conseil fédéral

4. Bundesbeschluss II über den Finanzplan für die Jahre 2022–2024

4. Arrêté fédéral II concernant le plan financier pour les années 2022–2024

Art. 2 Bst. m, n, p-s

Antrag der Mehrheit

Bst. m

m. Nachrichtendienst des Bundes
A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)
2022: Fr. 98 668 800
2023: Fr. 102 599 100
2024: Fr. 102 833 600

Bst. n

n. Verteidigung
A202.0101 Rüstungsaufwand und -investitionen
2022: Fr. 1 942 460 000
2023: Fr. 1 967 690 000
2024: Fr. 2 110 690 000

Bst. p

p. Zentrale Ausgleichsstelle
– Veränderter Sollwert:
2022: 43
2023: 42
2024: 41

Bst. q

q. Zentrale Ausgleichsstelle
– Veränderter Sollwert:
2022: 95
2023: 95
2024: 95

Bst. r

r. Zentrale Ausgleichsstelle
– Veränderter Sollwert:
2022: 2 600
2023: 2 590
2024: 2 580



Bst. s

s. Zentrale Ausgleichsstelle

– Veränderter Sollwert:

2022: 92

2023: 94

2024: 95

Antrag der Minderheit

(Fischer Roland, Andrey, Brélaz, Dandrès, Egger Kurt, Friedl Claudia, Gysi Barbara, Matter Michel, Schneider Schüttel, Widmer Céline)

Bst. p

p. Zentrale Ausgleichsstelle

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Fischer Roland, Andrey, Dandrès, Egger Kurt, Friedl Claudia, Gysi Barbara, Matter Michel, Schneider Schüttel, Widmer Céline)

Bst. q

q. Zentrale Ausgleichsstelle

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Gysi Barbara, Andrey, Brélaz, Dandrès, Egger Kurt, Fischer Roland, Friedl Claudia, Matter Michel, Schneider Schüttel, Wettstein, Widmer Céline)

Bst. r

r. Zentrale Ausgleichsstelle

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Gysi Barbara, Andrey, Dandrès, Egger Kurt, Fischer Roland, Friedl Claudia, Matter Michel, Schneider Schüttel, Wettstein, Widmer Céline)

Bst. s

s. Zentrale Ausgleichsstelle

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag Widmer Céline

Bst. m

m. Nachrichtendienst des Bundes

A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)

Streichen

Bst. n

n. Verteidigung

A202.0101 Rüstungsaufwand und -investitionen

Streichen

Art. 2 let. m, n, p-s

Proposition de la majorité

Let. m

m. Service de renseignement de la Confédération

A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)

2022: Fr. 98 668 800

2023: Fr. 102 599 100

2024: Fr. 102 833 600



Let. n

n. Défense

A202.0101 Charges et investissements en matière d'armement

2022: Fr. 1 942 460 000

2023: Fr. 1 967 690 000

2024: Fr. 2 110 690 000

Let. p

p. Centrale de compensation

– Valeur-cible modifiée:

2022: 43

2023: 42

2024: 41

Let. q

q. Centrale de compensation

– Valeur-cible modifiée:

2022: 95

2023: 95

2024: 95

Let. r

r. Centrale de compensation

– Valeur-cible modifiée:

2022: 2 600

2023: 2 590

2024: 2 580

AB 2020 N 2248 / BO 2020 N 2248

Let. s

s. Centrale de compensation

– Valeur-cible modifiée:

2022: 92

2023: 94

2024: 95

Proposition de la minorité

(Fischer Roland, Andrey, Brélaz, Dandrès, Egger Kurt, Friedl Claudia, Gysi Barbara, Matter Michel, Schneider Schüttel, Widmer Céline)

Let. p

p. Centrale de compensation

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Fischer Roland, Andrey, Dandrès, Egger Kurt, Friedl Claudia, Gysi Barbara, Matter Michel, Schneider Schüttel, Widmer Céline)

Let. q

q. Centrale de compensation

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Gysi Barbara, Andrey, Brélaz, Dandrès, Egger Kurt, Fischer Roland, Friedl Claudia, Matter Michel, Schneider Schüttel, Wettstein, Widmer Céline)

Let. r

r. Centrale de compensation

Adhérer au projet du Conseil fédéral



Proposition de la minorité

(Gysi Barbara, Andrey, Dandrès, Egger Kurt, Fischer Roland, Friedl Claudia, Matter Michel, Schneider Schüttel, Wettstein, Widmer Céline)

Let. s

s. Centrale de compensation

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition Widmer Céline

Let. m

m. Service de renseignement de la Confédération

A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)

Biffer

Let. n

n. Défense

A202.0101 Charges et investissements en matière d'armement

Biffer

Bst. m, n – Let. m, n

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 20.041/21831)

Für den Antrag der Mehrheit ... 127 Stimmen

Für den Antrag Widmer Céline ... 64 Stimmen

(3 Enthaltungen)

Bst. p – Let. p

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 20.041/21833)

Für den Antrag der Mehrheit ... 109 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 80 Stimmen

(4 Enthaltungen)

Bst. q – Let. q

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 20.041/21834)

Für den Antrag der Mehrheit ... 109 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 80 Stimmen

(5 Enthaltungen)

Bst. r – Let. r

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 20.041/21835)

Für den Antrag der Mehrheit ... 110 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 83 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Bst. s – Let. s

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 20.041/21836)

Für den Antrag der Mehrheit ... 111 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 83 Stimmen

(0 Enthaltungen)



1. Voranschlag der Verwaltungseinheiten

1. Budget des unités administratives

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

Département de l'environnement, des transports, de l'énergie et de la communication

810 Bundesamt für Umwelt

810 Office fédéral de l'environnement

Antrag der Mehrheit

A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Dandrès, Aebischer Matthias, Andrey, Brélaz, Egger Kurt, Fischer Roland, Friedl Claudia, Matter Michel, Schneider Schüttel, Wettstein, Widmer Céline)

A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)

Fr. 226 755 200

Proposition de la majorité

A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Dandrès, Aebischer Matthias, Andrey, Brélaz, Egger Kurt, Fischer Roland, Friedl Claudia, Matter Michel, Schneider Schüttel, Wettstein, Widmer Céline)

A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)

Fr. 226 755 200

3. Bundesbeschluss Ib über die Planungsgrössen im Voranschlag für das Jahr 2021

3. Arrêté fédéral Ib concernant le cadre financier inscrit au budget 2021

Anhang 2 – Annexe 2

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

Département de l'environnement, des transports, de l'énergie et de la communication

810 Bundesamt für Umwelt

810 Office fédéral de l'environnement

Antrag der Mehrheit

A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

AB 2020 N 2249 / BO 2020 N 2249

Antrag der Minderheit

(Dandrès, Aebischer Matthias, Andrey, Brélaz, Egger Kurt, Fischer Roland, Friedl Claudia, Matter Michel, Schneider Schüttel, Wettstein, Widmer Céline)

A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)

Die zusätzlichen Mittel sind zugunsten der Schaffung von fünf Stellen einzusetzen, damit die Anträge auf Sanierung der bestehenden Wasserkraftwerke zeitnah bearbeitet werden können.



Proposition de la majorité

A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Dandrès, Aebischer Matthias, Andrey, Brélaz, Egger Kurt, Fischer Roland, Friedl Claudia, Matter Michel, Schneider Schüttel, Wettstein, Widmer Céline)

A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)

Les moyens supplémentaires sont destinés à la création de cinq postes, afin de mener à bien et dans de courts délais le suivi des demandes d'assainissements des centrales hydroélectriques existantes.

4. Bundesbeschluss II über den Finanzplan für die Jahre 2022–2024

4. Arrêté fédéral II concernant le plan financier pour les années 2022–2024

Art. 2 Bst. ac, af

Antrag der Mehrheit

Bst. ac

ac. Bundesamt für Umwelt

A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Bst. af

af. Personalausgaben

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Dandrès, Aebischer Matthias, Andrey, Brélaz, Egger Kurt, Fischer Roland, Friedl Claudia, Matter Michel, Schneider Schüttel, Wettstein, Widmer Céline)

Bst. ac

ac. Bundesamt für Umwelt

A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)

2022: Fr. 226 003 800

2023: Fr. 227 957 600

2024: Fr. 229 094 800

Antrag der Minderheit

(Schwander, Grin, Guggisberg, Keller Peter, Nicolet, Sollberger, Tuena)

Bst. af

af. Personalausgaben

2022: Fr. 6 060 509 900

2023: Fr. 6 030 255 000

2024: Fr. 6 000 000 000

Art. 2 let. ac, af

Proposition de la majorité

Let. ac

ac. Office fédéral de l'environnement

A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Let. af

af. Dépenses de personnel

Adhérer au projet du Conseil fédéral



Proposition de la minorité

(Dandrès, Aebischer Matthias, Andrey, Brélaz, Egger Kurt, Fischer Roland, Friedl Claudia, Matter Michel, Schneider Schüttel, Wettstein, Widmer Céline)

Let. ac

ac. Office fédéral de l'environnement

A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)

2022: Fr. 226 003 800

2023: Fr. 227 957 600

2024: Fr. 229 094 800

Proposition de la minorité

(Schwander, Grin, Guggisberg, Keller Peter, Nicolet, Sollberger, Tuena)

Let. af

af. Dépenses de personnel

2022: 6 060 509 900

2023: 6 030 255 000

2024: 6 000 000 000

Bst. ac – Let. ac

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 20.041/21832)

Für den Antrag der Mehrheit ... 113 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 80 Stimmen

(1 Enthaltung)

Bst. af – Let. af

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 20.041/21837)

Für den Antrag der Mehrheit ... 138 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 52 Stimmen

(3 Enthaltungen)

2. Bundesbeschluss la über den Voranschlag für das Jahr 2021

2. Arrêté fédéral la concernant le budget pour l'année 2021

Titel und Ingress

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 1

Antrag der Kommission

Abs. 1

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates



Abs. 2

...

a. Aufwänden von 78 315 986 900 Franken;

...

c. einem Aufwandüberschuss von 2 327 269 600 Franken.

Neuer Antrag der Kommission

(= Beschlüsse des Rates in der Detailberatung)

Abs. 1

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

AB 2020 N 2250 / BO 2020 N 2250

Abs. 2

...

a. Aufwänden von 78 330 636 900 Franken;

...

c. einem Aufwandüberschuss von 2 341 919 600 Franken.

Art. 1

Proposition de la commission

Al. 1

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2

...

a. des charges de 78 315 986 900 francs;

...

c. un excédent de charges de 2 327 269 600 francs.

Nouvelle proposition de la commission

(= Décisions du conseil lors de l'examen par article)

Al. 1

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2

...

a. des charges de 78 330 636 900 francs;

...

c. un excédent de charges de 2 341 919 600 francs.

Präsident (Aebi Andreas, Präsident): Ich gebe das Wort den Berichterstattern zur Bekanntgabe der aktuellen Beträge.

Fischer Roland (GL, LU), für die Kommission: Wir können die Beratungen wie folgt zusammenfassen: Der Voranschlag 2021 sieht ein Finanzierungsdefizit von 4,917 Milliarden Franken vor. Im Vergleich zum Bundesrat haben Sie die Ausgaben um insgesamt 726 Millionen Franken erhöht. Im Vergleich zu den Beschlüssen der Finanzkommission sind die Ausgaben um 15 Millionen Franken höher.

Bezüglich des Handlungsspielraums bei der Schuldenbremse kommt es jetzt noch darauf an, wie Sie bei der Minderheit Fischer Roland entscheiden. Falls Sie der Mehrheit zustimmen, beträgt der Handlungsspielraum bei der Schuldenbremse 1,202 Milliarden Franken. Falls Sie der Minderheit Fischer Roland zustimmen, beträgt er 3,730 Milliarden.

Die Gesamtausgaben bzw. der Ausgabenplafond beträgt in beiden Fällen 80,730 Milliarden Franken. Die genauen Beträge für den Bundesbeschluss Ia zum Voranschlag 2021 werden dann im Amtlichen Bulletin publiziert.

Nicolet Jacques (V, VD), pour la commission: Nous sommes maintenant arrivés, après deux jours de travaux, au terme du débat sur le budget 2021. Les chiffres sont les suivants. Le déficit de financement pour 2021 se monte à 4,917 milliards de francs. Pour l'heure, les questions des dépenses extraordinaires et du frein à



l'endettement n'entrent pas en considération, sachant que nous devons encore nous prononcer sur la proposition de la minorité Fischer Roland relative au frein à l'endettement. Ce qu'il faut savoir, c'est que, comparé au projet du Conseil fédéral, nous avons augmenté les dépenses de l'ordre de 726 millions de francs. Comparé au projet ressorti des travaux de la Commission des finances, nous avons augmenté les dépenses de l'ordre de 15 millions de francs.

Concernant les chiffres relatifs à la proposition de la minorité Fischer Roland, il faut savoir qu'à l'article 6, où il est question du frein à l'endettement, le plafond d'endettement sera réduit de 1,2 milliard de francs si c'est la proposition de la majorité de la commission qui l'emporte et de 3,7 milliards de francs si c'est la proposition de la minorité Fischer Roland qui l'emporte. Dans les deux cas, le plafond des dépenses totales se montera à 80,7 milliards de francs.

Angenommen gemäss neuem Antrag der Kommission

Adopté selon la nouvelle proposition de la commission

Art. 2

Antrag der Kommission

Abs. 1

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 2

...

a. Investitionsausgaben von 11 755 672 900 Franken;

...

c. einem Ausgabenüberschuss von 11 079 403 800 Franken.

Art. 2

Proposition de la commission

Al. 1

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2

...

a. des dépenses d'investissement de 11 755 672 900 francs;

...

c. un excédent de dépenses de 11 079 403 800 francs.

Angenommen – Adopté

Art. 3, 4

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 5

Antrag der Kommission

Abs. 1

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates



Abs. 2

...

a. Ausgaben von 80 715 682 200 Franken;

...

c. einem Ausgabenüberschuss von 4 902 531 100 Franken.

Neuer Antrag der Kommission

(= Beschlüsse des Rates in der Detailberatung)

Abs. 1

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 2

...

a. Ausgaben von 80 730 332 200 Franken;

...

c. einem Ausgabenüberschuss von 4 917 181 100 Franken.

Art. 5

Proposition de la commission

Abs. 1

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2

...

a. des dépenses de 80 715 682 200 francs;

...

c. un excédent de dépenses de 4 902 531 100 francs.

Nouvelle proposition de la commission

(= Décisions du conseil lors de l'examen par article)

Al. 1

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2

...

a. des dépenses de 80 730 332 200 francs;

...

c. un excédent de dépenses de 4 917 181 100 francs.

Angenommen gemäss neuem Antrag der Kommission

Adopté selon la nouvelle proposition de la commission

Art. 6

Antrag der Mehrheit

Abs. 1

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 2

... 2 880 000 000 Franken ... 81 932 256 597 Franken ...

AB 2020 N 2251 / BO 2020 N 2251

Abs. 3

... 1 216 574 397 Franken ... 80 715 682 200 Franken ...

Neuer Antrag der Mehrheit

(= Beschlüsse des Rates in der Detailberatung)

Abs. 1

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 2

... 2 880 000 000 Franken ... 81 932 256 597 Franken ...



Abs. 3

... 1 201 924 397 Franken ... 80 730 332 200 Franken ...

Antrag der Minderheit

(Fischer Roland, Andrey, Brélaz, Dandrès, Egger Kurt, Friedl Claudia, Gysi Barbara, Matter Michel, Schneider Schüttel, Wettstein, Widmer Céline)

Abs. 2

... 5 408 400 000 Franken ... 84 460 656 597 Franken ...

Abs. 3

... 3 744 974 397 Franken ... 80 715 682 200 Franken ...

Art. 6

Proposition de la majorité

Al. 1

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2

... 2 880 000 000 francs ... 81 932 256 597 francs ...

Al. 3

... 1 216 574 397 francs ... 80 715 682 200 francs ...

Nouvelle proposition de la majorité

(= Décisions du conseil lors de l'examen par article)

Al. 1

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2

... 2 880 000 000 francs ... 81 932 256 597 francs ...

Abs. 3

... 1 201 924 397 francs ... 80 730 332 200 francs ...

Proposition de la minorité

(Fischer Roland, Andrey, Brélaz, Dandrès, Egger Kurt, Friedl Claudia, Gysi Barbara, Matter Michel, Schneider Schüttel, Wettstein, Widmer Céline)

Al. 2

... 5 408 400 000 francs ... 84 460 656 597 francs ...

Al. 3

... 3 744 974 397 francs ... 80 715 682 200 francs ...

Präsident (Aebi Andreas, Präsident): Die Berichterstatter haben die aktuellen Beträge bei Artikel 1 mitgeteilt.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 20.041/21838)

Für den neuen Antrag der Mehrheit ... 112 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 73 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Ausserordentlicher Zahlungsbedarf

Besoins financiers extraordinaires

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 20.041/21839)

Für Annahme der Ausgabe ... 191 Stimmen

Dagegen ... 1 Stimme

(0 Enthaltungen)

Das qualifizierte Mehr ist erreicht

La majorité qualifiée est acquise



Art. 7

Antrag der Kommission

Abs. 1 Einleitung, Bst. a-c, 2

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Neuer Antrag der Kommission

(= Beschlüsse des Rates in der Detailberatung)

Abs. 1 Einleitung, Bst. a-c, 2

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 1 Bst. d

d. Wirtschaft

Fr. 2 082 500 000

(Nachmeldung des Bundesrates vom 11. Dezember 2020)

Art. 7

Proposition de la commission

Al. 1 introduction, let. a-c, 2

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Nouvelle proposition de la commission

(= Décisions du conseil lors de l'examen par article)

Al. 1 introduction, let. a-c, 2

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 1 let. d

d. Economie

Fr. 2 082 500 000

(Annonce tardive du Conseil fédéral du 11 décembre 2020)

Angenommen gemäss neuem Antrag der Kommission

Adopté selon la nouvelle proposition de la commission

Ausgabenbremse – Frein aux dépenses

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 20.041/21840)

Für Annahme der Ausgabe ... 191 Stimmen

Dagegen ... 1 Stimme

(0 Enthaltungen)

Das qualifizierte Mehr ist erreicht

La majorité qualifiée est acquise

Art. 8, 9

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 10

Antrag der Kommission

Folgende Zahlungsrahmen werden gemäss besonderen Verzeichnissen bewilligt:

a. Ausland – Internationale Zusammenarbeit

Fr. 39 621 750



b. Wirtschaft

Fr. 2 600 000

(Nachmeldungen des Bundesrates vom 25. September 2020, 11. November 2020 und 18. November 2020)

Art. 10

Proposition de la commission

Les plafonds des dépenses suivants, dont le détail figure dans des listes spéciales, sont approuvés:

a. relations avec l'étranger et coopération internationale

Fr. 39 621 750

b. économie

Fr. 2 600 000

(Annonces tardives du Conseil fédéral du 25 septembre 2020, 11 novembre 2020 et 18 novembre 2020)

Angenommen – Adopté

Ausgabenbremse – Frein aux dépenses

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 20.041/21841)

Für Annahme der Ausgabe ... 193 Stimmen

Dagegen ... 1 Stimme

(0 Enthaltungen)

AB 2020 N 2252 / BO 2020 N 2252

Das qualifizierte Mehr ist erreicht

La majorité qualifiée est acquise

Art. 11

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif; 20.041/21842)

Für Annahme des Entwurfes ... 190 Stimmen

Dagegen ... 2 Stimmen

(0 Enthaltungen)

3. Bundesbeschluss Ib über die Planungsgrössen im Voranschlag für das Jahr 2021

3. Arrêté fédéral Ib concernant le cadre financier inscrit au budget 2021

Titel und Ingress, Art. 1–3

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, art. 1–3

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté



Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble
(namentlich – nominatif; 20.041/21843)
Für Annahme des Entwurfes ... 189 Stimmen
Dagegen ... 4 Stimmen
(0 Enthaltungen)

4. Bundesbeschluss II über den Finanzplan für die Jahre 2022–2024
4. Arrêté fédéral II concernant le plan financier pour les années 2022–2024

Titel und Ingress, Art. 1, 3–5
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, art. 1, 3–5
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Präsident (Aebi Andreas, Präsident): Hier gibt es keine Gesamtabstimmung, da Eintreten obligatorisch ist.

5. Bundesbeschluss III über die Entnahmen aus dem Bahninfrastrukturfonds für das Jahr 2021
5. Arrêté fédéral III concernant les prélèvements sur le fonds d'infrastructure ferroviaire pour l'année 2021

Eintreten ist obligatorisch
L'entrée en matière est acquise de plein droit

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Art. 1–3
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, art. 1–3
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble
(namentlich – nominatif; 20.041/21844)
Für Annahme des Entwurfes ... 189 Stimmen
Dagegen ... 4 Stimmen
(0 Enthaltungen)

6. Bundesbeschluss IV über die Entnahmen aus dem Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds für das Jahr 2021
6. Arrêté fédéral IV concernant les prélèvements sur le fonds pour les routes nationales et le trafic



d'agglomération pour l'année 2021

Eintreten ist obligatorisch

L'entrée en matière est acquise de plein droit

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Art. 1–3

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, art. 1–3

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif; 20.041/21845)

Für Annahme des Entwurfes ... 191 Stimmen

(Einstimmigkeit)

(0 Enthaltungen)